Nr. 18. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1503. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonnabend, den 22. Januar 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Wer weiß?

In diesen Tagen sind seitens des Zentrums zwei Denkschriften der Oeffentlichkeit übergeben worden, die unwillkürlich den Gedanken erwecken müssen, daß zwischen beiden ein innerer Zusammenhang bestehe. Die eine beschäftigt sich mit der Erörterung über die Paritätsfrage, die andere mit der Stellungnahme des Zentrums zur Flottenvorlage. Letztere ist von der Zentrumsfraktion veranlaßt und von Müller-Fulda, dem früher so scharfen Opponenten gegen die Hollmann'schen bescheidenen Flottenpläne verfaßt. Die Schrift des Herrn Müller, welche wir schon kurz erwähnten, verläuft zu guterletzt in die Frage: „Wird die Marinevorlage angenommen werden oder wird sie das Schicksal der Finanzreform theilen?" Und als Antwort weiß uns Herr Müller nichts mehr und nichts weniger zu sagen, als was alle Welt weiß: „Quien Sabe". (Wer weiß?) In der anderen Denkschrift, die an die Adresse des Landtags gerichtet ist, giebt es kein prophetisches „Wer weiß?" Vielmehr stellt hier das Zentrum seine ganz bestimmten Forderungen an den Staat Preußen, den Lieber zu erobern gedenkt und die in dem Sinne gipfeln: Wir wollen an der Verwaltung innerhalb der preußischen Bureaukratie mehr Einfluß, wir verlangen: größeren Antheil an der Regierung.

Ist es nicht natürlich, daß schlichte Gemüther sich sagen Holla! Hier haben wir ja die Antwort auf das Müller'sche Quien Sabe. Hier haben wir das Tauschobjekt, das vom Zentrum der Regierung gegen die Flottenvorlage angeboten wird.

Und in der That, dieser Gedanke ist alsbald ausgesprochen worden und hat ebenso prompt aus Zentrumskreisen eine schroffe Abweisung erfahren. Die „Kölnische Volkszeitung", die klerikale Führerin am Rhein, nennt solche vorwitzigen Vermuthungen „seichtes Geschwafel". Man hüte sich also zu sagen: Auch in der Flottenangelegenheit treibt das Zentrum Schachergeschäfte. Nur ein Zufall und nichts weiter ist es, daß just in dem Moment, da die Denkschrift über die Paritätsfrage erscheint, das Zentrum die vielsagende Frage über die Aussichten der Flottenvorlage mit einem „Wer weiß?" beantwortet.

Das Zentrum handelt nicht, es treibt keine Schaukelpolitik, es verkuppelt innerpolitische Fragen keineswegs mit einer ganz allgemeinen nationalen Angelegenheit wie der Flottenvorlage. Wer weiß? möchte wohl mancher Bedächtige sagen, aber lassen wir alles seichte Geschwafel: denn das Zentrum hat genug mit sich zu thun; man hat ja nicht nöthig, seine unbequeme Position noch von außen her zu erschüttern.

Noch selten ist die Zentrumspartei in einer so heiklen und schwierigen Situation gewesen, wie gerade gegenwärtig. Als nach der Rede Lieber's bei der ersten Berathung der Flottenvorlage die gesammte Presse dem Zentrum auf den Kopf zusagte, daß Lieber mit seiner Rede eine Verständigung mit der Regierung anbahne, da brach seitens der Zentrumspresse ein gewaltiger Entrüstungssturm über eine derartige Insinuation los. Die „Köln. Volksztg." meinte, mit der Lieber'schen Rede sei das Zentrum in keiner Weise auf dem Wege der Verständigung angelangt. Herr Dr. Lieber habe allerdings einige Vorschläge auf Abänderung zur Sprache gebracht. Das seien aber vorläufig nur hingeworfene Gedanken und nicht etwa namens des Zentrums gemachte Angebote, zu denen die Regierung nur Ja und Amen zu sagen brauchte, um ihre Vorlage gesichert zu haben. Andere Preßorgane des Zentrums gingen sogar zu direkten Angriffen auf Dr. Lieber über, die sich dieser so zu Herzen nahm, daß er ernstlich erkrankte. Doch die hingeworfenen Gedanken thaten im Zentrum ihre Schuldigkeit, wie die Hefe im Mehlteige. Zunächst ließ man den Sturm der kleinen Zentrumspresse austoben und dann ging's an eine vorsichtige Agitation zu gunsten der Lieber'schen Angebote. Zentrumshäuptlinge und die ersten Preßorgane verbündeten sich zu gemeinsamen Werken. Und die Kampagne hat Erfolg gehabt. Die Zentrumsführer im Süden und im Westen wie auch im Osten sind einig, selbst die knurrenden Preßorgane kleinsten Kalibers haben ihr Gekläffe eingestellt.

In Bayern war es erst der Freiherr Dr. v. Hertling, der „ganz persönlich" seine Ueberzeugung dahin aussprach, er wünsche eine Verständigung in der Flottenfrage. Hertling ist nicht der Mann des Volkes, als solcher gilt eher der in Bayern sehr bekannte Dr. Pichler. Was Hertling aussprach, das konnte für das bayerische Zentrum nicht als maßgebend erachtet werden. Anders war es schon, als Dr. Pichler einschwenkte, der unmittelbar nach Erscheinen der Marinevorlage erklärt hatte, daß die Vorlage von den bayerischen Zentrums-Abgeordneten, so wie sie sei, rundweg abgelehnt werde. Auch er hat inzwischen vor Lieber's hingeworfenen Gedanken kapitulirt. In einem Vortrage in Straubing meinte er nämlich plötzlich: eine große Armee sei etwas Schönes. Das gelte auch von den Schiffen. „Wir brauchen eine Anzahl Schiffe, aber in der Form, wie die Regierung fordert, können wir die Sache nicht annehmen und auch nicht in der Höhe. Man wird sich wohl überlegen müssen, was nothwendig und wie weit die Kräfte reichen." Herr Pichler hust also bedeutend zurück. Aber die Beschwichtigungsarbeit hat noch größere Erfolge aufzuweisen. Für Bayern waren seitens des Zentrums Protestversammlungen gegen die Flottenvorlage geplant. Sie haben schließlich nicht stattgefunden. Warum nicht? Der in München erscheinende „Bayerische Kurier", der anfänglich gegen die Flottenvorlage wetterte, machte darüber bekannt: Die für München schon angekündigte Protestversammlung unterbleibe, „weil auf anderen Wegen eine Verständigung des preußischen und bayerischen Theils des Zentrums möglich werde. Die Flottenvorlage in dem von uns (d. i. dem „Bayer. Kur.") zitirten Umfange dürfte als gesichert zu betrachten sein."

Nachdem so der widerspenstige Süden, der demokratische Flügel, zahm gemacht war, konnte die „Kölnische Volks-Zeitung" ganz offiziell den hingeworfenen Gedanken Dr. Lieber's sich selbst zu eigen machen, es konnte ruhig und unangefochten die Sache der Verständigung in Angriff genommen werden. Daran konnte auch die angeblich oppositionelle Rede des Abg. Dr. Schmitt in Mainz nicht hindern, um so weniger, als Schmitt gleichfalls für Bewilligung eintrat. Nunmehr war für die gesammte Fraktion eine Uebereinstimmung geschaffen, wonach es für das Zentrum feststand, daß um eine angemessene Flottenvermehrung, so wie die Dinge einmal liegen, nicht herumzukommen sei. Mit diesem von der „Köln. Volks-Zeitung" formulirten Resultat kann Dr. Lieber jetzt getrost in die Budgetkommission gehen, um sich von Herrn Tirpitz über das, was als „angemessen" zu erachten ist, informiren zu lassen.

Die Abgeordneten des Zentrums sind in der Hauptsache jetzt einig: sie suchen mit der Regierung eine Verständigung. Was freilich sagen die Wähler des Zentrums zu dieser Wandlung ihrer parlamentarischen Vertreter? Werden in Bayern die Bauernbündler, am Rheine die Sozialdemokraten den Thurm des Zentrums erschüttern können? Wird die schwankende Politik der Lieber und Bachem endlich einmal auf energischen Widerstand seitens der katholischen Wähler stoßen? Ja, auch das Zentrum wird durch diese Frage am meisten geängstigt und darum eben auch das Quien Sabe des Abg. Müller in seiner Denkschrift. Die Herren vom Zentrum wissen zu genau, wie das Mißtrauen gegen die Fraktion und die ultramontane Presse stetig und drohend wächst, sie fühlen, daß ihre Politik nicht länger haltbar ist, daß es nur noch ein Entweder — Oder giebt: entweder mit der Regierung gegen das Volk zu gehen oder aber mit dem Volke gegen diese Regierung.

Wo ist mehr zu gewinnen? In der Denkschrift über die Paritätsfrage wird dargelegt, welche Karrieren den Söhnen begüterter ultramontaner Familien eröffnet werden könnten, vom Landrath an bis hinauf zum Oberpräsidenten und Minister. Schon lange haben sie auf den Ehrgeiz verzichtet, nur in der Theologie zu excelliren. Sie wollen preußische Beamte werden, Theile von dem Staatsorganismus, den das Volk zu bekämpfen hat — wer weiß, ob ein solches Aequivalent das Zentrum am Ende nicht veranlassen könnte, in der Flottenvorlage seinen Willen einer „kurzsichtigen" Opposition der Wähler gegenüber zur Durchführung zu bringen? Wir sagen, wer weiß, denn wir möchten nicht irgendwie ungerechter Weise dem Zentrum aus der Thatsache des gleichzeitigen Erscheinens seiner beiden oben genannten Denkschriften einen Vorwurf konstruiren. Aber zu rechnen haben wir mit dem wenn auch nur zufälligen Abschluß eines Tauschgeschäftes zwischen Regierung und Zentrum. Noch ist nicht aller Tage Abend. Und wie Dr. Müller darum die Flottenvorlage mit einem Quien Sabe begleitet, so müssen wir auf die Frage, ob denn ein Handelsgeschäft zwischen Zentrum und Regierung anläßlich der Flottenvorlage wirklich ausgeschlossen ist, die leider ebenso ungenügende als für das Zentrum unbequeme Antwort geben: Wer weiß?

Politische Uebersicht.

Berlin, 21. Januar.

Aus dem Reichstage. Es ist heute der vierte Tag, an dem sich der Reichstag mit dem Etat des Reichsamts des Innern beschäftigt und es ist noch nicht abzusehen, wann man zu Ende kommen wird. Bisher hat der famose Erlaß des Herrn Grafen von Posadowsky die Debatten beherrscht und auch heute war die Rede des Zentrumsführers Dr. Lieber nichts anderes als ein erneuter Versuch, seine Partei auf der einen Seite der Regierung zum Kampfe gegen den Umsturz zur Verfügung zu stellen, andererseits aber sich dagegen zu verwahren, daß er und seine Freunde dazu bereit seien, das Koalitionsrecht zu erdrosseln. Daß letzteres nicht geschieht, dafür liegt für das Zentrum freilich der Knüppel beim Hunde, denn die katholischen Arbeiterwähler würden den Herren Führern rasch den Spaß verderben, wollten diese die Geschäfte des Herrn von Stumm offen betreiben. Weiter erklärte Herr Dr. Lieber, daß seine Freunde der Resolution Pachnicke nicht zustimmen werden, da durch dieselbe die Gewerkschaften zum Tummelplatz für politische Treibereien gemacht würden. Daß die katholischen Gewerkschaften nichts weiter sind als Konventikel der politischen Zentrumspartei, darüber schwieg natürlich Herr Lieber.

Der Fraktionsgenosse des Herrn Dr. Lieber, Herr Hitze, trug darauf seine Wünsche in bezug auf die Gewerbe-Inspektion vor, während Dr. Pachnicke seinen Antrag gegen Dr. Lieber vertheidigte.

Prinz von Schöneich-Carolath verlangt die Zulassung der Frauen zur ärztlichen Praxis, worauf Graf v. Posadowsky die staatsmännische Erklärung abgab, daß auch die Regierung dieser Frage nicht mehr „absolut ablehnend" gegenüber stehe. Es sollen auch in dieser Angelegenheit Erhebungen stattfinden. Dr. Friedberg (natl.) und Graf v. Stolberg (k.) erklären sich mit den Ausführungen des Ministers einverstanden.

Die Mängel der Gewerbe-Aufsicht und die Mißstände, die auf diesem Gebiete noch bestehen, behandelte hierauf der Genosse Wurm in eingehender Weise. Es waren die alten Klagen, die unseren Lesern nur zu gut aus den bezüglichen Artikeln, die wir über dieses Thema schon gebracht haben, bekannt sind. Der Redner geißelte besonders die milde Praxis der Gerichte gegenüber den Vergehen der Unternehmer auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, besonders wenn die Anzeigen „blos von dem Gewerbe-Inspektor" erstattet sind. Der Redner verlangt energische Fortbildung der Gewerbe-Aufsicht und besonders auch die Zuziehung von Vertrauenspersonen der Arbeiter und zwar nicht nur von Männern, sondern auch Frauen. Daß durch die Heranziehung von Diakonissinnen zu diesen Aufgaben nichts genützt werde, betonte der Redner besonders, indem er auf die mangelnde Vorbildung dieser Frauen für solche Zwecke hinwies. Daß die preußische Regierung Frauen-Inspektoren um deswillen nicht will, weil diese den Fabrikanten nicht genehm seien, sei für diese Regierung ja ungemein bezeichnend, für uns und die gesammte Arbeiterschaft aber erst recht ein Grund, auf dieser Forderung zu bestehen.

Herr Hitze machte noch einmal den Versuch, jeden Zweifel an der Arbeiterfreundlichkeit des Zentrums zu zerstreuen, Zweifel, deren Genosse Wurm eine ganze Zahl angeregt hatte. Erwähnt sei noch, daß Herr Hitze dem Reichstag mitzutheilen für nothwendig hielt, daß er nicht der Verfasser des oft zitirten und seiner billigen Kochrezepte willen in Arbeiterkreisen berüchtigten Buches „Das häusliche Glück" sei. Er habe zwar an einer Neuauflage sich betheiligt, aber gerade in dieser die ominösen Rezepte gestrichen.

Morgen 2 Uhr Fortsetzung. —

Die Reform des Militär-Gerichtsverfahrens. Die Haltung der Regierung in der Kommission des Reichstags, welche den Entwurf zum Militär-Strafprozeßverfahren zu berathen hat, bestätigt durchaus unsere früher ausgesprochene Ansicht, daß die Regierung an dem Zustandekommen der von ihr vorgeschlagenen Reform garnichts gelegen ist.

Die Kommission hat in ihren bisherigen Berathungen alle irgendwie weitgehenden Anträge aus ihrer Mitte abgewiesen. Unter Führung des Zentrumsabgeordneten Herrn Gröber sucht die Kommissionsmehrheit nur einige wenige, äußerst dürftige Verbesserungen der Vorlage herbeizuführen. Aber die Regierungsvertreter erklären fast allenthalben: Non possumus, wir können nicht, das heißt wir wollen nicht! Der Kriegsminister v. Goßler gab schon in der Sitzung vom Donnerstag eine Erklärung ab, die deutlich besagte, daß die Regierung die Vorlage nicht annehmen werde, wenn die Aenderungen, welche die Kommission hineingebracht hat, nicht zurückgezogen werden.

Es ist unverkennbar, daß die Vorlage nicht aus rechter Ueberzeugung von ihrer Nothwendigkeit eingebracht ist, sondern lediglich um den Reichskanzler nicht als Brecher seines Versprechens erscheinen zu lassen. Wahrscheinlich haben einflußreiche Militärs gleich von vornherein auf eine solche Gestaltung der Vorlage hingedrängt, von der sie wußten, daß der Reichstag sie nicht genehmigen könne.

Ferner hat zweifelsohne bei der Einbringung dieser Vorlage die Rücksicht auf das Flottengesetz eine große Rolle gespielt. Man wollte wenigstens den Anschein erwecken, als ob man dem deutschen Volke nicht nur neue Lasten und Opfer zumuthe, sondern auch bereit sei, auf seine Wünsche einzugehen.

Daß diese Auffassung der Dinge dem Sachverhalt entspricht, bestätigt das Verhalten der Regierungsvertreter in der Kommission. Es scheint also dahin kommen zu sollen, daß trotz der größten Mäßigung der Kommission und der hinter den Kommissionsmitgliedern stehenden Parteien nichts aus der Reform werden sollte.

So überaus bedauerlich das wäre, so darf es doch die Reichstagsmehrheit nicht hindern, ihre Pflicht gegenüber den Wählern zu thun. Insbesondere das Zentrum könnte sich hier rechte Verdienste erwerben. Diese Partei hat es in der Hand, die Regierung zu größerem Entgegenkommen zu nöthigen.

Die Regierung will das Flottengesetz, das Volk die Reform des unhaltbaren, jeder modernen Rechtsauffassung Hohn sprechenden Militär-Strafverfahrens.

Das Zentrum ist flottenbewilligungslustig. Wird es wenigstens als Kaufpreis die Reform der Militärstrafjustiz fordern? Das Zentrum versteht sich doch gut aufs Handeln. Mag es doch einmal etwas einhandeln, was der Masse des deutschen Volkes werthvoll ist!

Freilich, uns scheint, als werde das Zentrum sich an dem Schein eines ernsthaften Eintretens für die Reform des Militär-Strafverfahrens genügen und ganz andere Dinge von der Regierung zu erschachern suchen.

Für den Grafen Posadowsky und den Frhrn. v. Stumm recht lehrreich ist die soeben vom englischen Handelsamt veröffentlichte Statistik der Arbeiterkoalitionen in England.

Schon daß das Londoner Handelsamt mit so großer Sorgfalt und Unparteilichkeit die Entwicklung der Trades Unions Monat für Monat und Jahr für Jahr verfolgt und durch seine Publikationen das Verständniß für die eminente Kulturbedeutung der Organisation der Arbeiter in den weitesten Kreisen weckt und fördert, ist für die Herren im Berliner Reichsamt des Innern beschämend. Daß gar einer der hervorragendsten Gewerkschaftsführer der „Arbeitsabtheilung" im englischen Ministerium vorsteht, ist für das deutsche Saarabien diesseits und jenseits der Elbe geradezu eine Ungeheuerlichkeit.

Diesmal ist der Bericht des Labour Correspondent noch ausführlicher wie sonst. Eine Reihe von Gewerkschaften hat 1895 und 1896 zum ersten Male ihre Uebersichten eingesandt. Dadurch sind die früheren Gesammtziffern mit den heutigen nicht mehr vergleichbar; die Arbeitsabtheilung hat aber von allen nunmehr zugänglichen Berufsvereinen die Ziffern für die letzten fünf Jahre nachträglich zusammengestellt, sodaß für diesen Zeitraum der Ueberblick vollständiger wie je geworden ist. Die Berichte betreffen

	Gewerkschaften	Zahl der Mitglieder	Die 100 hervorragendsten Trades Unions hatten Mitglieder
1892	1184	1 461 800	918 759
1893	1289	1 458 692	917 496
1894	1285	1 424 941	931 440
1895	1316	1 397 887	921 686
1896	1330	1 487 562	966 953

Die Zahl der Koalitionen steigt also stetig wie nach einem unabänderlichen Naturgesetz. Die Mitgliederziffer schwankt, je nach dem allgemeinen Geschäftsgang, aber innerhalb viel engerer Grenzen wie bei uns, wo die Arbeiterklasse noch jünger und wirthschaftlich unentwickelter ist, wie in England. Die großen alten Gewerkschaften, zwei Drittel aller organisirten Arbeiter umfassend, wahren jedoch auch unter wechselnden Konjunkturen ihren Mitgliederstand, ja sie vermehren ihn sogar fast unausgesetzt.

Auch die weiblichen Arbeiter sind durch ihre Lohn- und Arbeitsverhältnisse immer mehr in die Berufsvereine hineingetrieben worden. Man zählte 1896 108 578 organisirte Arbeiterinnen, davon nur 6974 in eigenen Frauenorganisationen, die übrigen in den gemischten Unionen von Frauen und Männern.

Die Leistungen der Trades Unions für alle möglichen Kulturzwecke sind ganz außerordentliche. Die Ausgaben für Lohnkämpfe, um die Lebenshaltung der Massen zu erhöhen oder gegen eine Herabdrückung zu wahren, sind gewiß in erster Linie ebenfalls Ausgaben für Kulturzwecke; sie erschöpfen jedoch in keiner Weise die Thätigkeit der Gewerkschaften, besonders nicht in den aussichtslosen Jahren der wirthschaftlichen Depression. Der Bericht verzeichnet folgende Leistungen in Pfund Sterling (= 20 Mark.):

	1892	1893	1894	1895	1896
Arbeitslosen-Unterstützung . . .	349 841	459 259	469 187	436 215	285 277
Streikkosten . .	357 387	594 776	158 711	190 413	155 128
Kranken- u. Unfallgelder	208 281	240 883	229 788	263 846	246 388
Invalidengelder .	102 081	112 252	122 050	181 511	141 983
Sterbegelder . .	69 098	75 845	69 846	76 205	75 395
Andere Unterstützungen . .	82 954	123 478	122 569	49 815	64 681
Verwaltungs-, Agitationsausgaben	251 173	252 307	280 781	258 090	270 428
	1 420 765	1 858 300	1 446 927	1 408 095	1 239 230

Das alles konstatirt das englische Handelsamt mit großer Genugthuung. Bei uns aber folgt das Reichsamt des Innern den Wünschen eines Stumm, der in seinem bekannten Fabrikanschlag von „verüchtigten Gewerkvereinen" spricht, „deren englische Vorbilder weit über das Maß der sozialdemokratischen Ausschreitungen hinaus nicht vor den gewaltthätigsten Verbrechen zur Erreichung ihrer Zwecke zurückgeschreckt sind".

Die Spannung zwischen England und Rußland wegen der chinesischen Angelegenheit nimmt stets schärfere Formen an. Gegen die englische Forderung, Talienwan als Vertragshafen zu öffnen, hat nach den „Times" Rußland scharf protestirt. Der russische Geschäftsträger in Peking droht im Falle der Erfüllung jener Forderung „mit dem Verlust der Freundschaft und des Schutzes" Rußlands. Nach einer Pariser Mittheilung der Münchener „Allgemeinen Zeitung" haben Rußland und Frankreich gemeinschaftlich beim Tsung-li-Yamen energisch Verwahrung gegen die von England geforderte Unterstellung der chinesischen Post, Telegraphen- und Bergwerks-Verwaltung, der Likin-Abgabe und anderer Steuern unter die Ueberwachung britischer Kommissare eingelegt. Eventuell dringen die beiden befreundeten Mächte darauf, daß neben jedem englischen Kommissar ein russischer angestellt werde. Andererseits thut man in London recht kriegslustig. Eine Vermehrung der Marinemannschaften um 5000 Mann soll beim Parlament beantragt werden und Lord Wolseley, der Oberbefehlshaber der Armee, erklärt, „er könne sein Ehrenwort geben, daß, falls die Regierung morgen den Krieg erkläre, zwei volle Armeekorps zur Einschiffung bereit stehen würden, ehe die Marine die nöthigen Schiffe dazu beschaffen könnte. Diese Armeekorps würden aus den schönsten Mannschaften bestehen und besser ausgerüstet und besser eingeübt sein, als irgendwelche, die jemals die britischen Gestade verlassen haben."

Nun, so sehr gefährlich wird die Sache wohl vor der Hand noch nicht werden. Die „schönen Mannschaften" Lord Wolseley's werden vielleicht eher an die ostindische Grenze ziehen müssen, als in die chinesischen Gewässer. England wird sich schließlich begnügen müssen, wenn es die chinesischen Südprovinzen und das Yangthekiangthal, die reichsten Landstriche des himmlischen Reiches, ausbeuten darf und wird dem russischen Bären den Norden überlassen.

* * *

Deutsches Reich.

— **Die produktionsstatistischen Arbeiten** im Reichsamte des Innern sind in vollem Gange. Dem Vernehmen der „B. P. N." nach werden demnächst die Fragebogen für die Lederindustrie, die Holzwaaren-, Spielwaaren- u. s. w. Industriezweige festgestellt werden. —

— **Ein Materialprüfungsamt des Reiches** verlangt ein Antrag der Abgg. Schmidt-Elberfeld und Paasche. Unseres Erachtens verdient er auch vom Standpunkte der Arbeiter aus Förderung und Unterstützung. Heute haben wir in Preußen verschiedene Prüfungsabtheilungen in der Charlottenburger mechanisch-technischen Versuchsanstalt. Die Abtheilung für Oelunterfuchung stellt z. B. Gefrier- und Flammpunkt der verschiedenen Schmieröle fest; derartige Feststellungen sind von größtem Werthe für die Eisenbahnen, bei denen das Erstarren des Oeles bei strenger Kälte, ebenso das Entflammen an den Achsen leicht zu schweren Betriebsstörungen und Unfällen führen kann. Die Baumaterial-Abtheilung hat für die Hafenbauten wichtige Aufschlüsse gegeben durch Untersuchungen über das Verhalten der Bindemittel im Meerwasser. Der Metallabtheilung fallen die Prüfungen über die Festigkeit von Eisenbahnschienen, Drahtseilen und Seilverbindungen zu, von der das Leben hunderttausender von Menschen auf den Eisenbahnen, in den Gruben und an den Fahrstühlen abhängt. Ungemein wichtig für die Verhütung von Kessel- und Rohrexplosionen sind ferner die Experimente über das Verhalten von Kupfer und Eisen bei starkem Frost und hohen Temperaturgraden. Die bisher bewilligten Staatszuschüsse sollen entfernt nicht ausreichen, um die Lösung mannigfacher, noch unaufgeklärter, rein wissenschaftlicher Probleme zu ermöglichen. Schon um dringende Mißstände zu heben, soll das Reich die Anstalt übernehmen, die dann der Physikalisch-Technischen Reichsanstalt etwa gleich zu stellen wäre. Auch eine Reihe sozialdemokratischer Abgeordneter haben den Antrag Schmidt-Paasche vorläufig unterstützt. —

— **Ueber den Zuckerzoll in Amerika** schweben besondere Verhandlungen zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten. Nach der „Magdeburg. Zeitung" wünschen die deutschen Zuckerindustriellen, daß von den Vereinigten Staaten eine vertragsmäßige Herabsetzung des dortigen Zuckerzolles um 20 pCt. erlangt werden möge, und zugleich die Zusicherung, daß kein Land durch Ermäßigung der Zuckerzölle vor Deutschland bevorzugt werden darf. —

— **Zentrum und Marinevorlage.** Die „Germania" theilt mit, daß die Zentrums-Fraktion des Reichstages sich abermals mit dem Flottengesetz beschäftigt habe und dabei einmüthig zu dem Ergebnisse gekommen sei, daß zur Zeit keine Veranlassung für sie vorliegt, von dem durch den Fraktionsredner der ersten Lesung, Herrn Abg. Dr. Lieber dargelegten Standpunkte abzugehen.

Nach dieser parteioffiziellen Mittheilung herrscht die Lieber'sche Bewilligungslust im ganzen Zentrum vor. Und wir glauben gern, daß das die vorwaltende Stimmung der ganzen Partei ist. Nur einige wenige Abgeordnete scheinen mit der Haltung der Parteimehrheit nicht einverstanden zu sein. Dem Abgeordneten für Mainz, Dr. Schmitt, der kürzlich eine etwas kräftigere Rede gegen das Flottengesetz gehalten hat, wurde nachgesagt, er wolle sein Mandat niederlegen. Dr. Schmitt erklärt jetzt aber, „es sei zwar richtig, daß seine Rede gegen das Flottengesetz in den Kreisen des Zentrums um Lieber herum eine starke Verstimmung gegen ihn erzeugt habe, er denke aber gerade deshalb gar nicht daran, auf sein Mandat zu verzichten; im Gegentheil, er würde es als ein Verbrechen gegen seine Wähler ansehen, wenn er das thäte. Bestärkt werde er in seinem Verhalten durch eine Reihe von Zuschriften, die er aus Zentrumskreisen erhalten habe, worin der Anerkennung und der Freude darüber Ausdruck verliehen sei, daß endlich einer der Zentrums-Abgeordneten den Muth gehabt habe, in dieser Angelegenheit den Mund aufzuthun und die Ansicht der Mehrheit der Zentrumswähler offen auszusprechen."

Den Aemterlustigen um Lieber wird diese Auslassung wenig Freude bereiten. —

— **Ueber die Ergänzungssteuer-Veranlagung in Preußen** für 1897/98 entnehmen wir der dem Abgeordnetenhause zugegangenen Uebersicht folgende Einzelheiten: Veranlagt waren 1 179 855 Zensiten gegen 1 166 745 im Vorjahre oder 3,70 pCt. der Bevölkerung, und zwar in den Städten 588 510 oder 4,11 pCt., auf dem Lande 641 345 oder 3,42 pCt. Mit einem Einkommen von nicht mehr als 3000 M. sind 895 111, mit einem Einkommen von mehr als 3000 M. 284 744 Zensiten veranlagt. Von dem gesammten steuerpflichtigen Vermögen in Höhe von 65 676 915 411 M. entfallen auf die Städte 39 790 237 390, auf das Land 25 886 678 021 M. Das Durchschnittsvermögen jedes Zensiten stellt sich auf 73 889 M. in den Städten, 40 363 M. auf dem Lande. In den Stadtkreisen beträgt das Durchschnittsvermögen 103 557 M. Ueber diesem Durchschnitt bleiben u. a. Frankfurt a. M., Charlottenburg, Essen, Berlin, Wiesbaden und Bonn. Das Durchschnittsvermögen jedes Zensiten überragt das des Vorjahres um 197,02 M. Ein Vermögen von mehr als 500 000 M. besitzen 1,19 pCt. aller Zensiten. —

— **Ueber die Beanstandung der Steuer-Erklärungen** ist eine Statistik aufgenommen, aus welcher hervorgeht, daß von 424 668 abgegebenen Steuererklärungen 140 763 oder 33,1 pCt. beanstandet sind. Der Erfolg dieser Beanstandungen ist gewesen, daß dadurch ein Mehr an Steuern von 5 405 439 M. erzielt wurde. Diejenigen Steuerpflichtigen, deren Deklarationen beanstandet sind, würden nach Maßgabe ihrer Deklarationen nur insgesammt 22 990 071 M. Einkommensteuer zu zahlen gehabt haben, während sie infolge der Beanstandung zu 28 395 510 M. herangezogen sind; sie würden also, wenn ihre Erklärungen ohne weiteres der Veranlagung zu grunde gelegt wären, um 23,5 pCt. oder fast um 1/4 der von ihnen deklarirten Summen zu niedrig besteuert worden sein. Der Mindererertrag von 5,4 Millionen in dem Staatssteuerfoll würde außerdem als unabweislich weitere Folge noch einen Mindererertrag von 6—7 Millionen an Kommunalsteuer-Zuschlägen nach sich gezogen haben. Der Umfang der Beanstandungen ist in den einzelnen Regierungsbezirken sehr verschieden. Ueber dem Durchschnitt von 33,1 pCt. ist er in Oppeln (53,5), Aurich (43,5), Marienwerder (44,6), Gumbinnen (47), Bromberg (48,1), Cöslin (44,3) u. a., unter dem Durchschnitt in Potsdam (24,6), Hannover (21,7), Osnabrück (19,9), Wiesbaden (22,3) u. a. In Berlin, Magdeburg, Erfurt und Aachen kommt er dem Durchschnitt ziemlich nahe.

— **Wegen Zuwiderhandlungen gegen das Einkommen- und Ergänzungssteuer-Gesetz** (unrichtige oder unvollständige Angaben) ist in 1446 Fällen ein Strafverfahren eingeleitet. In 869 Fällen sind wissentlich falsche Angaben gemacht. Von den sogleich zur gerichtlichen Entscheidung gelangten 42 Fällen erfolgten in 15 Fällen Freisprechung, unter den 47 später zur gerichtlichen Entscheidung gelangenden Fällen erfolgte 19mal Freisprechung. Die meisten Strafverfahren entfallen auf Wiesbaden, Minden, Berlin und Oppeln, die wenigsten auf Bromberg, Hannover, Erfurt, Stade, Osnabrück und Koblenz. —

— **Preußischer Strafvollzug.** Wie bekannt, so schreibt die „Frankf. Ztg.", ist unlängst der Herausgeber der „Kritik", Dr. Richard Wrede, aus der Festung Weichselmünde entwichen. Ebenso ist es bekannt, daß dieser wegen Majestätsbeleidigung verurtheilte Schriftsteller nur deshalb entwich, weil ihm die sanitären Zustände auf der Festung Weichselmünde lebensgefährlich erschienen. Da man zunächst geneigt sein wird, Zustände, wie die von Wrede geschilderten, in einem Kulturstaate am Ende des 19. Jahrhunderts für unmöglich zu halten, möchten wir das Urtheil eines anderen Schriftstellers hier zur Charakterisirung der Verhältnisse auf der Festung Weichselmünde heranziehen. Dr. Fr. W. Förster, Mitredakteur der Zeitschrift „Ethische Kultur", hatte im Sommer 1896 eine dreimonatliche Festungshaft auf dieser Festung zu verbüßen. In einem uns zur Verfügung gestellten Schreiben äußert er sich wie folgt: „Ich habe über die gesundheitlichen Verhältnisse der Festung Weichselmünde lebhaft Klage zu führen. Ich möchte lieber drei Monate im Gefängniß zubringen, als in dem konzentrirten Sumpfgestank dieser Festung mit ihren feuchten und dumpfigen Gefangenenstuben. Noch monatelang nach Verlassen der Festung hatte ich mit Malaria-Anfällen zu kämpfen, und auch meine fünf Mitgefangenen waren am Ende ihrer Strafzeit nervös stark heruntergebracht, vor allem durch die schlechte Luft in den Zimmern, deren „Ventilationseinrichtungen" in unmittelbarer Nähe des schlecht verschließbaren Klosets mündeten." —

— **Unter den Arbeitern der Staatswerften** soll angeblich aus Anlaß des Flottengesetzes eine starke Strömung vorhanden sein für Lostrennung von der Sozialdemokratie. Anhalt für diese Behauptung bietet da den bürgerlichen Blättern nur eine kleine Versammlung in Gaarden bei Kiel, wo man beschlossen hat, einen „nationalen Arbeiterverein" zu gründen. Die bürgerlichen Blätter selbst aber müssen erzählen, daß die Leiter der „Bewegung" nur Vorarbeiter seien. Es genügt darauf hinzuweisen, daß in den Hafenstädten große Volksversammlungen stattfanden, in denen sich die Arbeiterschaft einheitlich gegen die Flottenvermehrung ausgesprochen hat. Wir haben ja nichts dawider, wenn sich unsere Gegner süßer Hoffnungen erfreuen, aber in Erfüllung werden dieselben nicht gehen. —

— **Bismarck's Haß gegen das Regime Caprivi' Marschall** kommt immer wieder zum Ausdruck. In einem Gespräch mit dem nordbayerischen Journalisten A. Memminger, bekanntlich einem früheren Sozialdemokraten, äußerte er sich folgendermaßen:

Die großen Nachtheile, welche der Unterschied der Währungen zwischen Deutschland und den Hauptgetreideländern Rußland, Argentinien, Nordamerika, auch Indien, China, Japan nicht blos unserer Landwirthschaft, sondern auch der Industrie gebracht hat, habe ich durch erhöhte Schutzzölle auszugleichen versucht. Leider ist diese Politik unter meinem Nachfolger im Bunde mit der Börse, den Sozialdemokraten und dem klerikalen Zentrum aufgegeben und dadurch das Unheil über unsere deutsche Landwirthschaft gebracht worden. Das Zentrum hat durch seine sinnlose Zustimmung zu den Handelsverträgen die deutsche Landwirthschaft unendlich mehr geschädigt, als ihr alle Juden geschadet haben und schaden können. Das war eine wirklich reichsfeindliche Politik, woran die Sozialdemokraten die ausgelassenste Freude haben konnten.

Herr Memminger mag auch diesen Kohl seinen an seltsames Futter gewohnten Lesern vorsetzen, seinem Rufe kann das nicht mehr schaden. Für einen Bismarck sind derartige Lächerlichkeiten und Gehässigkeiten doch beschämend. Als Fürst Bismarck noch nicht Herzog von Lauenburg war, verschmähte er selbst zur Zeit der skandalösesten Handhabung des Sozialistengesetzes die Unterstützung der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nicht. Man weiß noch, wie er sich durch Stephan eifrigst um unsere Stimmen für die Dampfersubventions-Vorlage bemühte — freilich vollkommen vergebens. Für die Verminderung der Getreidezölle haben wir nicht der schönen Augen unseres Feindes Caprivi wegen, sondern im Interesse der deutschen Arbeiterklasse gestimmt. —

— **Hauptmann's „Weber" eine „öffentliche Lustbarkeit".** Das Ober-Verwaltungsgericht hat das Verbot der Stettiner Polizeibehörde, das Hauptmann'sche Drama am Bußtage durch einen Schauspieler im Wahlverein zur Vorlesung zu bringen, bestätigt. Als Grund des Verbots hatte die Stettiner Behörde sich auf eine Verordnung des Oberpräsidenten v. Puttkamer berufen, wonach an Bußtagen „öffentliche Lustbarkeiten" verboten sind.

Hauptmann's „Weber" als öffentliche Lustbarkeit, in einer Linie mit Tanz- und Ballvergnügungen, das sind Leistungen, um die selbst Herr v. Köller die Herren Persius u. Komp. beneiden wird! —

— **Nordische Wasserkante.** Das hiesige Antisemitenblatt, mit dem man schon um deswillen nicht polemisiren kann, weil ihm der journalistische Anstand fehlt, Erwiderungen seinen Lesern mitzutheilen oder auch nur zur Kenntniß zu nehmen, hat sich in diesen Tagen einen langen Leitartikel gegen die Sozialdemokratie, den Abg. Singer, den „Vorwärts" ꝛc. geleistet. Eine der Lügen des Blattes geht aber auch in andere Zeitungen über, nämlich, daß wir von der Börse unter der Spitzmarke Nordische Wasserkante jährlich viele Zehntausende Mark zugewandt erhalten. Ein Wort auch darüber zu verlieren, sollte ja eigentlich überflüssig sein. Was sich unter dem in der Zeit des Sozialistengesetzes angenommenen Namen verbirgt, könnte nach kurzem Nachdenken jedem klar sein, der die deutsche Sozialdemokratie kennt. Für diejenigen, die das nicht wissen, sei es gesagt, daß auch diese Zehntausende Mark von der Nordischen Wasserkante Proletariergeld sind. —

— **Das Reichs-Marine-Amt** theilt mit: „Der Dampfer „Darmstadt", mit dem Auslandsbataillon der Marine-Infanterie an Bord ist am 21. Januar in Hongkong angekommen und beabsichtigt am 22. Januar nach Kiautschau in See zu gehen. Der Postdampfer „Preußen" mit dem abgelösten Besatzungstheil der „Möwe" beabsichtigt am 28. Januar von Shanghai die Heimreise anzutreten. —

— **Zur Kuli-Frage** schreibt uns Herr Heinrich Sohnrey, daß wir ihn mißverstanden haben; er sei ein entschiedener Gegner der Einfuhr chinesischer Arbeiter. Wir entnehmen seinem Schreiben die folgenden Stellen:

„Es kann nach meiner bisherigen Stellung in der Landarbeiter-Frage doch wahrlich keinem Zweifel unterliegen, daß die Briefkastennotiz, die eine Antwort auf einen Aufsatz war, der im „Land" die Einfuhr von Kulis befürworten wollte, aber keine Aufnahme fand, von Anfang bis zum Ende ironisch aufzufassen ist." . . . „Ich sehe aber aus dem Artikel in Ihrem Blatt, daß die Briefkastennotiz mißverstanden werden konnte; ich werde also dafür Sorge tragen, daß die Leser des „Land" von allen etwaigen Zweifeln befreit werden."

Wir meinen, daß die Chinesen-Frage jemanden, der die Wohlfahrtspflege auf dem Lande sich zur Lebensaufgabe gesetzt hat, viel zu wichtig erscheinen müsse, um in einer so scherzhaften Weise abgethan werden zu können. Wir haben auch ein starkes und berechtigtes Mißtrauen gegen die Freunde der Landarbeiter, daß Herr Sohnrey uns das Mißverständniß entschuldigen muß.

Die „Deutsche Tages-Zeitung", die gestern noch über unsere falsche Beurtheilung der Briefkastennotiz im „Lande" frohlockte, schweigt nun, nachdem wir die „Zeitschrift für die landwirthschaftlichen Vereine des Großherzogthums Hessen" gegen sie ins Feld geführt haben. —

Königsberg i. Pr., 20. Januar. (Eig. Ber.) Im Wahlkreise Königsberg-Land-Fischhausen werden sich, wie es scheint, zwei Junkerkandidaten gegenüberstehen. Die Bündler wollen von dem bisherigen Abgeordneten Grafen Dönhoff-Friedrichstein wegen seiner Zustimmung zum russischen Handelsvertrage nichts mehr wissen und beabsichtigen den Bundesvorsitzenden für Ostpreußen, Grafen Dohna-Wundlacken, aufzustellen. Ein Theil aber hält am Grafen Dönhoff fest. Um die Wähler für diesen günstiger zu stimmen, vertheidigt ein Oekonomierath Andersch die Zustimmung zum Handelsvertrage u. a. durch folgende Darlegung in einer Königsberger Zeitung:

„In der ersten Hälfte des Monats Februar 1894 war bekannt geworden, daß der Kaiser am 5. Februar auf einem Diner beim Reichskanzler v. Caprivi in einem Kreise von Parlamentariern sich sehr ernst auf das Eingehendste und Klarste über die „schlimmen Folgen" geäußert, die eine etwaige Ablehnung des russischen Handelsvertrages für unsere politischen Beziehungen zu Rußland haben würde. Se. Majestät hat sich bei dieser Gelegenheit ganz deutlich darüber ausgesprochen, daß er in diesem Falle keinen anderen Ausweg für möglich halte, als die Entwickelung eines „wirklichen Krieges aus dem wirthschaftlichen Kriege"; eine Mobilmachung drei Monate nach der Ablehnung des Handelsvertrages sei nach seiner Ansicht die unausbleibliche Folge. In dem Falle aber würde das ganze Land aufstehen und den 160 Agrariern Schuld geben, daß sie nur ihre eigenen Interessen und nicht die des gesammten Vaterlandes zu Rathe gezogen hätten. Se. Majestät meinte, er wolle niemanden beeinflussen, aber er verwahre sich auch ausdrücklich dagegen, daß, falls diese „schlimmen Folgen" eintreten würden, nicht etwa von irgend einer Seite gesagt werden könnte: solche Möglichkeiten, wie die eines Krieges, habe ja niemand voraussehen können."

Das ist eine sehr interessante Lesart über die damaligen Vorkommnisse. Man kann gespannt sein, was die offiziösen Blätter dazu sagen werden.

Was den Wahlkreis betrifft, so wird vielleicht die Sozialdemokratie, deren Kandidat Genosse Schnell ist, beide Grafen vor der schweren Last der Volksvertretungs-Pflichten bewahren. —

Braunschweig, 20. Januar. (Eig. Ber.) Heute ist der Ende vorigen Jahres gewählte Landtag in feierlicher Sitzung durch eine vom Staatsminister Otto gehaltene Thronrede eröffnet worden. Das plutokratische Wahlrecht zum braunschweigischen Landtag dürfte wohl in seiner Wirkung, das „Volk" von der Antheilnahme an den Angelegenheiten seines Landes auszuschließen, von keinem anderen Wahlsystem im deutschen Vaterlande übertroffen werden. Haben doch ca. 2100 Höchstbesteuerte Personen bereits die Wahl der Mehrzahl der Abgeordneten in direkter Wahl zu vollziehen. Wenn man bedenkt, daß die übrigen Abgeordneten erst durch einen Wahlmänner-Körper gewählt werden, der sich aus den Wahlmännern dreier nach dem Einkommen gegliederter Klassen in Gemeinschaft mit den Mitgliedern der Stadtverordneten-Versammlungen und Magistrate zusammensetzt, so wird man sich vorstellen können, daß eine Beeinflussung der braunschweigischen Landesvertretung durch die arbeitenden Klassen einfach ausgeschlossen ist. Der Konflikt zwischen städtischem und ländlichem Besitz drückt der gesammten Thätigkeit unseres Landtages den Stempel auf und ist auch bei den Wahlen allein ausschlaggebend gewesen. Es ist daher kein Wunder, daß schon von jeher die Masse der Bevölkerung dem Landtag, seinen Verhandlungen, den Wahlen zu demselben u. s. w. höchst gleichgiltig gegenübersteht. Nicht einmal so, wie es unsere preußischen Genossen beabsichtigen, vermag man auf dem braunschweigischen Landtag einzuwirken. In Preußen giebt es doch wenigstens eine parlamentarische Opposition, welche gezwungen ist, bei den Wahlen ein poli-

tisches Programm zu veröffentlichen, das man kritisiren, auf dessen Erfüllung man drängen kann. Das ist im braunschweigischen Lande völlig ausgeschlossen. Politische Parteigliederung kennt unsere Bourgeoisie nicht, sie giebt sich nicht damit ab, „Ideen" und „Meinungen" zu haben, sie hat nur Geldsackinteressen. Infolge dessen ist es ebenso unmöglich, diesen politischen Sumpf des Landtages von außen her zu beeinflußen, wie es infolge des Wahl„unrechts" von innen heraus unmöglich ist. Man muß die Dinge nehmen, wie sie kommen, bis es einmal möglich sein wird, eine Volksbewegung zu entfesseln, deren Ansturm dieser alte Landtagskasten nicht wird standhalten können.

Die heutige Thronrede beschäftigt sich hauptsächlich mit der erst vor kurzem begonnenen Einkommensteuer-Reform. Die zunächst nur für zwei Jahre eingeführte Einkommensteuer soll neben der Forterhebung von 25 pCt. der Grund- und Gewerbesteuer die Haupt-Einnahmequelle des Staates werden. Neben ihr soll eine das Vermögen betreffende Ergänzungssteuer eingeführt werden. Was der Staat an Grund- und Gewerbesteuer aufgiebt, soll den Gemeinden zufließen, wodurch verhindert werden soll, daß diese das Einkommen, welches der Staat für sich allein als Steuerquelle behalten möchte, auch noch besonders stark heranziehen. Im übrigen stellt die Thronrede in Aussicht, daß durch eine schärfere Eintheilung der Steuerstufen die berechtigten Wünsche der Städte berücksichtigt werden sollen, d. h. zu deutsch, daß das Wahlrecht der städtischen Höchstbesteuerten den ländlichen gegenüber erweitert werden soll. Diese „Wahlreform" läßt erkennen, daß alle Hoffnungen, es würde bei dieser „Reform" etwas für das arbeitende Volk abfallen, hinfällig gewesen sind und auch bleiben werden. Alsdann kündigt die Thronrede noch eine Vorlage über das System der Alterszulagen für die Staatsbeamten an, welche mit einer mäßigen Erhöhung der Höchstgehälter verbunden sein wird. Des weiteren erwähnt sie die Ausarbeitung einer neuen Bauordnung und eines neuen Polizei-Strafgesetzbuches.

Die Thronrede erwähnt eine Reihe von Materien nicht, die aber laut einer früheren Bekanntgabe zur Verhandlung kommen werden. Es wird eine auf Abänderung des Vereinsgesetzes gerichtete Vorlage erwartet, welche das bekannte Hohenlohe'sche Versprechen angeblich einlösen soll; es ist aber noch nicht bekannt gegeben, auf welche Weise dies erfolgen soll. Ferner wird es eine neue Notariatsordnung, eine neue Stempelordnung, sowie eine Novelle zum Volksschul-Gesetz geben, deren Inhalt man auch noch nicht kennt. Ferner will die Regierung beantragen, das staatliche Kalisalzlager bei Remlingen an der Asse durch Privatunternehmer betreiben zu lassen, wobei sie bei der Zusammensetzung des Landtages wohl kaum auf Widerspruch zu rechnen braucht. Dann wird es sich noch hauptsächlich um ein Einführungsgesetz für das Bürgerliche Gesetzbuch und die Berathung zahlreicher Petitionen zur Thronfolge-, Steuer- und Wahlrechts-Frage handeln.

Man sieht: ein recht reichhaltiges Programm, bei dem die Volksinteressen in der mannigfaltigsten Weise in Frage kommen. Das arbeitende Volk aber kann nicht mitthun. Es steht abseits und ist bei allem nur der leidende Theil. —

Hamburg, 21. Januar. Im Journalisten- und Schriftsteller-Verein von Hamburg-Altona wurde der Fall Bruns-Rantzau eingehend erörtert und folgende Resolution angenommen: „Die Hauptversammlung des Journalisten- und Schriftsteller-Vereins für Hamburg-Altona erklärt das Benehmen des Grafen Rantzau gegen den Inspektor Bruns für eine Beleidigung des gesammten Preßberufes. Sie protestirt energisch gegen diese Ueberhebung, schließt sich der ausnahmslosen Verurtheilung des Verhaltens des Grafen Rantzau in der deutschen Presse ihrerseits an. —

— Die „freie" Stadt Lübeck und die Arbeiter. In Lübeck soll am 26. Juni ein Kreisturnfest des Arbeiter-Turnerbundes abgehalten werden. Der Festausschuß ersuchte den Senat um Ueberlassung eines näher bezeichneten Platzes, erhielt aber einen ablehnenden Bescheid, der damit motivirt ist, „daß erst im letztverflossenen Jahre hierorts ein Kreisturnfest gefeiert ist und im kommenden Sommer ein allgemeines deutsches Turnfest in Hamburg veranstaltet werden soll, überdies auch der in Frage kommende öffentliche Platz für das gleich nachher im Monat Juli abzuhaltende allgemeine Scheibenschießen bereits als Festort bewilligt worden ist."

Der „Lübecker Volksbote" bemerkt zu diesem in der Versammlung des Senats, also nicht etwa von einem untergeordneten Beamten gefaßten Beschlusse: „Das haben wir nicht für möglich gehalten. Wir haben uns bisher einer wohlwollenden Berücksichtigung unserer Wünsche bei Abhaltung von Festen u. s. w. zu erfreuen gehabt und können ohne Ueberhebung behaupten, daß wir das in uns gesetzte Vertrauen, was ruhige Haltung und würdige Gestaltung anlangte, im höchsten Maße rechtfertigten. Um so mehr muß es befremden, daß den aus allen Gauen Norddeutschlands nach Lübeck trachtenden Arbeiter-Turnern nicht gestattet wird, für ein paar Stunden das unbenutzt daliegende Burgfeld zu beleben. Was geht uns das vorjährige Turnfest an, das von bürgerlichen, den „besseren" Schichten entsprossenen Turnern veranstaltet war, und das allerdings den Wunsch nach einer zweiten Auflage nicht wohl aufkommen läßt? Der Senat kann unbesorgt sein: derartige wüste Szenen, derartige Unflätigkeiten, derartiger grober Unfug würden von den turnfrohen Arbeitern nimmer verübt werden. Die sind viel zu gesittet und gut disziplinirt! Und was geht uns das Turnfest in Hamburg an, das vermuthlich auch von jener Seite arrangirt und einen ähnlich unerfreulichen Verlauf nehmen wird? Deswegen riskirt kein Arbeiter einen Schritt!!

Die Besorgniß des Lübecker Senats um eine Abschwächung der in Aussicht stehenden bürgerlichen Turn- und Schießfeste ist geradezu rührend!"

— Das sächsische Wahlkartell findet selbst in den Kreisen der Kartellparteien nicht allenthalben Beifall. Die nationalliberale „Dresdner Zeitung" schreibt: „In bezug auf die gestrige Erklärung der Vorstände der konservativen und nationalliberalen Parteien im Königreich Sachsen, das Wahlkartell betreffend, werden wir von einflußreicher nationalliberaler Seite ersucht, mitzutheilen, daß ein Vorstandsbeschluß der nationalliberalen Partei im Königreich Sachsen über ein Reichstags-Wahlkartell bis heute noch nicht vorliegt. Die gestrige Veröffentlichung bringt wahrscheinlich nur den Wunsch des Vorsitzenden der nationalliberalen Partei und des Seniorenkonvents der zweiten Kammer zum Ausdruck, nicht aber einen Parteibeschluß. Die endgiltige Entscheidung über das Reichstags-Wahlkartell kann daher erst später erfolgen."

Man weiß, daß ansehnliche Theile der nationalliberalen Partei in Sachsen mit dem Verhalten ihrer Landtags-Abgeordneten bei der Frage des Wahlgesetzes gar nicht einverstanden gewesen sind und daß das Bestreben vorhanden ist, von der konservativen Bevormundung loszukommen. —

Kaiserslautern, 21. Januar. Bei der gestrigen Reichstags-Ersatzwahl in dem Wahlkreise Homburg-Kusel erhielten nach der „Pfälzischen Presse" Schmidt (nationalliberal) 6514 Stimmen, Lucke (Bauernbund) 3342 Stimmen, Dr. Jäger (Zentrum) 3239 Stimmen und Ehrhart (Soz) 807 Stimmen. Aus 11 Orten fehlen die Ergebnisse noch, doch scheint eine Stichwahl zwischen Schmitt und Lucke erforderlich.

Bei der Hauptwahl erhielt der Sozialdemokrat blos 99 und der Kandidat der Zentrumspartei 1848 Stimmen, auf Marquardsen (natl.) waren 9095 und auf einen Handwerker-Kandidaten 2044 Stimmen gefallen. Der Rückgang der nationalliberalen wie der kolossale Zuwachs der sozialdemokratischen Stimmen und die Fortschritte der Zentrums-Partei in einem der wenigen Wahlkreise, die bisher als unbestrittener Besitz der Nationalliberalen galten, ist ein erfreuliches Zeichen für die Stimmung gegen die Marinevorlage und für die Aussichten der nächsten allgemeinen Wahlen.

Der Stichwahl-Kampf dürfte, wenn er sich wirklich zwischen Bündlern und den agrarischen Nationalliberalen abspielen sollte, eines der heitersten Schauspiele im traurigen Parteileben unserer Tage sein. —

Aus Baden, 20. Januar. (Eig. Ber.) Die „großen Tage" in der Zweiten badischen Kammer sind wieder vorbei, und der Brustton patriotischer Begeisterung hat bescheideneren Registern der parlamentarischen Stimmgebung Platz gemacht. Es ist kein Zweifel, daß die Marineschwärmer im „Karlsruher Rondell" herzlich schlecht abgeschnitten haben, und die Berichte der nationalliberalen Presse lassen eine nicht zu verbergende Katzenjammerstimmung erkennen. Die reaktionäre Kammerminorität hatte es offenbar nicht erwartet, daß die Veränderung des Machtverhältnisses bei den Parteien des badischen Landtages das Gesammtbild der Debatten derart beeinflussen würde, wie es thatsächlich infolge der Reden von den Sprechern der sozialdemokratischen und demokratischen Fraktion der Fall war.

Die den Ständen zugegangene Vorlage über die Besteuerung des Wandergewerbebetriebs enthält eine durchgreifende Zusammenfassung der bisher vereinzelten Bestimmungen und kommt damit einem früher geäußerten Wunsch beider Kammern entgegen. Badische und nichtbadische Wandergewerbetreibende sind jetzt in dem gleichen Entwurf zusammengefaßt; die Steuer mit einem sehr eingehenden Tarif ist als Jahressteuer gedacht und wird bei Wanderlagern auf je sieben Tage berechnet.

Bei der Vermehrung der Einkommensteuer für 1898 sind in erster Reihe die Einkommen aus Arbeit betheiligt; an die zweite Stelle, die bisher vom Kapitalbesitz eingenommen wurde, ist das Einkommen aus Handel und Gewerbe gerückt und erst an dritter Stelle kommt der Kapitalbesitz. Die Tendenz des neuen Einkommensteuer-Gesetzes liegt also klar auf der Hand.

Die Summe der Einkommensteuer-Kapitalien beziffert sich auf 611 Millionen und hat sich gegen das Vorjahr im ganzen um 29,7 Millionen erhöht, diejenige der Steueranschläge um 17,5 Mill. Auf die Einkommen unter 5000 M. entfallen rund 61 pCt.; in ganz hervorragendem Maße sind an der Einkommensteuer der Städte betheiligt. Von obigem Gesammteinkommen entfallen auf die zehn Städte mit mehr als 10 000 Einwohnern 40,15 pCt., auf die siebzehn Städte mit mehr als 4000 bis zu 10 000 Einwohnern 7,27 pCt., also auf diese 27 Orte 47,42 pCt. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Arnsberg wird berichtet: Die hiesige Strafkammer hat einen Mann namens Kröber, der am 25. November v. J. in einer Wirthschaft zu Neheim hiesigen Kreises abfällige Aeußerungen über ein an der Wand hängendes Kaiserbild machte und schließlich sein Bierglas gegen das Bild schleuderte, wegen Majestätsbeleidigung zu anderthalb Jahren Gefängniß verurtheilt. —

Die Strafkammer zu Torgau verurtheilte am 19. d. M. den Maurer Robert Oenigk aus Berlin zu 3 Monaten Gefängniß wegen Majestätsbeleidigung. Derselbe war am 4. September 1897 in seine Heimath nach Naundorf gefahren und dort in ein Lokal gegangen, wo der Kriegerverein das Sedanfest feierte. Beim Kaiserhoch soll er die Majestätsbeleidigung ausgesprochen haben. Der Staatsanwalt hatte 1 Jahr Gefängniß beantragt.

Oesterreich.

Prag, 21. Januar. Die Polizeibehörde erläßt soeben folgende, ein Zugeständniß an die Czechen bedeutende Kundmachung: Das öffentliche Tragen aller demonstrativen Abzeichen, Vereinszeichen und Vereinstrachten ist zeitweilig ohne Ausnahme untersagt, mit dem Vorbehalt jedoch, daß in Fällen, welche besondere Berücksichtigung verdienen, die Bewilligung dazu ertheilt werden kann. Auf Uebertretung dieses Verbots steht Geldstrafe bis 100 Gulden oder Arreststrafe bis zu 14 Tagen. — Gestern Abend drangen acht Burschen in das Haus ein, in dem Universitätsprofessor Ullerich, Ritter v. Schöller und Direktor Markus von der hiesigen Filiale des Wiener Bankvereins wohnen. Sie suchten die Wohnung des Direktors Markus zu erbrechen, wurden aber von der Polizei, welche der Hausmeister herbeigeholt hatte, vertrieben. Direktor Markus forderte polizeilichen Schutz. Der Schutz wurde ihm zugesagt. Im übrigen verlief der gestrige Tag ruhig. Am Abend fanden auf dem Wenzelsplatz kleine Ansammlungen statt, welche von der berittenen Polizeiwache alsbald zersprengt wurden. Die Dragoner-Patrouillen fanden keinen Anlaß zum Einschreiten. —

Ungarn.

Budapest, 21. Januar. Das Abgeordnetenhaus nahm die Vorlage, betreffend das Rekrutenkontingent für das Jahr 1898 an. —

Frankreich.

— Das militärische Panama. Auch am Donnerstag wiederholten sich die Straßenkundgebungen in Paris und in verschiedenen Provinzstädten. In Paris wurden 115 Verhaftungen vorgenommen. Das Protestkomitee gegen das Dreyfus-Syndikat hat trotz des Verbots der Regierung beschlossen, am Sonntag eine große Volkskundgebung zu veranstalten.

Nach einer Meldung des „Siècle" ist Oberst Picquart ernstlich erkrankt. Die Erkrankung wird darauf zurückgeführt, daß Oberst Picquart in dem Fort Mont Valérien eine feuchte Kasematte bewohnt.

In der Vorladung, welche Zola und der verantwortliche Redakteur der „Aurore" erhalten haben, heißt es, gegen beide sei die Strafverfolgung wegen Beleidigung des ersten Kriegsgerichts eingeleitet worden. Die „Aurore" bemerkt, da die Vorladung über diejenigen Beschuldigungen hinweggehe, welche Zola gegen Paty de Clam, Boisdeffre und Mercier erhoben hat, scheine die Regierung abermals eine Vertuschung zu versuchen.

In englischen Blättern ist die Meinung aufgetaucht, daß Dreyfus geheime Aktenstücke an Rußland verkauft habe. Diese Auffassung entstand infolge der Erklärungen der deutschen Regierung, daß Dreyfus mit ihr und ihren Organen in keiner Weise je etwas zu thun gehabt habe. Der Pariser Korrespondent der „Times" macht eine Andeutung, daß die Enthüllung der vollen Wahrheit ein Schlag nicht für Deutschland, wohl aber für die französischen Beziehungen zu Rußland wäre. —

Paris, 20. Januar. (Eig. Ber.) Das Manifest der 32 sozialistischen Abgeordneten an das Proletariat ist ein wichtiges Ereigniß — sowohl hinsichtlich des von ihm zu erwartenden Einflusses auf die Stellung der Arbeiterschaft zur gegenwärtigen chauvinistischen und antisemitischen Agitation, wie auch hinsichtlich dessen Wirkung auf die sozialistische Wahlkampagne.

In ersterer Beziehung ist es zu begrüßen, daß die sozialistische Fraktion — entschiedener und vollständiger als dies in der Jaurès'schen Kammerrede vom 13. Januar geschah — die Stellung der Partei klar und grundsätzlich präzisirt hat. Der reaktionär-demagogische Charakter des Antisemitismus, dessen Vorspanndienste für die klerikale und militärische Reaktion werden gebrandmarkt, ebenso wie der Chauvinismus, der zweite Bestandtheil der gegenwärtigen Hatz, der unter dem Banner der „Landesvertheidigung" und der „Ehre Frankreichs" für die Diktatur der militärischen Oligarchie arbeitet.

Im Hinblick auf die Wahlen, genauer die Pariser Wahlen, bedeutet das Manifest einen Bruch mit der seltsamen Gattung „Sozialisten", welche durch und durch chauvinistisch und antisemitisch gesinnt sind. Es handelt sich insbesondere um die Anbeter Henri Rochefort's, des Leibjournalisten des Generalstabes seit dem Beginn der Dreyfus-Hatz. Obwohl das Manifest die eigentliche Dreyfus-Affäre ausweichend behandelt, hat dasselbe Rochefort's Aerger erregt. In einem Leitartikel des „Intransigeant", überschrieben: „Mit ihnen (den Anhängern der Revision des Dreyfus-Prozesses) oder gegen sie", heißt es: „. . . . Aus Furcht, uns zu täuschen und — was noch ernster wäre — das allgemeine Wahlrecht zu täuschen, haben wir den uns vernünftig scheinenden Entschluß gefaßt, bei den nächsten Wahlen keinen Kandidaten, wer es auch sein möge, zu empfehlen, der sich direkt oder indirekt der Sache des Verräthers angeschlossen haben wird." Die übermüthige Selbstsicherheit, die aus diesen Zeilen spricht, zeigt daß Rochefort sich als den Großwähler von Paris, als den Leithammel der Pariser Wählerheerde betrachtet. Ob mit recht? Man müßte an dem gesunden Verstand der Pariser Volksmassen verzweifeln, wenn sie, angesichts des geradezu tollhäuslerischen Gebahrens Rochefort's in der Dreyfus-Affäre, ihn noch überhaupt ernst nehmen könnte.

Auffällig ist es aber, daß die sozialistischen Abgeordneten über die Dreyfus-Affäre, in welcher doch die ganze reaktionäre Mache wurzelt, sich ausschweigen. Im Prinzip wird zwar in der bestehenden Gesellschaft der „abgeurtheilten Sache" keine Autorität zuerkannt; im Falle Dreyfus gebe es aber „keinen besonderen Grund, die gefällten Urtheile materiell zu verwerfen oder zu verdächtigen . . ." Diese Erklärung paßt wenig zu dem übrigen Inhalt des Manifestes und steht im Widerspruch zur Haltung der „Petite République" seit dem Bekanntwerden des haltlosen Anklageaktes gegen Dreyfus und dem Prozeß Esterhazy. Ebenso auffällig ist es, wenn das Manifest die Bewegung zu gunsten der Revision des Dreyfus-Prozesses ausschließlich auf politische Hintergedanken, auf parteitaktische Rücksichten der judenfreundlichen Opportunisten zurückführt. In Wirklichkeit halten andere, wichtigere Rücksichten die Bourgeoisrepublikaner als Partei, abgesehen von einzelnen untergeordneten Personen, bisher davon ab, für die Revision zu wirken. Es sind das die Rücksichten auf ihre politischen Bundesgenossen, die Klerikal-Monarchisten, und auf den Generalstab. Der schlagendste Beweis dafür ist die Niederlage Scheurer-Kestner's bei den Präsidiumswahlen im Senat. Andererseits sucht man unter den hunderten von Unterschriften auf der Revisionspetition vergebens nach dem Namen eines opportunistischen Politikers. Die Petitionäre rekrutiren sich vielmehr aus den ideologischen Elementen des Bürgerthums, und zwar hauptsächlich der demokratischen Schichten desselben. Schließlich sei erwähnt, daß das einflußreichste revisionsfreundliche Blatt die halbsozialistische „Aurore" Clemenceau's ist, welcher sich in letzter Zeit der radikale „Rappel" angeschlossen hat. —

England.

London, 21. Januar. „Central News" erfahren aus bester Quelle, daß die Regierung die Marinetruppen um 7800 Mann vermehren werde. Die Ausführung dieser Maßregel soll bereits in drei Monaten erfolgen. Gestern hielt Lord Wolseley eine Lobrede auf die Armee: England sei im stande, zwei volle Armeekorps in das Feld zu führen.

Italien.

Ancona, 21. Januar. Hier und in Senigallia hält die Ruhe an. Von den Truppen wurden auf den Feldern versprengte Unruhestifter verhaftet. In Chiaravalle kam es gestern zu einem Auflauf; es wurden aufrührerische Rufe laut und Revolverschüsse abgegeben. Die Truppen trieben die Versammelten auseinander, wobei ein Karabinier durch einen Dolchstoß am Handgelenk verletzt wurde. Mehrere Personen wurden verhaftet, darunter derjenige, welcher den Dolchstoß gegen den Karabinier geführt hatte. In Osimo wurde gestern Abend eine Kundgebung bereits in ihrem Entstehen schnell unterdrückt. Die Truppen halten die Hauptstellen, an welchen Ruhestörungen stattgefunden haben, besetzt. —

Spanien.

Madrid, 20. Januar. Der Ministerrath bewilligte 500 000 Pesetas für die durch die Ueberschwemmungen Geschädigten. —

Havana, 21. Januar. Der Führer der Aufständischen General Masso Parra hat sich mit 2 Obersten, 3 Hauptleuten, 6 anderen Offizieren und 116 Mann den Spaniern unterworfen. Die Unterwerfung fand in Fomente in Gegenwart des Gouverneurs von Santa Clara statt. Die Aufständischen brachten Hochrufe auf das spanische Kuba und den König von Spanien aus. Der Ergebung Parra's wird große Bedeutung (?) beigelegt. — In den Kämpfen der letzten 14 Tage verloren die Aufständischen 115 Todte und 84 Gefangene; 379 Mann unterwarfen sich. Die Verluste der Spanier betrugen 12 Todte und 93 Verwundete.

Rußland.

Petersburg, 21. Januar. Einer Mittheilung der „Russischen Telegraphenagentur" zufolge handelt es sich bei der Reise des russischen Verkehrsministers nach Sibirien unter anderem darum, auf der Strecke Tscheljabinsk-Obi, wo unerwartet ein enormer Güterverkehr sich gebildet hat, die Zahl der täglichen Doppelzüge von drei auf sieben zu erhöhen. Ferner werde schon jetzt nothwendig, die Frage einer Trajekteinrichtung über den Baikalsee zu entscheiden. Dort sollen im Sommer Dampfprähme den Verkehr vermitteln, im Winter soll eine elektrische Bahn über das Eis führen. —

Bulgarien.

— Die Rückkehr der hochverrätherischen Offiziere. Der „K. Z." wird aus Petersburg gemeldet: Die Frage der bulgarischen Emigranten ist nunmehr in der Weise erledigt worden, daß von 42 heute in der russischen Armee dienenden bulgarischen Emigranten 36 zurückkehren, darunter Grujew als Oberst. Letzterer versicherte namens seiner Kameraden, daß sie weiter nichts wünschten, als die in russischen Diensten gesammelten Erfahrungen zum Wohle des bulgarischen Vaterlandes unter dem Fürsten Ferdinand zu verwerthen. Oberst Peschkow, der russische Militär-Attaché in Konstantinopel, begiebt sich auf Einladung der bulgarischen Regierung nach Sofia, um das Protokoll betreffs Uebernahme der 36 Emigranten zu unterzeichnen. —

Türkei.

— Auf Kreta brechen immer wieder neue Unruhen aus. Sechzig Muselmanen, so wird aus Korea vom 20. d. Mts. telegraphirt, durchbrachen den Militärkordon bei Kandia und griffen die Aufständischen bei Vavaros an. Es wurden Verstärkungen dorthin entsandt; 24 Personen wurden verhaftet. Etwa 500 Aufständische griffen die Muselmanen bei Phinikia an und warfen die zur Hilfe geeilten Mannschaften zurück; sie wurden jedoch von den regulären Truppen in die Flucht geschlagen. Vier Türken wurden verwundet. Infolge dieser Vorgänge ersuchten die Admirale ihren Donen, von dem Gouverneur Ismail Bey die Ersetzung Scheifky Bey's als Untergouverneur in Kandia zu verlangen. —

Asien.

Bombay, 20. Januar. In der vergangenen Woche sind hier 651 Personen der Pest erlegen. Die gesammte Sterblichkeit in dieser Zeit belief sich auf 1540 Todesfälle. Die Auswanderung aus der Stadt ist in der Zunahme, die Geschäfte stocken. —

Yokohama, 21. Januar. Der Mikado hat ein Dekret erlassen, betreffend Bildung eines obersten militärischen Beirathes, bestehend aus den Generalen Komatsu, Yamagata, Oyama und Admiral Saigo. Vikomte Kawakami ist zum Chef des Generalstabes ernannt worden. —

Amerika.

Washington, 20. Januar. Repräsentantenkammer. Bei der fortgesetzten Berathung des Etats des Staatsdepartements tritt der Demokrat Clark lebhaft zu gunsten der Kubaner ein; der Augenblick sei gekommen, den Königen, Kaisern, Fürsten und anderen Machthabern in Europa kategorisch zu erklären, daß ihre Flotten nicht verwendet werden dürfen, um zweifelhafte Forderungen einzutreiben. Williams fordert die Anerkennung der Kubaner als kriegführende Macht. Der Demokrat King, welcher erst kürzlich von Kuba zurückgekehrt ist, schildert die Lage daselbst als herzzerreißend und erklärt, die Autonomie sei eine Täuschung. Nur die Unabhängigkeit würde den Frieden wieder herstellen.

Das Repräsentantenhaus nahm die Bill betreffend den Kredit für den diplomatischen Dienst und den Konsulatsdienst an unter Ablehnung des Antrages, die Bill behufs Einfügung der Resolution des Senats zu gunsten der kubanischen Insurgenten an den Ausschuß zurückzuverweisen. —

Wahlbewegung.

In einer zu Berg bei Landshut stattgehabten, zahlreich besuchten Volksversammlung referirte Gen. Witti über den deutschen

Reichstag und die Marinevorlage. Seine Ausführungen fanden ungetheilten Beifall. Als sozialdemokratischer Kandidat für die Reichstagswahlen wurde in dieser Versammlung v. Vollmar aufgestellt. Der Pfarrer von Berg hatte, jedenfalls um seine Schäfchen vor sozialdemokratischem Gift zu schützen, gleichfalls eine Versammlung in Berg einberufen. Der Besuch unserer Versammlung lieferte aber den Beweis, daß die Mühe Sr. Hochwürden vergebens war.

Der ehemalige Kriegsminister Bronsart von Schellendorff kandidirt nicht zum Reichstag. Die „Meckl. Nachr." sind ermächtigt, die dahin gehenden Mittheilungen mehrerer Blätter für unrichtig zu erklären.

Partei-Nachrichten.

Zur Unterstützung der durch das Hochwasser geschädigten Arbeiter Ostsachsens hatten unsere Parteigenossen in der Dresdener Gegend eine Sammlung veranstaltet, an der sich alle ostsächsischen Wahlkreise betheiligt haben. Die „Sächs. Arb.-Ztg." veröffentlicht jetzt den Bericht über das Ergebniß. Eingegangen sind im ganzen 14 176,69 M., darunter zirka 2500 M. von den Parteigenossen in Leipzig. Unterstützt wurden von Dresden aus 27 Personen mit 2288,90 M., im 1. Wahlkreise (Zittau) 57 Personen mit 2052 M., im 6. Wahlkreise (Plauenscher Grund) 107 Personen mit 7460 M. und im 8. Wahlkreise (Pirna) 24 Personen mit 1385,50 M., insgesammt 215 Personen mit 13 131,40 M. Die Unkosten betrugen 63,95 M. Aus dem noch vorhandenen Baarbestand im Betrage von 981,34 M., der sicher angelegt ist, werden Geschädigte, die noch nicht genügend unterstützt wurden, weitere Beihilfen empfangen, sofern sie darum einkommen.

Auch diese Abrechnung zeigt, daß sozialdemokratische Arbeiter nicht zurückstehen, wenn es gilt, bei einem allgemeinen Unglück helfend einzugreifen.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Die Magdeburger „Volksstimme" theilt mit, daß die polizeiliche Ueberwachung ihrer Buchhandlung thatsächlich zu Ende sei. Im Dienst gewesen sind 336 Schutzleute 504 Stunden lang. — Die Polizeibehörde wird sich wohl selbst sagen, daß es gescheidter gewesen wäre, wenn sie die ebenso nutzlose wie auffällige Maßnahme unterlassen hätte.

— Wegen Beleidigung des Grafen Reventlow war der Parteigenosse Korn, Redakteur an der „Schleswig-Holsteinschen Volkszeitung" in Kiel, vom Schöffengericht in Gettorf zu 100 M. Geldstrafe verurtheilt. Das Landgericht in Kiel als Berufungsinstanz setzte die Strafe auf 20 M. herab und legte die Kosten beiden Theilen je zur Hälfte auf.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Holzarbeiter-Verband. Die Parkettbodenleger beschlossen, einen Tarif für Asphaltbodenarbeit auszuarbeiten. Das Verkehrslokal dieser Branche ist nach Schöning, Köpenickerstraße 68, verlegt.

Deutsches Reich.

Die Leipziger Maurer verhandelten am 19. Januar vor einer von 2000 Personen besuchten Versammlung über den von einer gemischten Kommission der Arbeiter und Unternehmer ausgearbeiteten Vorschlag betreffend die Regelung der Arbeitsverhältnisse im Beruf. Unterbreitet wurde folgende Vereinbarung:

1. Es soll vom 14. März d. J. bis 30. Juni nächsten Jahres die Arbeitszeit 9½ Stunden, der Mindeststundenlohn 52 Pf. betragen.

2. Vom 1. Juli 1899 bis 1. April 1902 soll die Arbeitszeit 9 Stunden betragen und soll ein Mindeststundenlohn von 55 Pf. gezahlt werden. Im weiteren ist versprochen worden, bessere Baubuden und Aborte herstellen zu lassen.

Der Referent, Maurer Lufski, befürwortete den Vorschlag und wies darauf hin, daß sich die Unternehmer bereit erklärt hätten, für Anerkennung dieser Bedingungen zu wirken. Ferner sollte von beiden Seiten eine Kommission eingesetzt werden, die bei vorkommenden Streitigkeiten als Schiedsgericht in Thätigkeit tritt. Von anderen Rednern wurde gegen einige Bestimmungen Einspruch erhoben und schließlich eine Resolution angenommen, in der verlangt wurde, daß die neunstündige Arbeitszeit und 55 Pfg. Stundenlohn bereits am 14. März 1899 in kraft treten soll. Die Kommission erhielt den Auftrag, in dieser Angelegenheit nochmals Verhandlungen einzuleiten.

Gelegentlich des Tischlerstreiks in Magdeburg wurden Sammellisten an mehrere Personen vertheilt, um von den arbeitenden Berufsgenossen Beiträge für die Streikenden einzuziehen. Polizeilicherseits wurde darin Veranstaltung einer öffentlichen Kollekte ohne polizeiliche Erlaubniß gesehen und Redakteur Friedrich Bahle als Veranstalter mit einem Strafbefehle in Höhe von 30 M. beglückt. Bahle erhob Widerspruch und wurde vom Magdeburger Schöffengericht freigesprochen, weil der Gerichtshof bei dem Einsammeln von Geldbeträgen in einem bestimmten Personenkreise, hier also nur die arbeitenden Genossen, das Moment der Oeffentlichkeit der Kollekte vermißte. Die Staatsanwaltschaft legte Berufung gegen dies Urtheil ein. Am 19. Januar d. J. erkannte die Strafkammer III des Landgerichts, das erste Urtheil wird aufgehoben und Bahle zu 20 M. Geldstrafe verurtheilt.

Der deutsche Berg- und Hüttenarbeiter-Verband hat seine 9. Generalversammlung am 9. April d. J. nach Dortmund einberufen. Die Verhandlungen werden also vor dem allgemeinen Kongreß, der am 10. April d. J. an demselben Ort tagen soll, stattfinden.

Die Differenzen der Brauerei-Arbeiter mit der Direktion der Bülbrauerei in Hamburg sind zur beiderseitigen Zufriedenheit geregelt.

Die Spinner und Andreher der Kammgarn- und Baumwollen-Spinnerei Zwickau sind mit ihrer Direktion in Konflikt gerathen, da der Vertrauensmann des Textilarbeiter-Verbandes sowie ein zweites Mitglied desselben mit der Drohung entlassen worden sind, daß alle Organisirten „hinausgeworfen" würden. Zuzug ist fernzuhalten.

Ausland.

Der Kongreß des schweizerischen Gewerkschaftsbundes findet vom 9. bis 11. April (Ostern) in Solothurn statt.

In Brüssel haben die Personale von acht Buchdruckereien die Arbeit eingestellt. Die Ursache bildet die Unzufriedenheit der Arbeiter mit den rigorosen Bestimmungen der Arbeitsordnung, welche die Unternehmer eingeführt hatten. Wie der „Peuple" mittheilt, ist die Streikbewegung im Wachsen begriffen.

Unternehmer-Verbände.

Die Hauptversammlung des Verbandes der deutschen Schuh- und Schäftefabrikanten, welche, wie berichtet, statutarische Bestimmungen über die Pflichten der Verbandsmitglieder bei Arbeiterbewegungen beschloß, hat sich auch der Mühe unterzogen, ein für die Zweigverbände bestimmtes Normalstatut durchzuberathen und anzunehmen, in welchem die mitgetheilten Bestimmungen alle enthalten sind. Zur Innehaltung dieser Bestimmungen hat jedes Verbandsmitglied einen auf Sicht ausgestellten Solawechsel von 3000 M. für die erste Klasse, 6000 M. für die zweite Klasse und 9000 M. für die dritte Klasse zu hinterlegen. Giebt ein Verbandsmitglied den Beschlüssen der Generalversammlung (als oberste Instanz) und den entsprechenden Anordnungen des Verbandsvorstandes nicht Folge, so hat der Verbandsvorsitzende das Recht und die Pflicht, nach eingeholter Zustimmung einer Generalversammlung, den Solawechsel des betreffenden Verbandsmitgliedes auszufüllen, denselben sofort zur Zahlung zu präsentiren und erforderlichenfalls im Wege des Wechselprozesses einzutreiben.

Erwähnenswerth ist noch der Antrag auf Einsetzung von Arbeiterausschüssen in jeder Fabrik. Der Verbandsvorsitzende wurde beauftragt, einen Entwurf zu einer Fabrikordnung mit Arbeiterausschuß auszuarbeiten und den Mitgliedern zur Nachachtung zugehen zu lassen.

Soziales.

Die Gefahr von Osten. Die Hamburg-Amerika-Linie beginnt am 25. Januar ihre ostasiatischen Dampferfahrten. Die erste Fahrt soll die „Andalusia" machen. Zur Besatzung des Dampfers hat die Hamburg-Amerika-Linie 30 Chinesen angeworben, die bereits eingetroffen sind. Das „Volksblatt für Harburg" bemerkt zu dieser Mittheilung: Ob die Gelbgesichter neue „Landsleute" aus Kiautschau sind, wissen wir nicht. Jedenfalls ist die Anwerbung chinesischer Kulis für die „nationale" Dampferlinie ein passendes Seitenstück zu der angekündigten Bewerbung der Hamburg-Amerika-Linie um eine Reichssubvention für ihre ostasiatischen Fahrten. Das nennt man „nationale" Wirthschaftspolitik. Die Hamburg-Amerika-Linie, die sich so eifrig für die „Weltpolitik" begeistert, scheint das Knackfußbild ganz vergessen zu haben, auf dem die den Europäern drohende mongolische Gefahr anschaulich versinnbildlicht wird und welches den Warnungsruf trägt: „Völker Europa's, wahret Eure heiligsten Güter!"

Chinesen sind schon früher auf deutschen Schiffen namentlich als Kohlenzieher und Heizer beschäftigt worden, für welche außerordentlich beschwerliche Arbeit sie sich angeblich besser eignen sollen als weiße Arbeiter. Etwas neues wäre die Beschäftigung von Chinesen also nicht. Nachdem aber Deutschland zu China in ein näheres Verhältniß getreten ist, liegt die Gefahr der größeren Verwendung der billigen Chinesen, insbesondere auch auf den Gütern der junkersatten Agrarier, näher als sonst.

Ueber die Handelsflotten der Welt im Jahre 1897 hat das Bureau Veritas wiederum die gewohnte Statistik herausgegeben. Danach hat die Zahl der Dampfschiffe bei den verschiedenen seefahrenden Nationen Europa's ungefähr in gleichem Grade zugenommen, während der Tonnengehalt ganz außerordentlich gewachsen ist. Zahl und Tonnengehalt der Segelschiffe dagegen haben sich wiederum vermindert, eine Thatsache, von der auch nicht eine einzige Ausnahme zu machen ist.

Die Reihenfolge der Staaten nach der Größe der Handelsdampfer-Flotten ist dieselbe geblieben wie im Jahre 1896: hinter Großbritannien folgt das Deutsche Reich, dann die Vereinigten Staaten, dann Frankreich und an fünfter Stelle Norwegen, welches der Zahl nach zwar mehr Dampfer besitzt als Frankreich, an Größe derselben aber bedeutend zurück steht. Vergleicht man die Zahlen von 1897 mit denjenigen von 1896, so hat die deutsche Handelsdampfer-Flotte einen Zuwachs von mehr als 250 000 Tons gehabt, der mit Ausnahme Großbritanniens von der Flotte keines anderen Staates erreicht wurde. In Großbritannien ist die Zahl der Dampfer um denselben Betrag gestiegen wie in Deutschland, dagegen beträgt dort die Zunahme an Raumgehalt der Dampfer über 1 Million Tons. Gegenüber dem Wachsthum der Handelsflotten dieser beiden Länder ist das der übrigen Staaten verhältnißmäßig geringfügig: in den Vereinigten Staaten wuchs die Handelsflotte um 110 000, in Frankreich nur um 22 000, in Spanien um etwa 30 000 Tons. Ein besonderer Aufschwung ist nur noch zu verzeichnen für die norwegische Flotte, deren Größe sich seit 1893 von 241 600 Tons auf 360 000, und für die japanische Flotte, deren Größe sich von 76 800 auf 246 900 gehoben hat. Japan ist in diesen letzten vier Jahren in Beziehung auf die Größe seiner Dampferflotte von der 16. Stelle bis auf die 8. Stelle aufgerückt und hat unter anderen Staaten Holland, Rußland und Dänemark überflügelt.

Die Reihenfolge der seefahrenden Staaten nach der Größe der Segelflotten ist heute folgende: Großbritannien, Vereinigte Staaten, Norwegen, Deutschland, Italien, Rußland, Schweden, Türkei und an neunter Stelle erst Frankreich.

Ostelbische Jugendfreunde. Der „Niederrheinischen Volkstribüne" in Düsseldorf wurde folgende, als durchaus wahr bezeichnete Mittheilung gemacht: „Heute erzählte mir mein Sohn, ein Schüler der Elementarklasse in der Prinz-Georg-Schule, der Lehrer hätte einer langen Brief aus Posen in der Klasse vorgelesen. Es hieß darin, wen Jungen da wären, die nach Posen wollten, so sollten sie ihre Eltern um Erlaubniß fragen. Die Jungen sollten nur getrost kommen, sie hätten es sehr gut und die Eltern möchten nur einwilligen. Im schönen Sommer sollten die Jungen das Vieh auf den Weiden hüten. Sie brauchten dann auch nicht in die Schule zu gehen, dazu sei ihnen genug Zeit übrig im rauhen Winter, wenn es friere und schneie. Die Reise selbst koste den Jungen nichts. Frei würden sie ins Posenland und frei wieder zurückgefahren . . ."

Der Kultusminister Herr Bosse wird zugeben, daß dieser Brief, natürlich immer vorausgesetzt, daß der Inhalt den Thatsachen entspricht, auf die preußischen Schulverhältnisse ein äußerst trübes Licht wirft. Den Agrariern jugendliche Arbeitskräfte zu verschaffen, dazu ist die Volksschule nicht da.

Die Arbeiter der Bürsten- und Pinselindustrie Nürnbergs haben sich in einer stark besuchten Versammlung mit dem vom Reichs-Gesundheitsamte ausgearbeiteten Entwurfe von Vorschriften zur Verhütung der Milzbrandgefahr bis auf einzelne Paragraphen einverstanden erklärt. Die Versammlung sprach zugleich die Erwartung aus, daß von seiten der Regierung alles gethan werde, um in kürzester Zeit ein geeignetes Desinfektionsmittel zu finden, womit das gesammte in- und ausländische Rohmaterial wirksam desinfizirt werden kann.

Der Verband der Arbeiter-Stenographen-Vereine Deutschlands (System Schrey-Stolze), der seit seinem Bestehen mehr als 3500 Arbeiter und Arbeiterinnen in der Stenographie unterrichtet hat, wird auch in diesem Frühjahr in den verschiedensten Orten Deutschlands Unterrichtskurse einrichten. Er ersucht besonders die Vorstände der Gewerkschaften und politischen Vereine, der Sache ihre Unterstützung zu leihen. Einzelne Genossen, die die Stenographie beherrschen, werden gebeten, dem Verbande beizutreten. Vierteljährlicher Beitrag 75 Pf., wofür freie Lieferung der Zeitung „Der Arbeiter-Stenograph" (7 Seiten in Steno-Autographie und eine Seite Typendruck). Auskunft über die Einrichtung von Unterrichtskursen, brieflichen Unterricht u. s. w. ertheilt der Vorsitzende des Verbandes Paul Bendschneider in Hamburg, Brennerstraße 28.

Schulwesen. Der belgische Unterrichtsminister hat angeordnet, daß in jeder Schule eine kleine Hausapotheke vorhanden sein soll. Außer Verbandstoffen muß dieselbe namentlich einige den Geist belebende Arzneien enthalten. Die Lehrer sind verpflichtet, sich über die Anwendung der Medikamente zu unterrichten.

Gerichts-Zeitung.

Eine Privatklage, die anscheinend viel Staub aufwirbeln dürfte, da sie sich um die Schicksale des entmündigten Prinzen Reuß XXVI. dreht, beschäftigte gestern das hiesige Schöffengericht. Privatkläger ist der Schriftsteller Ernst v. Maack, Privatbeklagte der Chefredakteur des „Lokal-Anzeigers" H. v. Kupffer und der verantwortliche Redakteur J. Keller. Der Kläger fühlt sich durch zwei Artikel beleidigt, in welchen seine auf Antrag des Prinzen Reuß XXVI. erfolgte Verhaftung wegen Diebstahls und versuchter Erpressung und die ganzen unglückseligen Verhältnisse, die schließlich zur Entmündigung des Prinzen geführt haben, besprochen wurden. Es wurde mitgetheilt, wie der in finanzielle Schwierigkeiten gerathene Prinz in die bedenklichsten Machenschaften, wie Titel- und Ordenschacher, den bekannten ungarischen Gutskauf 2c., durch Leute, die sich an seine Person herangedrängt, gerathen sei, bis ihm die Wellen über den Kopf schlugen. Ein ganz besonderes Vertrauen habe der „Schriftsteller" v. Maack bei dem Prinzen genossen, der nicht gewußt habe, daß v. M. gar kein Schriftsteller, sondern in Wahrheit ein Agent des bekannten Ordens- und Titelvermittlers Dr. Reiter sei. v. Maack sei schließlich derartig der Vertraute des Prinzen geworden, daß er verschiedene Privatbriefe des Prinzen mit kompromittirenden Aeußerungen über hochgestellte Personen hinter sich habe. Auf Veranlassung des Prinzen sei durch Vermittelung des Privatdetektiv-Bureaus „Greif" die Verhaftung des v. M. erfolgt, die Freilassung desselben aber nöthig gewesen, weil eigentlich strafbare Handlungen ihm nicht bewiesen werden konnten. Die Briefe habe man nicht bei ihm gefunden, weil er sie im Auslande untergebracht habe. Die Persönlichkeit, welche dem Prinzen reinen Wein über die Machenschaften des Herrn v. Maack eingeschenkt, sei ein Herr Schwengers gewesen, der auf grund eines Maack-Reiter'schen Angebots auf den Titel eines prinzlichen Güterdirektors reflektirte und dann auf grund der ihm ausgestellten Generalvollmacht des Prinzen das Gut Petris bei Arad von dem österreichischen Kämmerer Bernhard von Uermenyi erworben habe. — R.-A. Galand als Vertreter des Klägers beantragte, wegen der in diesen Artikeln enthaltenen Beleidigungen die Beklagten zu Gefängnißstrafen zu verurtheilen. Der Kläger sei wie ein gemeiner Verbrecher geschildert worden, während die aufgestellten beleidigenden Behauptungen unwahr seien. Der Kläger habe sich nicht „in das Vertrauen hoher Persönlichkeiten hineingeschmuggelt", er sei nicht „eigentlich Antiquitätenhändler", sondern in Wirklichkeit Schriftsteller und bekleide nicht die Rolle eines Agenten des Dr. Reiter. Er sei bei den Ordens- und Titelvermittelungen direkter Mandatar des Prinzen gewesen, und dieser habe aus den Verleihungen Vortheile in Höhe von etwa 2000 M. gezogen. Der Zweck der Verhaftung des Privatklägers, die im Auftrage des Prinzen durch den Kriminalkommissarius a. D. Grützmacher inszenirt worden sei, sei nur der gewesen, die kompromittirenden Briefe herauszubekommen. Die Freilassung des Privatklägers sei auf Antrag des Staatsanwalts selbst erfolgt. — Rechtsanwalt Pinner betonte, daß die Presse das Recht zur objektiven Darstellung haben müsse, wenn es darauf ankomme, einen Orden- und Titelschwindel bloßzulegen, bei welchem jemand zum fürstlich-reußischen Kammerrath ernannt werden konnte, ohne daß man in Reuß etwas davon wußte. Alles was in den Artikeln stehe, sei Punkt für Punkt wahr, und zum Beweise hierfür, sowie für die Thatsache, daß sich der Kläger an den unreellen Machenschaften betheiligt habe, beantrage er die Vernehmung der folgenden Personen: 1. des Prinzen Heinrich XXVI. Reuß, 2. des Grafen Carl Fürstenstein, der der Pfleger des Prinzen ist; 3. des sogenannten Generaldirektors Schwengert; 4. des Prinzen Heinrich XXX. Reuß, der ein Bruder des Entmündigten und Bräutigam der Prinzessin Feodora, Nichte des Kaisers, ist; 5. des Kriminalkommissars a. D. Grützmacher; 6. des Kriminalkommissars v. Treskow; 7. des Portraitmalers Beling in Friedenau. — Der klägerische Anwalt hob hervor, daß letzterer ein Agent des „Greif" gewesen, der unter der Maske eines reichen Holländers den Privatkläger angeblich zu einer größeren Reise als Reisebegleiter gewonnen, ihn ausgehorcht und dann unterwegs plötzlich im Stich gelassen habe. Rechtsanwalt Galand beantragte seinerseits noch die Vorladung des Dr. Reiter und des Dr. A. Neuburger, die bekunden können, daß v. Maack thatsächlich Schriftsteller sei. — Der Gerichtshof beschloß, die sämmtlichen angebotenen Beweise zu erheben und die genannten Personen als Zeugen theils kommissarisch, theils hier an Gerichtsstelle zu vernehmen.

Die ehemaligen Inhaber eines umfangreichen Bau- und Bankgeschäfts, Kaufmann Alexander Schlegel zu Schöneberg und Maurermeister Gottfried Schalk aus Ahrendorf, standen gestern wiederum vor der siebenten Strafkammer hiesigen Landgerichts I. Sie sind im September v. J. von derselben Strafkammer wegen verschiedener Hypothekenschiebungen und anderer geschäftlicher Betrügereien zu je 1 Jahr 3 Monaten Gefängniß verurtheilt worden. Damals waren noch drei weitere Fälle wegen Nichterscheinens des schwer beschädigten Zeugen übrig geblieben, die nun gestern ihre Erledigung fanden. Die Angeklagten wurden wiederum von den Rechtsanwälten Dr. Meyerstein und Leo Kempner vertheidigt. Nach umfangreicher Beweisaufnahme verurtheilte der Gerichtshof den Angeklagten Schlegel zu noch einem Monat Gefängniß, sprach dagegen den Angeklagten Schalk frei.

Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 21. Januar. (W. T. B.) Die provisorische Beobachtungsstation auf der Halbinsel Ras Tursa gegenüber Massauah, welche das auf einer wissenschaftlichen Expedition im Rothen Meere begriffene österreichisch-ungarische Kriegsschiff „Pola" errichtet hatte, ist am 11. Januar abends plötzlich von Beduinen überfallen worden. Der Ueberfall wurde von dem Stationspersonal im Verein mit der türkischen Lagerwache ohne eigenen Verlust abgewiesen und die Station alsdann abgebrochen.

Prag, 21. Januar. (W. H.) In der Stadt ist alles ruhig. Die deutschen Abgeordneten haben angesichts der polizeilichen Anordnung, daß das öffentliche Tragen von Abzeichen und Vereinstrachten zeitweilig verboten wird, beschlossen, im Landtage an den Statthalter eine Interpellation zu richten, da die Maßregel sich lediglich gegen die deutschen Studenten richtet und sich als direkte Parteinahme der Polizei für die Czechen charakterisirt.

Budweis, 21. Januar. (W. T. B.) Bei den heute abgeschlossenen Gemeindewahlen im dritten Wahlkörper siegten die Deutschen mit einer Majorität von 120 Stimmen.

Paris, 21. Januar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Bei der Berathung des Kultusbudgets weist Bérard auf die Gefahr hin, die durch den Klerikalismus drohe. Ministerpräsident Meline erwidert, das Land wisse wohl, daß die Regierung nicht klerikal sei. Wenn man von einer klerikalen Gefahr spreche, so geschehe es nur, um den Blick von der sozialistischen und revolutionären Gefahr abzulenken.

Paris, 21. Januar. (W. T. B.) Zweihundert Ausgehobene im 5. Arrondissement veranstalteten unter den üblichen Schmähungen eine Kundgebung. Die Polizei zerstreute sie und verhaftete etwa 40.

Brüssel, 21. Januar. (W. T. B.) Repräsentantenkammer. Bei der Berathung des Entwurfs betr. die Abänderung des Gesetzes über die Gesellschaften auf Gegenseitigkeit wendete sich der Sozialist Demblon in unpassender Weise an den Präsidenten Beernaert, worauf Ligyvon der Rechten verlangte, daß Demblon zur Ordnung gerufen werde. Beernaert erklärte, er wolle mit Demblon sich nicht einlassen, worauf letzterer den Präsidenten in noch viel heftigerer Weise angriff und ihm vorwarf, er habe zur Zeit der Affaire Pourbaix, als er Kabinetschef gewesen, bei Nacht Polizeispione bei sich empfangen. (Lebhafter Widerspruch rechts.) Minister Nyssen, Woeste und andere wiesen rühmend auf das halbe Jahrhundert fleckenlosen politischen Lebens hin, das Beernaert hinter sich habe. Hierauf wurde mit 67 gegen 27 Stimmen bei 2 Stimmenthaltungen die zeitweise Ausschließung Demblons beschlossen. Demblon wurde dann vom Präsidenten aufgefordert, sich zurückzuziehen, was er verweigerte, weshalb die Sitzung vom Präsidenten aufgehoben wurde.

Brüssel, 21. Januar. (W. T. B.) Als die Arbeiter der zu den Charlonnages Belges gehörigen, in Wasnels gelegenen Kohlengrube „Basne Esperance" aus der Grube befördert wurden, riß das Seil des Förderkorbes. 15 Arbeiter wurden in den Grund des Schachtes geschleudert und zerschmettert.

London, 21. Jan. (W. T. B.) Nach einer Depesche aus Tenby ist der Dampfer „Marica", von Cork nach New-Port bestimmt, in der Nähe von St. Govans-Head an der Küste von Pembrokeshire bei dichtem Nebel gestrandet. Von der 23 Köpfe zählenden Mannschaft haben 13 das Ufer erreicht; vier büßten an Bord das Leben ein, sechs werden vermißt.

Konstantinopel, 21. Januar. (W. H.) Rußland besteht kategorisch auf der Kandidatur des Prinzen Georg von Griechenland zum Gouverneur von Kreta, und zwar wird es darin von England unterstützt. Aus diesem Grunde hatte der russische Botschafter neuerdings eine Audienz beim Sultan. Die Kandidatur wird demnächst offiziell proklamirt, worauf der Sultan seine Zustimmung ertheilen wird.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Reichstag.

22. Sitzung. Freitag, den 21. Januar 1898.

Präsident **v. Buol** eröffnet 1¼ Uhr die Sitzung.

Am Bundesrathstische: Reichskanzler Fürst Hohenlohe, Staatssekretäre Graf Posadowsky, v. Podbielski.

Auf der Tagesordnung steht die Berathung des Spezialetats: Reichsamt des Innern. (Fortsetzung). Bei diesem Titel liegen vor die bereits erwähnten Anträge Pachnicke und Lieber.

Abg. Dr. **Lingens** (Z.) (auf der Tribüne schwer verständlich) erkennt an, daß in manchen Bezirken die Handhabung der Bestimmungen über die Sonntagsruhe eine äußerst befriedigende ist. Wo dies der Fall, hätten sich auch Mißstände nicht ergeben. Das Verhältniß zwischen Arbeitern und Arbeitgebern hat sich durch die Einführung der Sonntagsruhe keinesfalls verschlechtert, wie die Gegner der Sonntagsruhe fälschlich vorausgesagt.

Abg Dr. **Lieber** (Z): Der Herr Staatssekretär schloß seine gestrigen Ausführungen mit einem Appell zum Kampf gegen die Sozialdemokratie. Die Parteien, die diesen Ausführungen ihren Beifall zollten, stimmen wohl mit uns überein, wenn ich sage: Die Mahnung, die in den ersten Sätzen enthalten ist, ist gewiß eine durchaus zu beherzigende, daß die bürgerlichen Parteien sich die Achtung der Arbeiterklasse zu erwerben haben. Das erinnert an das Wort des verstorbenen Kardinals Manning: Laßt uns erst wahre Christen sein und die soziale Frage wird gelöst sein! Die Differenzen unter den staatserhaltenden Parteien müssen zurückstehen vor der Wahrung der christlich-germanischen Kultur. Wir sind bereit, diese Differenzen zu vergessen, wenn man mit uns bereit ist, zu gleichen Theilen Selbstentsagung zu üben. Der Herr Staatssekretär ist sich wohl der vollen Tragweite seiner Forderungen bewußt gewesen, er hat wohl gewußt, daß diese Forderungen nicht nur die bürgerlichen Parteien, sondern auch die verbündeten Regierungen angehen. Da muß ich zunächst verlangen, daß die preußische Kulturverwaltung das Gleichgewicht unter den Konfessionen nicht störe durch unberechtigtes zurückdrängen der katholischen Religion. In den nächsten Tagen werden meine politischen Freunde eine Reihe von Beschwerden im preußischen Abgeordnetenhause einbringen; ich erwarte, daß dann von der preußischen Regierung ein anderer Wind wehen wird, als wir ihn seit einer Reihe von Jahren leider Gottes gewöhnt sind.

Ich gehe auf die Ausführungen des Herrn v. Stumm ein; da muß ich bemerken, daß ich in bezug auf die Arbeiterorganisationen wohl nie mit ihm übereinstimmen werde. Ich sage nicht, daß die organisirten Arbeiter völlig unschuldig seien an den Dingen, die ihnen zur Last gelegt werden. Aber die Ausschreitungen der sogenannten Wilden sind zahlreicher und brutaler als die der Organisirten. Wenn von seiten der Organisirten Ausschreitungen vorgekommen sind, so geschah dies nur aus Erbitterung darüber, daß die Organisation Schwierigkeiten begegnet, die wir eben beseitigen wollen. Der Abg. v. Stumm hat sich über die Minimallohn-Forderung von 1500 M. besonders aufgeregt. Ich gehe natürlich nicht die Wege des Abg. Fischer. Aber: Wenn die Kohlensyndikate sich bilden können, um einen Minimal**preis** festzusetzen, warum sollen dann die Arbeiter sich nicht auch organisiren dürfen, um einen Minimal**lohn** festzusetzen? Was dem Unternehmer recht ist, **muß** dem Arbeiter billig sein.

Herr v. Stumm sprach davon, daß die Industrie nicht konkurrenzfähig bleiben könne, wenn den weitergehenden Forderungen der Arbeiter nachgegeben werden würde. Er wies auf die amerikanische Industrie hin. Aber die Sache hat ihre bedenkliche Kehrseite: Wir gerade tragen dazu bei, die Industrie in ihrer Entwickelung zurückzuhalten, wir züchten einen Stamm von beschäftigungslosen Arbeitern, die auf den Konsum drücken. Also gerade durch eine Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter könnten wir eine Hebung der Industrie im allgemeinen, also auch der deutschen, bewirken.

Herr v. Stumm sprach auch von den christlichen Gewerkvereinen. Ich glaube, daß gerade durch die Unterstützung der maßvollen christlichen Gewerkvereine ein Schutz gegen die über alles Maß hinausgehenden Forderungen der anderen Organisationen geschaffen wird. Wie der Herr Staatssekretär sagte: Muth und Selbstentsagung sind nöthig, um diesen Kampf siegreich zu bestehen! Die Gesundung der Verhältnisse kann aber nur aus der Arbeiterklasse selber kommen. Wie die Sozialdemokratie den Kampf gegen den christlichen Bergarbeiter-Verband führt, geht aus einem jüngst bekannt gewordenen Briefe des Reichstags-Abgeordneten Möller hervor. Ich will nur zwei Sachen vorlesen, die Herren werden dann urtheilen, ob das ein Beweis für Freundschaft oder für Todfeindschaft ist: „Also murkse ihn — damit ist der Vorsitzende Brust gemeint — so nebenbei mit ganz unschuldiger Miene und unter lebhaftestem Bedauern ganz gründlich ab. Keine Schonung." Meine Herren, ich denke, das nennt man bei uns Meuchelmord! — Dann heißt es weiter: „Ich meine, Du sollst die Führer des christlichen Gewerkvereins vor den Bauch treten, bis sie schreien."

Ich denke, die Herren werden an diesem Beweis genug haben. Ich weiß gar nicht, warum man an dieser feststehenden Thatsache noch zweifelt, nachdem ein Führer der Sozialdemokratie von der Tribüne des Hauses herab es offen ausgesprochen hat: Zwischen uns herrscht, was die Ideen betrifft, Todfeindschaft! Der Abg. Legien hat mir vorgeworfen, daß ich über die Haltung des Zentrums im Jahre 1899 zu einer Verschlechterung der Koalitionsfreiheit nichts gesagt hatte. Ja, wenn die Herren durch die einmüthige Haltung meiner Partei im Jahre 1891 nicht überzeugt worden sind, was für einen Werth haben dann meine Erklärungen über die Zukunft für sie. Dennoch will ich sagen, **wir werden uns 1899 genau so verhalten, wie wir uns 1891 verhalten haben.**

Ich bin mit den Herren durchaus einer Meinung, die der Behauptung energisch widersprochen haben, daß die **kaiserlichen Februar-Erlasse** bereits erfüllt sind. Gerade in der Frage der gesetzlichen Anerkennung der Berufsvereine sind sie durchaus nicht erfüllt. Trotzdem können meine Freunde dem **Antrag Pachnicke in seiner gegenwärtigen Form nicht zustimmen.** Erst bei der Behandlung des Antrages Schneider auf Verleihung des Korporationsrechtes an die Berufsvereine ist der Ort, die Wünsche, die der Antrag Pachnicke enthält, ausführlich zu besprechen. So nebenbei beim Etat kann diese Frage nicht geregelt werden. Der Satz im Antrag Pachnicke, daß die Gewerkschaften auch dann der Wohlthaten des § 152 der Gewerbe-Ordnung theilhaftig werden sollen, wenn sie darauf gerichtet sind, Aenderungen in der Gesetzgebung und Staatsverwaltung herbeizuführen, ist **viel zu allgemein gefaßt.** Dadurch würden die Gewerkschaften zu rein politischen Vereinen gemacht werden, wie es die offensichtliche Absicht der Sozialdemokratie ist. Ich bitte Sie, den Antrag Pachnicke wegen dieser Unbestimmtheit abzulehnen, ersuche aber die Herren Antragsteller, im Falle der Ablehnung ihres Antrages für folgenden Antrag zu stimmen, den meine politischen Freunde soeben eingereicht haben. Die Regierung soll ersucht werden:

einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen der § 152 der Gewerbe-Ordnung dahin ergänzt wird, daß Verabredungen und Vereinigungen gestattet werden, welche die Verbesserung der Lage der Arbeiter im allgemeinen oder die Erlangung günstigerer Lohn- oder Arbeitsbedingungen durch Veränderungen der Gesetzgebung bezwecken.

(Bravo! im Zentrum.)

Abg. Prinz zu **Schönaich-Carolath** (Hospitant der Natl.): Bei der Berathung des Bürgerlichen Gesetzbuches kam von verschiedenen Seiten zum Ausdruck, der **wirthschaftlichen Hebung der Frauen** könnte man erst dann näher treten, wenn die Frauen in geistiger Beziehung gehoben wären. Dies veranlaßte mich, auf das Studium der Frauen einzugehen. Es bestehen in verschiedenen Städten Frauengymnasien. Wir verlangen durchaus keine Bevorzugung der Damen beim Examen, wohl aber das Recht für sie, als Aerzte, Apothekerinnen und höhere Lehrerinnen zugelassen zu werden. Leider werden die studirenden Frauen nicht immatrikulirt, sie müssen von einem Dozenten zum anderen laufen und sich den Zutritt zu den Vorlesungen erbitten. Ob sie zugelassen werden, hängt ganz von dem Ermessen des Dozenten ab. Das geht nicht so weiter, die Frauen müssen ebenfalls immatrikulirt werden und nicht länger vom Belieben des einzelnen Universitätslehrers abhängen. Sie können sich bei der allgemeinen Sympathie, die sich im Deutschen Reich für diese Sache regt, dieser Frage gegenüber nicht mehr theilnahmlos verhalten. Ich weiß wohl, in unserer Zeit sind alle Berufe überfüllt, und da können Sie sagen: in einer solchen Zeit, da kommen Sie uns nicht mit der Frauenfrage! Ich habe aber nicht die Besorgniß, daß es den Frauen, die auf die Universität kommen, um Verdienst und Versorgung zu thun ist. Aber ich glaube, daß Sie ein segensreiches Kulturwerk thun, wenn Sie den von heiligem Wissensdurft beseelten Frauen die Pforten unserer Hochschulen nicht versperren. Wir wollen nicht die Frauen-Emanzipation. Und doch trägt diese Frage einen eminent sozialen Charakter: die Bewegung bleibt nicht beschränkt auf die Frauen der höheren Stände; auch die Frauen der unteren Volksklassen, die Arbeiterinnen haben ein Interesse daran, von weiblichen Aerzten sich behandeln zu lassen. Und gerade nach dieser Richtung ist die Frage von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Wir stehen ohnehin gegen das Ausland hierin zurück: in anderen Staaten haben wir angestellte Staatsärztinnen mit Pensionsberechtigung; und was die Befähigung der Frau zum Studium anlangt, so betrachten Sie folgende Zahlen: von allen Männern, die sich in der letzten Zeit zum Examen gemeldet, haben 51 pCt. bestanden, von den Frauen 69 pCt.; ich denke, diese Zahlen vernichten das alte Märchen von der Unfähigkeit der Frau zum Studium. Es liegt im Interesse der Universität, wie im Interesse der Damen, daß das Recht zum Studium zu voller Gleichberechtigung erweitert werde. (Beifall.)

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Ich glaube mit dem Herrn Vorredner, daß man sich dieser Frage gegenüber nicht ganz ablehnend verhalten kann. Ich habe mich wegen dieser Frage mit dem preußischen Herrn Kultusminister in Verbindung gesetzt und dieser hat mir folgende Erklärung abgegeben: Frauen werden zum Abiturientenexamen an Gymnasien zugelassen als Extraneen. Der Herr Kultusminister ist auch bereit, sie zum medizinischen Studium zuzulassen unter drei Bedingungen: Erstens muß der Rektor der Universität mit dem gastweisen Besuch seitens der Frauen an der Hochschule einverstanden sein, zweitens auch der Kurator der Universität, und endlich kann das Recht, Vorlesungen zu hören, nur mit Genehmigung der einzelnen Dozenten erlangt werden. Der Unterschied zwischen den gastweisen und den immatrikulirten Studenten ist der, daß die gastweisen die Zustimmung des Dozenten haben müssen, die immatrikulirten nicht. Es werden sich sicher Dozenten finden, die auch Damen gern zu ihren Vorlesungen zulassen werden. Es wird nun noch darauf ankommen, daß der Reichskanzler darüber zwischen den Einzelregierungen ein Einvernehmen erzielt, daß Damen, die das medizinische Studium absolvirt haben, zum Staatsexamen zugelassen und auch approbirt würden. Ueber die Fähigkeit der Frau zum ärztlichen Beruf habe ich mit einer hervorragenden medizinischen Autorität gesprochen. Dieser weltberühmte Mann sagte, er glaube, die Damen würden dasselbe leisten, wie die Mehrzahl der männlichen Aerzte. Nur ob sie bei Operationen schnelle Entschlüsse zu fassen besonders geeignet sind, ließ er dahingestellt. Bei diesem Wohlwollen empfiehlt es sich, dem Verlangen der Frauen nicht ganz ablehnend sich gegenüberzustellen. Wir werden mit einer schmalen Spitze vorgehen. Halten die Damen das, was sie versprochen haben, dann werden auch die weiteren Wünsche der Damen erfüllt werden. (Beifall.)

Abg. Dr. **Friedberg** (natl.) hält den jetzigen Zustand für unhaltbar, daß die im Auslande approbirten Aerztinnen unter den Begriff des Kurpfuscherthums fallen. Wir begrüßen es, daß die Reichsregierung nunmehr einen Schritt weiter vorwärts zu gehen beabsichtigt.

Abg. Graf **Stollberg** (k.): Wir haben gegen eine Erweiterung der wirthschaftlichen und sozialen Stellung der Frau nichts einzuwenden, wir sind aber mit dem Staatssekretär einverstanden, daß das Tempo kein zu schnelles werden darf und nur soweit vorgegangen werden soll, als das Bedürfniß dazu vorliegt. Mit den Aeußerungen des Abg. Lieber über die Organisation der Arbeiter bin ich nicht einverstanden. Die Organisationen der Arbeiter haben es in England schon dahin gebracht, daß England nicht mehr konkurrenzfähig ist. Uns kann das ja nur recht sein, aber man wird es in England bald einsehen, es wird auch in England zu Arbeiterentlassungen und Lohnherabsetzungen kommen. Herr Lieber fragte, ob die soziale Gesetzgebung ihren Abschluß erreicht hat. Ich meine, eine soziale Gesetzgebung kann niemals einen Abschluß erreichen. Auch hier wird es sich nur um das Tempo handeln, und da halte ich Vorsicht für sehr am Platze.

Abg. Dr. **Hitze** (Z.) kommt auf seinen Antrag zurück, der von der Regierung eine Statistik über die Beschäftigung verheiratheter Frauen in Fabriken fordert. Die Frage sei schon im Jahre 1894 von ihm angeregt worden. Die Fabrikinspektoren würden ohne große Schwierigkeit diese Statistik aufnehmen können. Die Beschäftigung der Frauen habe an Umfang bedeutend zugenommen. Das sei eine betrübende Erscheinung. Die lange Arbeitszeit entziehe die Frau gänzlich der Familie, die Kinder müßten die Erziehung durch die Mutter entbehren. Abends komme die Frau müde und matt nach Hause und könne sich um sie garnicht mehr kümmern. Die Muttersorgen machten die Frau auch ungeeignet für die Arbeit, das Kind im Mutterschooße werde durch die Fabrikarbeit schon schwer benachtheiligt. Für die Sittlichkeit des Volkes liege in der Beschäftigung verheiratheter Frauen die schwerste Gefahr. Ein Kind, das mutterlos aufgewachsen sei, werde meist nicht den nöthigen sittlichen Halt haben. Schon allein vom hygienischen Standpunkt verbiete sich die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen. Aber noch eins. Die Fabrikarbeit der Frau fördere auch das frühzeitige Heirathen. Die jungen Leute schließen die Ehe schon in der sicheren Voraussetzung, daß beide Theile arbeiten und zum Lebensunterhalt beitragen. Es müsse wieder dahin kommen, daß der Mann die Frau ernähre. Der Schutz für die Wöchnerinnen genügt nicht. Er müßte auf mindestens sechs Wochen, wenn angängig, auf acht Wochen ausgedehnt werden.

Staatssekretär Graf **v. Posadowsky**: Ich bin gern bereit, mich mit den verbündeten Regierungen darüber in Verbindung zu setzen, um den Wünschen des Vorredners Rechnung zu tragen.

Abg. Dr. **Pachnicke** (frs. Vg.): Das Zugeständniß des Grafen Posadowsky in der Frage des Frauenstudiums erscheint uns dankenswerth. Die Frauenbewegung wird aber mit recht noch weitere Forderungen stellen müssen.

Dem Abg. Lieber will ich erwidern, daß seine Bemerkung, durch meinen Antrag werden den allgemein politischen Bestrebungen in den Koalitionen die Thür geöffnet, nicht zutrifft. Freilich darf man allgemein soziale nicht mit allgemein politischen Bestrebungen verwechseln. Wenn aber auch nur der Antrag Lieber angenommen wird, so ist das ein Beweis dafür, daß der Reichstag den durch den Erlaß des Grafen Posadowsky bezeichneten Weg nicht gehen will.

Abg. **Wurm** (Soz.): Die große Debatte über den Erlaß des Grafen Posadowsky hat bewiesen, daß das Haus sich der Umkehr in der sozialpolitischen Gesetzgebung sehr wohl bewußt ist. Wichtig ist hier vor allem die Erklärung des Zentrums, daß es für weitere Beschränkungen des Koalitionsrechts nicht zu haben ist. Wenn aber Dr. Lieber davon sprach, daß ihm das Mißtrauen unbegreiflich sei, das der Haltung des Zentrums entgegengebracht würde, so will ich ihm sagen: die Haltung seiner Partei giebt uns ein Recht zu diesem Mißtrauen. Das Zentrum hätte längst seine Worte in die That umsetzen können, weil es die Macht dazu hatte. Diese platonische Liebe nützt den Arbeitern nicht. Von der gegnerischen Seite kommt That auf That, so müssen auch wir mit Thaten antworten. Wir werden jetzt für den Antrag Pachnicke stimmen und im Falle seiner Ablehnung für den Antrag Lieber. Aber wir werden selbstverständlich die nächste Gelegenheit benutzen, um mit weitergehenden Anträgen an den Reichstag heranzutreten. In einem Punkte muß ich Herrn Lieber gründlich entgegentreten, weil er einen allgemein getheilten Irrthum enthält. Man thut so, als ob die gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiter Mittel der politischen Partei sind. Wenn Dr. Lieber auch davon sprach, so verkennt er eben gesetzlich unser Verhältniß zu den Gewerkschaften. Wir marschiren vollständig getrennt, daß wir gemeinsam schlagen wollen, das ist selbstverständlich, denn unser Ziel ist ja durchaus dasselbe.

Die kaiserlichen Februarerlasse sind bis jetzt nach keiner Richtung hin erfüllt. Das erklären die Staatsbeamten selbst, nämlich durch die Thatsachen, die sie mittheilen. Von dem, was damals versprochen wurde, ja was inzwischen Gesetz geworden, ist noch nichts zur Ausführung gelangt. So zum Beispiel ist die Ausdehnung der Schutzbestimmungen auf die auf Bauten beschäftigten Arbeiter, die durch eine kaiserliche Verordnung befolgen sollte, bis heute noch nicht verwirklicht. Und die geschützten Betriebe selbst! Sind dort denn die Bestimmungen erfüllt? Die Gewerbe-Ordnung sprach davon, daß die Arbeitsordnung nicht mehr der Willensausdruck des Unternehmers sein dürfe, daß auch die Arbeiter bei der Festsetzung derselben zugezogen werden sollten. Wie sieht es denn mit dem Hören der Arbeiter in dieser Hinsicht aus? Wir sehen aus den Berichten, daß in den meisten Fällen da alles angeordnet und geändert wird, ohne daß die Arbeiter auch nur gefragt werden, und wir hören nichts davon, daß Unternehmer, die das thun, bestraft werden. Bezeichnend für diese Verhältnisse ist die Thätigkeit, die der Verband mit dem langen Namen vom Mai 1890 ab entfaltet hat. Damals bereits hat er so eine Art Pronunziamento gegen die Ausführung der kaiserlichen Erlasse in Szene gesetzt. Ein bekannter Finanzrath hat damals gesagt: Die Arbeitsordnung muß der Ausdruck des souveränen Willens des Arbeitgebers sein; und es ist nachher oft genug erklärt worden: den Arbeitsvertrag festzusetzen, ist das unumstößliche Recht des Arbeitgebers. Das Gesetz aber sagt ausdrücklich: Die Arbeiter müssen da gehört werden. Zu diesem Zwecke ist ja in jedem Betriebe ein Arbeiterausschuß vorhanden. Wie sieht es denn mit diesem Ausschuß aus, der als ein so großes sozialpolitisches Heilmittel betrachtet wurde? Da sagen uns die Berichte, daß diese Ausschüsse nur ein Scheindasein ohne Bedeutung führen. Man fürchtet sich damit eine Organisation zu schaffen, die gelegentlich unbequem werden könnte. Und welchen Terrorismus, Herr Staatssekretär, die Arbeitgeber gegenüber diesen gesetzlich gewährten Instituten ausüben, zeigen auch die Berichte. Da steht, die Arbeiterausschüsse haben keine Bedeutung, da die Arbeiter aus Furcht vor Entlassung alle Vorschläge des Vorsitzenden, der meist aus dem Direktor, einem Prokuristen oder Werkmeister besteht, ohne Widerrede gut heißen. Diese Maßregelungen, dieser Terrorismus der Arbeitgeber wird ja in den Berichten vielfach konstatirt, seit es Aufsichtsbeamte giebt; aber weder der Herr Staatssekretär noch sein Vorgänger haben es für nöthig gefunden, gegen diesen Terrorismus der Unternehmer, der Ihnen hier aktenmäßig vorliegt und nicht erst durch Enqueten festgestellt zu werden braucht, vorzugehen. Ein sehr ruhiger alter Arbeiter, der über zwanzig Jahre in einer Fabrik war, wurde z. B. entlassen, weil er unbequem geworden war durch seine tapfere Thätigkeit als Beisitzer im Arbeitsausschuß. Ebenso sagt ein Bericht aus Baden, daß die Arbeitgeber sich durch die Aussagen ihrer Arbeiter als Ausschußmitglieder vor Gericht unangenehm berührt gefühlt haben und die Arbeiter sich so mißliebig gemacht haben. Wenn ein solcher Terrorismus stattfindet unter den Unternehmern, wie wäre es da mit einem Rundschreiben, damit den Arbeitern nächstens der Schutz zu theil wird, der ihnen durch das Gesetz gewährleistet wird. Die arbeitswilligen Arbeiter werden terrorisirt, weil sie einer Organisation angehören, so sagt der Gewerbe-Inspektor für Baden. Wenn wegen solcher Maßregelungen Erhebungen angestellt werden, dann behaupten die Unternehmer, die Arbeiter seien nicht wegen ihrer Zugehörigkeit zu einer Organisation entlassen worden, sondern wegen Widersetzlichkeit, wegen eines Wortstreites. Auch wenn das richtig ist, so hat die Zugehörigkeit zu einer Organisation den Anlaß zum Wortstreit gegeben, war also die eigentliche Ursache zur Entlassung. Wie unklug handeln die Arbeitgeber, meint Fabrikinspektor Wörrishofer, wenn sie bei den Arbeitern die Meinung hervorrufen, daß die Arbeit in einer Fabrik mit Unterdrückung jeder freien Bewegung Hand in Hand geht! Und wie unklug, sagen wir, handelt erst der Staat, der dem Arbeiter dieselbe Meinung beibringt.

Man verweist die Arbeiter auf die Gewerbegerichte. Aber es ist leider in das Belieben der Behörden gestellt, sie zu errichten. Mit der Institution selber sind wir einverstanden. Die Gewerbegerichte haben verstanden, sich das Vertrauen der Arbeiter und auch einsichtiger Unternehmer zu erwerben, obwohl oder vielmehr weil die große Mehrzahl der Arbeitnehmer-Beisitzer Sozialdemokraten sind. Sie walten eben unparteiisch ihres Amtes. Den Unternehmerverbänden und den mit ihnen befreundeten Stadtgemeinden sind die Gewerbegerichte aber unbequem. In ganz Mecklenburg giebt es kein einziges Gewerbegericht trotz aller Petitionen. In Zeulenroda ist jahrelang um ein Gewerbegericht petitionirt worden, schließlich erklärte sich die Stadtverwaltung bereit, jetzt aber liegt die Sache seit einem halben Jahre bei der Regierung in Zeitz und nichts rührt sich. Weshalb dieser passive Widerstand gegen die bestehenden Gesetze? Die Statistik der Klagen zeigt, daß die Arbeiter außerordentlich häufig Anlaß haben, sich an das Gewerbegericht zu wenden. Den Unternehmern mit bösem Gewissen sind eben deshalb die Gewerbegerichte mit ihrer objektiven Rechtsprechung ein Dorn im Auge. Sie schließen deshalb Verträge mit den Arbeitern ab, worin diese, wenn sie Arbeit bekommen wollen, sich verpflichten müssen, sich im Streitfalle nicht an das Gewerbegericht zu wenden, sondern an ein vom Unternehmer bestimmtes Schiedsgericht. Das Gewerbegericht in Leipzig hat solche Kontrakte für rechtsverbindlich erklärt. So umgehen die Unternehmer die Gesetze, Herr Staatssekretär! Trotzdem wird kein Rundschreiben erlassen. Der Reichstag wird diese Lücke auszufüllen haben. Es geht nicht an, daß Unternehmer durch Privatverträge Reichsgesetze illusorisch machen. Wie das zu verhindern ist, müssen wir den Juristen überlassen. Jedenfalls haben wir die Absicht, auf diesem Gebiete alsbald vorzugehen.

Weshalb schließt man die Arbeiterinnen von den Gewerbegerichten aus, indem man ihnen das aktive und passive Wahlrecht vorenthält? Herr Hitze hat die Vermehrung der Frauenarbeit vorhin selber anerkannt. 1882 waren in Industrie und Bergbau 1 1/10 Millionen Frauen, also 17 7/9 pCt. aller Beschäftigten, 1895 aber 1 1/2 Millionen oder 18 1/3 pCt. aller Beschäftigten thätig. Von 1882—95 ist die Zahl der im Handel und Verkehr beschäftigten Frauen von 300 000 auf 600 000, von 19 pCt. auf 26 pCt. aller Beschäftigten gestiegen. 1896 waren 19 000 weibliche Kinder, 80 000 Mädchen unter 16 Jahren und 67 000 Frauen und Mädchen über 16 Jahre in Betrieben beschäftigt, die den Gewerbegerichten bei Lohnstreitigkeiten unterstellt sind. Es sind also 780 000 weibliche Wesen, die vor Gewerbegerichten zu klagen hätten. Warum läßt man da Arbeiterinnen nicht zu den Gewerbegerichten wählen und Beisitzer werden?

Das Urtheil des bayerischen Fabrikinspektors über den Werth von Arbeiterorganisationen klingt ganz anders, als das des Grafen Posadowsky. So lobt er die sozialdemokratischen Beschwerdekommissionen im Gegensatz zu den Beschwerdekommissionen der sogenannten ordnungsliebenden Arbeiter. Die Arbeiterorganisationen sind nothwendig, auch zum Schutz der Gesetze. Der ungeheure Mangel an Aufsichtsbeamten ist eine große Kala-

mität. Die Neuerung des Herrn Staatssekretärs, daß er uns diesen Mangel ziffernmäßig bewiesen hat, wie groß die Zahl der zu revidirenden Betriebe ist und wie viel Betriebe wirklich revidirt worden sind, ist lobend anzuerkennen. Revidirt wurden durchschnittlich nur 34 pCt. der Betriebe, in Preußen 31 pCt., in Bayern nur 18 pCt., in Hessen 45 pCt. der Betriebe. In Bayern sind nur 18 pCt. revidirt worden, weil dort die Revisionen sehr gründlich vorgenommen sind. Man sieht daraus deutlich den Mangel der Beamten. Im preußischen Etat sind elf neue Beamte eingestellt worden, eine Zahl, die natürlich lange nicht ausreicht. Sollte jeder Beamte jeden Betrieb nur einmal nachsehen, die Zahl der Beamten müßte verdreifacht werden. Dazu hat der preußische Staat kein Geld. Kulturaufgaben leiden nicht! Diese preußischen Beamten haben noch die Kesselrevisionen vorzunehmen. Es scheint, daß man ihnen diese Funktion nur aufgetragen hat, um den Kreis, aus dem sie genommen werden können, recht eng zu ziehen. Das sind verzopfte Zustände. In keinem anderen Staate sind die Inspektoren noch Kesselreviseren. Einige Beamte haben noch Nebenämter, die mit ihrer Eigenschaft als Aufsichtsbeamte in Widerspruch stehen. Ich habe im vorigen Jahre schon den Lübecker Beamten genannt, der sehr schneidig im Dienste des Unternehmerthums vorgeht, daß er im Nebenamt für eine Berufsgenossenschaft und den „Norddeutschen Lloyd" thätig ist. Aehnlich ist es mit einem Fabrikinspektor in Hessen und einem in Westpreußen bestellt, ich glaube es ist derjenige von Danzig, der im Dienste eines Unternehmers steht. Ich habe diese Daten aus sozialdemokratischen Zeitungen. Es ist gegen sie wegen dieser Mittheilungen keine Klage eingereicht worden, deshalb nehme ich an, daß diese Mittheilungen wahr sind. Sie sehen, die Beamten haben nicht einmal sämmtlich die genügende Qualifikation. Große Bevölkerungskreise schließt man von der Fabrikinspektion auf der anderen Seite aus, die Arbeiter, die es am meisten angeht, läßt man vor der Thür. Wenn nun die Arbeiter mit den Inspektoren in Verbindung treten wollen, werden sie daran von den Unternehmern gehindert. Diese stellen Spitzel und Beobachtungsposten aus. Der Aufsichtsbeamte wird oft durch Signale angekündigt und findet dann alles in der Ordnung. Der Unternehmer dreht der Polizei eine Nase, wie ein Fall in Hannover beweist, wo sich die Arbeiterinnen vor der Polizei auf dem Boden verstecken mußten. Wird ein Unternehmer einmal erwischt, dann erhält er eine ganz verschwindend geringe Strafe. (Sehr richtig! links.) Die Strafen sind lächerlich gering, sie wirken wie eine Prämie auf die Uebertretung der Gesetze. Die deutschen Gerichte, die den Arbeiter mit drakonischen Strafen belegen, versagen gegenüber den Unternehmern. Der Fabrikinspektor von Potsdam klagt über die geringen Strafen. Man verhöhnt die Gesetzgebung und den Reichstag mit diesen geringen Strafen. In Hildesheim verurtheilte das Schöffengericht einen Unternehmer zu 5 M. Geldstrafe. Als mildernd wurde angegeben, daß die Anzeige nur vom Gewerbe-Inspektor ausgegangen sei. An einem anderen Ort wurde ein Unternehmer freigesprochen, weil er zur Zeit der Arbeit seiner Angestellten in der Kirche war. Also wenn der Arbeitgeber recht fromm thut, dan kann er zu Hause seine Leute schinden lassen, die Gesetze übertreten. Die Polizei ist ungeeignet zur Aufsicht, sie ist gewohnt, gegen den Arbeiter aufzutreten, sie kann sich nicht daran gewöhnen, nun auch einmal als Schutzengel der Arbeiter aufzutreten. Das einzige Mittel zur Besserung liegt darin, daß sich die Fabrikinspektoren mit den Arbeiterorganisationen in Verbindung zu setzen gehalten werden. Der Gedanke, der auch von Zentrumsblättern ausgesprochen worden ist, wurde aber sofort von dem mit 12000 M. für die Verdächtigung der Arbeiter bezahlten Schweinburg bekämpft. Außerdem müssen Arbeiter als Assistenten für die Aufsichtsbeamten hinzugezogen werden. Aus Bayern melden die Berichte einen solchen Fall. Der dort hinzugezogene Arbeiter ist aber in Wahrheit ein Werkführer. Warum gerade ein Werkführer, warum nicht ein organisirter Arbeiter. Außerdem fordern wir die Hinzuziehung von Aerzten. Schließlich auch die Hinzuziehung von Frauen. Wenn von unserer Seite behauptet wurde, daß die Frauen dieselbe geistige Fähigkeit besitzen, wie die Männer, dann hörte man auf der anderen Seite spöttische Bemerkungen. Heute hat sogar Herr v. Posadowsky zugestanden, daß die geistige Befähigung der Frau dieselbe sei wie die des Mannes. Es ist ja sehr erfreulich, daß man zu dieser Anschauung kommt, nun lassen Sie aber auch diese Meinung zur That werden. Oder sollte sich Ihre freundliche Gesinnung nur auf die Damen erstrecken, die in der angenehmen Lage sind, sich der Wissenschaft hingeben zu können, sollten Sie blos für die bürgerlichen Frauen Sympathie empfinden und für die übrigen nicht? Wenn bisher die Frauen zur Gewerbe-Aufsicht nicht zugezogen wurden, so geschah dies einfach aus dem Grunde, weil man meinte, daß die Frauen den Unternehmern nicht so nützlich sein könnten als Aufsichtsbeamten wie die Männer. Die Fabrikinspektion würde nur der Sammelpunkt für die Beschwerden der Arbeiterinnen bilden. Aus diesem Grunde wurden im Zeitalter der kaiserlichen Sozialreform die Anstellung von weiblichen Aufsichtsbeamten abgelehnt! Daß die Frauen die Befähigung zur Gewerbeaufsicht haben, steht nach dem Vorgange Englands, Frankreichs, Amerika's und Australiens fest. In Deutschland hat man ihnen diese Befähigung bisher bestritten. Sie sollen dieselben geistigen Fähigkeiten haben wie der Mann aber vom politischen Wahlrecht, von den Wahlen zum Gewerbegerichts-Ausschuß sind sie ausgeschlossen. Die Herren, die ihnen diese Befähigung absprechen, müssen doch in ihrer nächsten Umgebung recht schlechte Erfahrungen gemacht haben (Heiterkeit!), denn wenn sie auf das Ausland blicken, müßten sie doch zu einem ganz anderen Urtheil kommen. In anderer Hinsicht dagegen müssen wir wieder eine Beschränkung fordern, wenn Frauen angehalten werden, hoch auf Leitern auf den Bau zu steigen. Auch Herr Hitze bedauerte ja, daß so viel Frauen in die Fabriken hineinkommen. Ja, Herr Hitze, in Ihrer nächsten Nähe, in München-Gladbach, sind Fabriken, in denen sehr viel Frauen beschäftigt werden, da die Löhne so miserabel sind. Von Ihren eigenen Parteigenossen werden dort den Arbeiterinnen die bekannten Kochrezepte für den Haushalt in die Hand gedrückt. Gerade Ihre Partei wäre ja geeignet, auf die Unternehmer in dieser Hinsicht einzuwirken, aber im wirthschaftlichen Leben prallen eben die besten ethischen Vorschriften ab, wo der Profit in Frage kommt. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Sie werden also mit uns einverstanden sein, wenn wir sagen, nur durch gesetzliche Regelung und durch strikte Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen ist es möglich, die Arbeiterinnen zu schützen. Es giebt Dinge, über die die Arbeiterin, wenn sie sittlich ist, nicht mit dem männlichen Aufsichtsbeamten sprechen kann. Die weiblichen Beamten würden sich mehr das Vertrauen der Arbeiterin erwerben. Zum mindesten müßten weibliche Assistenten angestellt werden. Freilich höhere Töchter, die vom politischen Leben keine Ahnung haben, sind dazu nicht geeignet. Man exemplifizire nicht auf die Krankenpflege. Krankenpflege und Arbeiterschutz sind zu verschiedene Gebiete, wer für das eine paßt, braucht nicht für das andere geeignet sein. Diakonissinnen sind also nicht geeignet. Sie machen es weder dem Unternehmer noch dem Arbeiter recht. In Hamburg hat man Damen vom Rothen Kreuz herangezogen. Das volle Vertrauen wird die Arbeiterin nur zur Arbeiterin haben. Ist es denn eine exorbitante Forderung, wenn man verlangt, daß die Assistentinnen gewählt werden wie die Beisitzer in den Gewerbegerichten? In einzelnen Staaten sucht man diesen Wünschen jetzt entgegen zu kommen, z. B. in Hessen. In anderen Staaten, besonders in Sachsen, hat man für diese Frage nicht das geringste Verständniß. Der Abgeordnete Fritzsche hat im sächsischen Landtag auf die Petition der Frauenvereine frisch und fröhlich erklärt: Nansen sei nach dem Nordpol gekommen und habe dort die Erdachse ohne Hilfe von Fabrikinspektoren neu geölt. Da werde es wohl in Sachsen noch längere Zeit ohne weibliche Aufsichtsbeamten gehen. Und mit solchen banalen Redensarten glaubt man sich über diese so hochwichtige Frage hinwegsetzen zu können. Nimmt der jetzige Staatssekretär auch dieselbe ablehnende Haltung ein, wie sein Vorgänger?

Die Unfälle wachsen beständig, ein Theil von ihnen ist nicht naturnothwendig mit der Arbeit verbunden. Das greifen wir an. Die Fabrikinspektoren heben hervor, daß hastige Arbeit, veranlaßt durch Akkordarbeit, und die Verwendung ungelernter Arbeiter eine große Anzahl Unfälle veranlassen. Und auch mit den Schutzvorrichtungen steht es übel. Auch die Krankheiten der Arbeiter nehmen zu infolge zu intensiver und langer Arbeit. Der Arbeiter verunglückt am häufigsten am Ende der Arbeitswoche, wenn er abgespannt ist. Hier kann die Gesetzgebung helfend eingreifen, aber zum Schutze der Arbeiter hat man nicht viel übrig. Wohin soll das führen? Durch das ganze Treiben wird das vernichtet, was sie zu schützen bestrebt sind.

Mittelstädt sagt, es geht bergab mit dem Glauben des Volkes an die Monarchie. Was man durch alle diese Trakasserien erreicht, so sagt er, ist die Vernichtung des Glaubens an die Justiz und an die Monarchie. Dem Anschwellen der sozialdemokratischen Fluth ist kein Ende zu bereiten. Machen Sie Ihre Ausnahmegesetze — der Arbeiter lebt in einem Ausnahmezustand und wird sich um so fester zu uns schaaren, als er sieht, daß er dort von Ihnen keine Rettung zu erwarten hat. (Bravo bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Dr. **Hitze** (Z.): Das Zentrum hat in jedem Jahr bewiesen, wie ernst es ihm mit dem Arbeiterschutz und der Koalitionsfreiheit ist. Wir werden auch die Durchführung unserer sozialpolitischen Wünsche niemals zu einem Handelsgeschäft machen. (Bravo! im Zentrum.) Ich vermisse, daß der Vorredner nicht Stellung zur Frage der Beschäftigung verheiratheter Frauen genommen hat. Vielleicht spricht sich die sozialdemokratische Partei noch darüber aus. Wir haben das Ziel, die Arbeit verheiratheter Frauen in Fabriken gesetzlich zu verbieten und auch in der Landwirthschaft, soweit das Familienleben darunter leidet. Der Herr Vorredner hat auch wieder das berühmte Büchlein „Das häusliche Glück" berührt. Das Werkchen hat einen Absatz von über eine Million gefunden, es ist in fremde Sprachen übersetzt. Der Verfasser ist ein jetzt verstorbener Kaplan in München-Gladbach. Er hat seine ganze freie Zeit dem Wohle der Arbeiterinnen gewidmet. Systematisch greift die Sozialdemokratie dieses Büchlein wegen seiner Kochrezepte an. Es heißt immer, ich sei der Verfasser. Ich habe es aber garnicht verfaßt. Die Kochrezepte für ganz bescheidene Verhältnisse sind ohne mein Wissen hineingekommen und in der zweiten Auflage beseitigt. Ich richte an Sie den Appell, doch endlich der perfiden Art, wie draußen die Kochrezepte angegriffen werden, einmal Einhalt zu gebieten.

Hierauf wird ein **Vertagungsantrag angenommen.**

Persönlich bemerkt

Abg. Frhr. **v. Stumm** (Rp.): Dem Abg. Wurm muß ich nochmals erwidern, daß ich die Forderung der Gewerkvereine nach einem Minimallohn von 1500 M. nur als Minimallohn maßlos halte, nicht als Lohn im allgemeinen. Es giebt aber Betriebe, die mit ganz geringem Nutzen arbeiten, die einen solchen Lohn nicht zahlen können, und minderwerthige Arbeiter, die ihn nicht verdienen. Gegen die konfessionellen Arbeitervereine an sich habe ich nichts einzuwenden. Ich warne sie nur vor der Gefahr, in sozialdemokratisches Fahrwasser zu gelangen, wie es mit den Vereinen des Pfarrers Naumann und ähnlicher Herren schon geschehen ist.

Nächste Sitzung Sonnabend 2 Uhr. Fortsetzung der heutigen Berathung.

Schluß 6½ Uhr.

Parlamentarisches.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion erörterte in der Sitzung am 19. und 20. Januar die chinesische Angelegenheit. Einstimmig wurde folgender Beschluß gefaßt:

„Die Fraktion betrachtet es als natürlich, daß in der Partei und damit auch in der Parteipresse über wichtige Fragen der Taktik zeitweilig Meinungsverschiedenheiten entstehen und daß diese zum Austrag gebracht werden müssen, selbstverständlich unter Wahrung des Rechts der freiesten Meinungsäußerung.

Aber in der Polemik, die zwischen einer Anzahl Partei-Organe über die Taktik der Partei gegenüber der chinesischen Angelegenheit entstand, ist mehrfach die zulässige Grenze erheblich überschritten worden, was die Fraktion lebhaft bedauert. Dieselbe ersucht die Parteigenossen, darauf zu sehen, daß ihre Organe sich künftig bei Polemiken strenge in den zulässigen Grenzen halten.

Zu dem Eroberungszug nach China steht die Fraktion in der entschiedensten Gegnerschaft. Die Redner der Fraktion werden bei der ersten sich darbietenden Gelegenheit dieser Anschauung Ausdruck geben."

Budgetkommission. Abg. Werner erklärt sich für den Antrag Singer, Einsetzung der Erhöhung der Unterbeamtengehälter in den Etat. Müller-Fulda erklärt nach längerer Rede, daß er die Meinung habe, es sei mit Gehaltserhöhungen vorläufig genug geschehen, er werde aber für die Resolution Lieber und im übrigen für alle Forderungen in der Petition der Unterbeamten stimmen, die keine neuen Ausgaben erforderten. Der Staatssekretär theilt mit, daß er der Petition der Unterbeamten insofern entgegenkommen werde, daß es die Kündigungsfrist von 4 Wochen auf 3 Monate erhöhe und die etatsmäßige Anstellung, die bisher erst nach 12 Jahren erfolgte, künftig schon nach 8 Jahren eintreten solle. Mehr könne er nicht thun. Abg. v. Kardorff erklärt sich gegen den Antrag Singer, im Lande seien die Gehaltserhöhungen sehr unpopulär, dagegen spricht er sich für die Gehaltserhöhung des Staatssekretärs aus. Abg. v. Massow spricht sich in ähnlicher Richtung aus. Staatssekretär v. Thielemann warnt, einseitig Gehaltserhöhungen im Interesse der Postunterbeamten vorzunehmen. Man habe den Beschluß des Reichstages sorgfältig erwogen, habe aber demselben nicht zustimmen können. Abg. Singer polemisirt gegen die Ausführungen des Abg. Müller-Fulda, die durchaus unzutreffend seien, von der Erklärung des Staatssekretärs nehme er mit Genugthuung Kenntniß, aber man solle weitergehen, insbesondere den Unterbeamten jährlich regelmäßig einen Urlaub bewilligen und der Einführung einer Sommerkleidung zustimmen. Das Verlangen, die Gehaltserhöhung der Unterbeamten zu vertagen, bis auch Preußen damit vorgehe, bekämpfte er mit Hinweis auf die Langsamkeit solcher Reformen dort; es stehe nicht das geringste entgegen, hier auf eigene Faust vorzugehen und die Machtmittel, die man habe, auch einmal gegen die Regierung anzuwenden. Sei eine Landbriefträgerstelle im Osten so gesucht, wie dargestellt, so beweise das höchstens für die schlechten Verhältnisse im Osten, aber nicht für die genügende Höhe des Gehalts. Staatssekretär von Podbielski führt gegen Singer aus: Auf dem Lande sei ein Urlaubsbedürfniß nicht vorhanden, anders für die Beamten der großen Städte, in Berlin hatten von den angestellten Beamten 91 pCt., von den nicht festangestellten Beamten über 60 pCt. Urlaub erhalten. Die Kilometerzahl der Landbriefträger sei von 1881 von 35 auf 16, durchschnittlich auf 21 zurückgegangen. Die Einführung einer leichteren Sommerbekleidung bei den Unterbeamten, speziell auch den Landbriefträgern, sei im Wege, Versuche seien gemacht. Abg. Müller-Sagan begrüßt die letzten Erklärungen des Staatssekretärs mit Genugthuung, im weiteren polemisirt er gegen die Abgg. v. Kardorff und v. Massow.

Abg. Werner plädirt für höfliche Behandlung der Unterbeamten. Abg. Graf Roon spricht sich sehr lebhaft gegen Erhöhung der Gehälter der Unterbeamten und für die Gehaltserhöhung des Staatssekretärs aus. Abg. Dr. Hammacher spricht sich für die Resolution Lieber aus; heute werde er für die Gehaltserhöhung des Staatssekretärs stimmen, behält sich aber seine Endentscheidung für das Plenum vor, die Regierung habe bis dahin Zeit, sich die Sache zu überlegen. Abg. Lieber vertheidigt seine Resolution gegen die gemachten Angriffe, Anspruch auf fortgesetzte Erhöhung ihrer Gehälter besäßen die Unterbeamten nicht, schließlich könnten die Ueberschüsse durch die Gehaltserhöhungen aufgezehrt werden, was man in jenen Kreisen vielfach in der Ordnung halte; im vorliegenden Falle solle man erfüllen, was früher schon in Aussicht gestellt sei. Abg. Freese spricht sich in erster Linie für den Antrag Singer, falls dieser, wie zu erwarten, abgelehnt werde, für die Resolution Lieber aus. Abg. Müller-Fulda wendet sich berichtigend gegen mehrere Vorredner. Abg. Graf Arnim ist für eine planmäßige aber nicht für eine generelle Aufbesserung der Unterbeamtengehälter, er wird für die Resolution Lieber stimmen. Es folgen eine Reihe persönlicher Bemerkungen. Abgeordneter Paasche als Referent liest einen aus Breslau ihm zugegangenen Brief eines Postsekretärs mit Namensnennung vor, der sich über sein Verhalten als Referent auf das Gesuch um Gehaltserhöhung der Postsekretäre beschwert. Das Benehmen des Abg. Paasche findet in der Kommission starke Mißbilligung. Der Antrag Singer wird gegen 7 Stimmen abgelehnt, die Resolution Lieber mit allen gegen eine Stimme angenommen. Dieselbe Stimmenzahl ergiebt sich für die gleichen Anträge zu Titel 26. Die Gehaltserhöhung des Staatssekretärs wird mit 11 gegen 10 Stimmen abgelehnt, um einen Druck auf die Regierungen in der Hand zu haben.

Der Titel 27 (Wohnungsgeldzuschüsse) wird nach kurzer Debatte bewilligt. Bei Titel 31 regt der Referent an, die Postagenturen besser mit Marken der Invaliditäts- und Altersversicherung zu versehen, jetzt seien dieselben mangelhaft versehen und die Folge wäre, niemand klebe. (Heiterkeit). Der Staatssekretär antwortet, daß sei Sache des Reichsamts des Innern, dort möge man das anregen. Abg. Bebel meint, die von dem Abg. Paasche angeführte Thatsache sei recht interessant und müsse bei dem Reichsamt des Innern zur Sprache gebracht werden. Nach kurzer Debatte wird der Titel genehmigt. Die Titel 32—44c werden ohne erhebliche Debatte bewilligt. Bei Titel 45 fragt der Abg. Lieber an, was Wahres an der Angabe sei, daß die preußische Eisenbahnverwaltung der Reichspost durch unentgeltliche Beförderung der Postbahnwagen ein großes Opfer bringt. Der Staatssekretär antwortet, daß darüber Erhebungen im Gange seien; es sei möglich, daß wir später zu besonderen Postzügen kommen, schon jetzt müßte die Post, sobald mehr als ein Wagen im Zuge fahre, und das komme oft vor, Vergütungen an die Bahn gewähren. Abg. Dr. Hammacher erklärt seine Befriedigung über die gehörte Antwort. Der nächste Reichstag werde also wohl mehr über die Frage hören. Ferner fragt er an, ob es möglich sei, einen Werkstätten-Etat der Post aufzustellen. Der Staatssekretär erwidert, daß die Post keine Werkstätten größeren Umfangs habe, entweder beziehe sie aus anderen Staatsbetrieben oder aus der Privatindustrie ihren Bedarf. Sie habe nur Reparaturwerkstätten von mäßigem Umfang. Die Titel 45—49 werden bewilligt. Bei Titel 50 fragt Abg. Müller-Sagan, ob bereits ein Telephon-Gesprächszähler erfunden sei. Der Staatssekretär antwortet, daß noch kein solcher existire, der befriedigend die Aufgabe löse. Zu Titel 52 erklärt der Staatssekretär auf eine Anfrage, daß in den nächsten Jahren die Postverwaltung mit größeren Ansprüchen an den Reichstag herantreten werde, um auf dem Wege der Anleihe die Mittel für umfassende Telegraphen- und Telephonanlagen zu beschaffen. Abg. Dr. Hammacher warnt, mit einem solchen Generalplan für das ganze Deutsche Reich vorzugehen, es sei viel richtiger allmälig das Bedürfniß zu befriedigen. Titel 52—55 werden bewilligt. Nächste Sitzung Sonnabend Vormittag 10 Uhr.

In der Reichstags-Kommission für die Militär-Strafgerichtsordnung wurde in der heutigen dritten Sitzung die Berathung des zweiten Titels — Ausübung der Gerichtsbarkeit — bei § 10 fortgesetzt, der besagt, daß Gerichtsherren die Befehlshaber sind, denen die Gerichtsbarkeit zusteht. Den Gerichtsherren der niederen Gerichtsbarkeit stehen Gerichtsoffiziere zur Seite. Den Gerichtsherren der höheren Gerichtsbarkeit wird die erforderliche Zahl von Militär-Justizbeamten (Kriegsgerichtsräthe, Ober-Kriegsgerichtsräthe) zugeordnet. Abg. Gröber (Z.) beantragt nur zu sagen: „Den Gerichtsherren stehen Gerichtsoffiziere zur Seite." Abg. Frohme (Soz.) beantragt dagegen generell die Zuziehung von Militär-Justizbeamten. Oertel motivirt eingehend diesen Antrag, dessen Annahme die Sicherheit der Rechtsprechung garantire. Beide Anträge werden nach längerer Diskussion abgelehnt und die Fassung der Regierungsvorlage unverändert angenommen. § 11 passirt debattelos. § 12 bestimmt: „Die niedere Gerichtsbarkeit umfaßt die nur mit Arrest bedrohten militärischen Vergehen und die Uebertretungen. Der höheren Gerichtsbarkeit bleiben jedoch diejenigen Fälle vorbehalten, in denen gegen einen Unteroffizier die Verhängung einer Ehrenstrafe zu erwarten steht. Auf Antrag Gröber (Z.) werden, mit Zustimmung der Regierungsvertreter, die gesperrt gedruckten Worte gestrichen, sodaß auch für den gemeinen Soldaten die höhere Gerichtsbarkeit entscheidet, wenn es sich um Verhängung von Ehrenstrafen handelt. § 13 zählt die Vergehen auf, welche der niederen Gerichtsbarkeit zugewiesen sein sollen. Hier werden auf Antrag Gröber einige Fälle ausgenommen, wo es sich um schwierigeren und komplizirteren Thatbestand handelt, um dem höheren Gericht überwiesen zu werden. Die §§ 14 und 15 werden ohne wesentliche Aenderung angenommen. Die §§ 16—34 handeln von den Gerichtsherren. Sie werden unverändert angenommen mit Ausnahme der §§ 29 und 33, in welche auf Antrag Gröber (Z.) an stelle des Wortes „Reichs-Militärgericht" die Worte „das gemeinsame obere Gericht" gesetzt werden. — Die Berathung wendet sich nun dem dritten Abschnitte zu, der von den Standgerichten handelt. Ein Antrag Frohme (Soz.), der im § 35 die Hinzuziehung eines Militär-Justizbeamten als zweiten Beisitzer zu den Standgerichten bestimmt haben will, den Oertel ausführlich begründet, — er wies besonders auf Bayern hin, in dem seit 30 Jahren sich dieses Verfahren bewährt habe — wird abgelehnt und dieser Paragraph ebenso wie die §§ 36 und 37 unverändert angenommen. § 38 besagt, daß der Vorsitzende und der zweite Beisitzer von dem Gerichtsherren alljährlich vor dem Beginne des Geschäftsjahres für die Dauer desselben als ständige Richter bestellt werden. Die Abgg. Gröber (Z.) und Lenzmann (frs. Vp.) beantragen, diese Bestimmung auf beide Beisitzer auszudehnen und weisen auf den großen Werth hin, den ständige, wohl eingearbeitete Richter haben. Der Antrag wird angenommen. § 39 nennt die Eidesformel für die Vereidigung der Richter durch den Gerichtsherrn. Der Eid hat denselben Wortlaut wie der im bürgerlichen Verfahren. Abg. Gröber (Z.) beantragt folgende Einschaltung: „Dem Schwörenden ist gestattet, den Schlußworten der Eidesformel eine seinem Glaubensbekenntniß entsprechende Bekräftigungsformel hinzuzufügen." Hiergegen wendet sich Geh. Ober-Regierungsrath v. Seckendorff. Abg. Frohme (Soz.) beantragt Streichung des § 39. Der Zwang, den betreffenden Eid zu leisten, widerspreche der Gewissensfreiheit. Der Antrag Gröber wird hierauf angenommen, nachdem der Antrag Frohme abgelehnt worden war. § 44 wird auf Antrag Gröber (Z.) in folgender Fassung angenommen: „Das Standgericht darf neben einer etwa auszusprechenden Einziehung auf keine andere und höhere Strafe als auf Freiheitsstrafe nicht über sechs Wochen und auf Geldstrafe nicht über 150 M., im Feld und an Bord auf Freiheitsstrafe nicht über drei Monate und Geldstrafe nicht über 300 M., allein oder in Verbindung mit einander, erkennen. Dies gilt auch im Falle des Zusammentreffens mehrerer strafbarer Handlungen; wenn neben Gefängniß oder Festungshaft, sowie neben Arrest auf Haft zu erkennen ist, so dürfen die verschiedenen Freiheitsstrafen zusammen die im Absatz 1 bestimmte Zeitdauer nicht überschreiten." — Der folgende Abschnitt betrifft die Kriegsgerichte. § 46 bestimmt, daß sie bestehen sollen aus fünf Richtern, und zwar aus einem Kriegsgerichtsrathe und vier Offizieren. — Ein Antrag Gröber (Z.) will sie bestehen lassen aus zwei Kriegsgerichtsräthen und drei Offizieren. Der Antragsteller macht geltend, daß der einzige Jurist, der im Entwurfe für die Kriegsgerichte vorgesehen sei, nicht als ausreichend erachtet werden könne, um so weniger, als es sich vor den Kriegsgerichten um die Aburtheilung schwerer Verbrechen handelt. — Generallieutenant v. Viebahn beruft sich demgegenüber auf die Ausführungen der Denkschrift über die prinzipielle Frage der Mitwirkung von Juristen in der Militär-Gerichtsbarkeit. In der Zahl der Richter müsse das militärische Element überwiegen, da es sich vorwiegend um militärische Strafthaten handele, die Militärpersonen am besten beurtheilen können. Im Jahre 1895/96 haben die rein militärischen Reate, die vor den Kriegsgerichten zur Aburtheilung gelangten, mehr als das doppelte der bürgerlichen Reate betragen. Auch seien die erheblichen Kosten zu berücksichtigen, die aus der Anstellung von zwei Juristen entstehen. Abg. v. Puttkamer (kons.) erklärt sich gegen den Antrag Gröber. Abg. Graf Oriola stellt das Amendement zum Antrage

Gröber, daß im Felde nur ein Jurist bei den Kriegsgerichten mitwirken soll. Ein Antrag Lenzmann (frs. Vp.) auf Aussetzung der Abstimmung wird abgelehnt. Unter Ablehnung des Amendements Oriola wird der Antrag Gröber angenommen. — Nächste Sitzung Dienstag.

In der sechsten Kommission des Reichstags wurde heute die Novelle zur Zivilprozeßordnung bis § 191 erledigt. Eine umfassende Reform des Zustellungswesens wurde regierungsseitig in Aussicht gestellt, kann aber in diesem Jahre noch nicht stattfinden. Die Verhandlungen werden Montag fortgesetzt.

Eine Abänderung des Zolltarifs beantragen eine Reihe von Zentrums-Abgeordneten unter Führung des Vertreters von Krefeld Dr. Bachem. Eine Sorte asiatischer Rohseiden-Gewebe, die Pongees, zahlt bisher 800 M. Zoll für den Doppelzentner. Frankreich läßt diese Gewebe zollfrei herein und exportirt sie dann wieder gefärbt, bedruckt und appretirt. Aehnlich England. Beide Länder können uns, wie die Antragsteller behaupten, auch auf dem deutschen Markt unterbieten, weil sie als Vertragsstaaten nur 600 M. Zoll für ihr Ganzfabrikat zahlen, während unsere einheimischen Färber und Drucker schon das gebrauchte Halbfabrikat mit 800 M. belastet sehen. Durch Herabsetzung des Zolles auf 800 M. glaubt man auch bei uns der Veredlungsindustrie das Gebiet erweitern zu können.

Kommunales.

In ihrer geheimen Sitzung am Donnerstag hat die Stadtverordneten-Versammlung die Mitglieder der Stadtverordneten-Versammlung in die ständigen Ausschüsse der Versammlung, sowie die Verwaltungs-Deputationen und Kuratorien abgeordnet. Danach gehören den wesentlichsten von der sozialdemokratischen Fraktion an: dem Ausschuß für unbesoldete Gemeindebeamte: Herzfeld und Tolksdorf. Dem Ausschuß zur Begutachtung der Vorlagen wegen Anstellung bezw. Pensionirung von besoldeten Gemeindebeamten und Lehrern: Singer. Dem Ausschuß für Petitionen: Bruns. Dem Ausschuß für Rechnungssachen: Borgmann und Bogtherr. Dem Ausschuß zur Vorprüfung der Giltigkeit der Stadtverordnetenwahlen: Singer. Armendirektion (Plenum): Stadthagen. Armendirektion für die Verwaltung der Armenhäuser: Stadthagen. Armendirektion für die Verwaltung des Waisenhauses: Tolksdorf. Baudeputation: Wernau. Deputation zur Beschaffung der Brennmaterialien: Gleinert. Finanz-Deputation: Singer. Gewerbe-Deputation: Borgmann. Grundeigenthums-Deputation: Singer. Deputation zur Entscheidung über die Verwendung der für Kunstzwecke bewilligten Gelder: Singer. Deputation für die Markthallen: Wernau. Steuer-Deputation: Jacobey, Gleinert, Dupont und Wernau. Verkehrs-Deputation: Singer. Kuratorium für den Zentral-Viehhof und der Fleischschau-Aemter: Wilke. Kommission zur Verwaltung der Volksbibliotheken: Bruns. Endlich ist für den verstorbenen Stadtv. Wohlgemuth der Stadtv. Herzfeld für die Kanalisationswerke gewählt worden.

Die Versammlung beschloß, die Neuwahl der Mitglieder für die Schuldeputation auszusetzen und den Magistrat zunächst zu ersuchen, sich mit Rücksicht auf die starke Zunahme der Geschäfte, insbesondere der Zahl der Inspektionen von 16 auf 18 damit einverstanden zu erklären, daß die Zahl der Mitglieder derselben um zwei — einen Stadtverordneten und einen Bürgerdeputirten — und die Gasdeputation um zwei Mitglieder vermehrt werde.

Das Denkmal für die Märzgefallenen ist gestern vom Magistrat abgelehnt worden. Es war zu erwarten, daß diese Körperschaft vor dem zu erwartenden Zorn von oben zusammenknicken würde. Ob der Magistrat in dem Konflikt mit der Stadtverordneten-Versammlung so leichten Kaufes fertig wird?

Aus dem Rathhause wird in der Angelegenheit noch berichtet: Wie uns aus Stadtverordnetenkreisen mitgetheilt wird, wird man sich bei dem heute gefaßten Beschluße des Magistrats in bezug auf die Angelegenheit der Märzgefallenen nicht beruhigen, sondern in der Stadtverordneten-Versammlung einen Antrag dahingehend einbringen, den Magistrat zu ersuchen, über diese Angelegenheit in einer gemischten Kommission zu berathen, indem der § 36 der Städte-Ordnung von 1853 zu grunde gelegt werden wird, welcher dahin lautet: „Die Beschlüsse der Stadtverordneten bedürfen, wenn sie solche Angelegenheit betreffen, welche durch das Gesetz dem Magistrate zur Ausführung überwiesen sind, der Zustimmung des letzteren. Versagt dieser die Zustimmung, so hat er die Gründe dieser Versagung der Stadtverordneten-Versammlung mitzutheilen. Erfolgt hierauf keine Verständigung, zu deren Herbeiführung sowohl von dem Magistrate als den Stadtverordneten die Einsetzung einer gemischten Kommission verlangt werden kann, so beschließt der Bezirksausschuß (in Berlin der Oberpräsident) über die bestandene Meinungsverschiedenheit, wenn von einem Theile auf Entscheidung angetragen wird, und zugleich die Angelegenheit nicht auf sich beruhen kann. Die Stadtverordneten-Versammlung darf ihre Beschlüsse in keinem Falle selbst zur Ausführung bringen. (G.-G. § 17 Nr. 1)". (Dieser § 36 wurde bereits angewendet bei Berathung 1. des Tarifs der Wasserwerke im Jahre 1881, 2. der Festsetzung der Fluchtlinie für die Rosenstraße 1891.) Vielleicht sieht man jetzt auch auf freisinniger Seite ein, daß es der Würde der Stadtverordneten-Versammlung besser entsprochen hätte, wenn für den präzisen sozialdemokratischen Antrag gestimmt worden wäre.

In Fortsetzung seiner Berathungen zur Feststellung des Stadthaushalts-Etats für das Verwaltungsjahr 1898/99 hat das Magistratskollegium den Einzel-Etat der Volksbibliotheken in Einnahme und Ausgabe im Ordinarium mit 43 235 M. festgestellt. Zur Neuausstattung der bestehenden 27 Volksbibliotheken sind in den Ausgaben des Extra-Ordinariums eingestellt 12 000 M., zur Neuausstattung der mit den zwei Lesehallen verbundenen Bibliotheken 8000 M. Somit schließt der ganze Etat in Einnahme und Ausgabe mit 63 235 M. — Bei dem Etat des Märkischen Museums, der eine Ausgabe von 12 080 M. erfordert — Einnahmen sind nicht vorhanden — sind für den Ankauf von Alterthümern 2000 M. vorgesehen. — Der Etat des Statistischen Amts der Stadt Berlin hat gleichfalls nur Ausgaben zu verzeichnen, weil etatsmäßige Einnahmen nicht vorhanden sind, er ist daher auch nur in Ausgabe, und zwar mit 73 800 M. festgestellt. Der Einzel-Etat des Gewerbegerichts ist in Einnahme mit 6200 M. und in Ausgabe mit 23 000 M. genehmigt, sodaß ein Zuschuß von 16 800 M. erforderlich ist. Zu den Ausgaben treten aber noch hinzu die Gehälter der beim Gewerbegericht beschäftigten Magistrats-Assessoren, welche auch noch bei anderen städtischen Verwaltungen beschäftigt werden und deren Gehälter bei dem Personal-Etat mit verrechnet werden. — Der Etat des städtischen Viehmarktes ist in Einnahme mit 2 201 700 M., in Ausgabe mit 1 725 400 Mark eingestellt und ergiebt somit einen Ueberschuß von 476 300 Mark. — Der Etat des städtischen Schlachthofes ist in Einnahme mit 2 339 000 M., in Ausgabe mit 1 985 000 M. und verzeichnet somit einen Ueberschuß von 354 000 M., der gleich dem Ueberschusse des Viehmarktes in die Stadt-Hauptkasse fließt. — Der Etat der Fleischschau auf dem Schlachthofe schließt in Einnahme und Ausgabe mit 715 000 M. ab. Ein etwaiger Ueberschuß aus diesem Etat wird der Stadt-Hauptkasse nicht überwiesen. — Der Etat für die Untersuchungsstationen für das von außerhalb eingeführte frisch geschlachtete Fleisch ist in Einnahme mit 273 042 M., in Ausgabe mit 241 281 M., es ergiebt sich daher ein Ueberschuß von 31 761 M. —

Zur Hilfsarbeiterfrage. Der westpreußische Städtetag will eine Petition an beide Häuser des Landtages richten wegen Abänderung des § 56,6 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 und hat den Entwurf derselben dem hiesigen Magistrat mit dem Ersuchen unterbreitet, der Petition beizutreten. Diese Petition ist veranlaßt durch die vielen Klagen der in den städtischen Verwaltungen beschäftigten Hilfsarbeiter und durch die erfolgte Rechtsprechung des Reichsgerichts, welche gegen den Magistrat erkannt hat. Der jetzt geltende bezügliche § 56,6 lautet: „Der Magistrat hat als Obrigkeit und Gemeinde-Verwaltungsbehörde die Gemeindebeamten, nachdem die Stadtverordneten darüber vernommen worden, anzustellen und zu beaufsichtigen. Die Anstellung erfolgt, soweit es sich nicht um vorübergehende Dienstleistungen handelt, auf Lebenszeit; diejenigen Unterbeamten, welche nur zu mechanischen Dienstleistungen bestimmt sind, können jedoch auf Kündigung angenommen werden ꝛc." Die Petition will nun folgende Abänderung herbeigeführt wissen: Der Magistrat hat die Gemeindebeamten nach Anhörung der Stadtverordneten anzustellen und sie zu beaufsichtigen. Die Anstellung der nicht bezüglich zu vorübergehenden oder zu mechanischen Dienstleistungen berufenen Gemeindebeamten erfolgt auf Lebenszeit. Abweichungen von diesem Grundsatze können durch Ortsstatut oder in einzelnen Fällen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde festgesetzt werden. In Ansehung der bei städtischen Betriebsverwaltungen angestellten Beamten findet der Grundsatz der Anstellung auf Lebenszeit nur insoweit Anwendung, als die Stadtgemeinde dies beschließt." Das Magistratskollegium hat beschlossen, der Petition beizutreten. —

Die Gehaltsskala der hiesigen königl. höheren Mädchenschulen soll auch für seminaristisch gebildete ordentliche Lehrer der städtischen höheren Mädchenschulen Geltung haben, jedoch nur für diejenigen, die in Zukunft zur Anstellung gelangen, während für die bereits angestellten seminaristisch gebildeten ordentlichen Lehrer die bisherige Gehaltsskala bestehen bleibt. Jedoch wird dieser Skala noch eine nach 18 Jahren zu erreichende Gehaltsstufe in Höhe von 4700 M. hinzugefügt. Die akademisch gebildeten ordentlichen Lehrer sollen dasselbe Gehalt erhalten, wie die gleichaltrigen Oberlehrer an den Gymnasien. Ihre Zahl an den sechs städtischen höheren Mädchenschulen wird auf zehn beschränkt werden.

Den bisherigen Direktor des Viehhofes Hausburg, dessen Wahlzeit am 1. Juli cr. abläuft, hat das Magistratskollegium auf fernere 6 Jahre wieder gewählt. —

Die vom Stadtbaurath Hoffmann vorgelegten Entwürfe zur Errichtung zweier Gemeinde-Doppelschulen und einer zweiten Handwerkerschule sind vom Magistratskollegium genehmigt worden. Die Kosten einer dieser Schulen in der Christianiastraße sind veranschlagt auf 608 000, die der andern in der Rostockerstraße auf 584 000 M., die Kosten der zweiten Handwerkerschule sind auf 754 000 M. veranschlagt.

Lokales.

Den Parteigenossen des zweiten Wahlkreises zur Nachricht daß am Sonntag Abend 6½ Uhr bei Zubeil, Lindenstraße 106, der Augenarzt Herr Dr. Max Maschke über die egyptische Augenentzündung sprechen wird. Nach dem Vortrage folgt gemüthliches Beisammensein.

Achtung! Wahlverein des 4. Kreises, Südost! Zur Regelung der Mitgliederliste ist es erforderlich, daß die Mitglieder ihre Wohnung bis zum 1. Februar auf den Zahlstellen angeben. Es wird besonders darauf hingewiesen, daß dieses für sämmtliche Mitglieder gilt, also auch für solche, die nicht umgezogen sind, oder welche zum 1. April umziehen. Der Vorstand.

Achtung, vierter Wahlkreis, Osten. Am Sonntag, den 23. d. M., abends 6 Uhr, findet in Golde's Restaurant, Gr. Frankfurterstraße 133, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genossin Klara Haase referirt. Um zahlreichen Besuch ersucht Die Vertrauensperson.

Achtung, sechster Wahlkreis. Am Sonntag, den 23. d. M., abends 6 Uhr, findet in Bergemann's Lokal, Pasewalkerstr. 8, eine öffentliche Versammlung statt, in welcher Genosse Waldek Manasse über Glauben und Denken referirt. Um zahlreichen Besuch bittet Die Vertrauensperson.

Die Schuld an dem Geschäftsrückgange in den meisten städtischen Markthallen, von denen im wesentlichen nur drei, und zwar die Hallen in der Lindenstraße, in der Eisenbahnstraße und am Marheinicke-Platz eine Erhöhung der Einnahmen aus den Standgeldern aufzuweisen haben, wird in dem Magistratsberichte der großen Ausdehnung des Straßenhandels beigemessen. Angesichts dieser Thatsache ist wohl die Frage: warum gehen die Straßenhändler nicht in die Markthallen, am Platze. Auf diese Frage wird man von diesen in erster Linie die Antwort erhalten: Weil die Standgelder zu hoch sind. Viele der Straßenhändler würden gern in die Markthallen gehen, wenn die Standgelder niedriger bemessen wären. Da der Gesammtüberschuß der städtischen Markthallen im letzten Berichtsjahre unter den bestehenden Verhältnissen über 150 000 M. betragen hat, so wäre eine Herabsetzung der Standgeldmiethe wohl durchführbar, um so mehr, als durch die größere Inanspruchnahme der Markthallen seitens der Händler der Fehlbetrag reichlich wieder ausgeglichen werden würde. Eine zahlreiche Bevölkerung der Markthallen wäre im allgemeinen Interesse nur zu wünschen. Die Markthalle auf dem Gesundbrunnen, deren Schließung sich erforderlich machte, sollte als warnendes Beispiel dienen. Ist der Verkehr erst einmal von den Markthallen entwöhnt, dann hält es schwer, ihn wieder hineinzubringen. Auch hier wurde zu spät mit der Herabsetzung der Standmiethen vorgegangen.

Radfahrkarten wurden 1897 in Schöneberg 1728, in Rixdorf 1147, in Deutsch-Wilmersdorf 955, in Groß-Lichterfelde 613, in Steglitz 440 ausgestellt.

Ein Graf als Kellner. Die „Germania" erzählt: „In einem fashionablen Hotel in Berlin ist ein Mann als Kellner angestellt, dessen Leben ein Roman ist. Vor einigen Jahren spielte der junge Graf X. in Stockholm eine hervorragende Rolle. Er gehörte einer der ältesten schwedischen Adelsfamilien an; sein Vater, großer Gutsbesitzer in Schweden, war sehr reich, und der junge Graf schien eine glänzende Zukunft zu haben. Er war Offizier in einem der feinsten schwedischen Regimenter und erregte bald in Stockholm durch seine extravagante Lebensweise Aufsehen. So ungeheure Summen gab er aus, daß sein Vater ihm eines Tages erklärte, er müsse sein Leben ändern und seine Ausgaben beschränken. Hierzu war der junge Graf noch nicht geneigt, er machte arge Schulden und wurde genöthigt, seinen Abschied vom Regiment zu nehmen. Er begab sich dann nach Kopenhagen, wo er ebenfalls ein sehr flottes Leben führte, bis sein Vermögen gänzlich vergeudet war. Eines Tages war er verschwunden mit Hinterlassung bedeutender Schulden. Seitdem hat das Leben ihn hart angefaßt, der Hunger that das übrige, und nun ist er ein fleißiger, zuverlässiger Angestellter in einem Berliner Hotel geworden, der mit seiner Lage ganz zufrieden ist." — Es freut uns zu vernehmen, daß auch ein Graf unter Umständen durch seiner Hände Arbeit der Gesellschaft nützlich werden kann.

Selbstmord einer Greisin. Die 78 Jahre alte Wittwe Helene Hennicke geb. Stracht hatte vor vier Jahren ihren Mann, einen über 80 Jahre alten Gärtner, durch den Tod verloren. Das Ehepaar war lange Jahre hindurch bei Marsch in der Alten Jakobstraße beschäftigt gewesen, der Mann als Gärtner und die Frau als Arbeiterin. Vor etwa zehn Jahren setzten sich die Leute zur Ruhe. Von ihrem früheren Arbeitgeber erhielten sie monatlich 40 M. Rente und von der Stadt bis zum Tode des Mannes jeden Monat 24 M. Unterstützung. Als der Mann starb, sollte Frau Hennicke die aus zwei Stuben und einer Küche bestehende Wohnung Prinzenstr. 98 räumen. Obwohl ein Neffe, der in Sachsen Lehrer ist, sie zu sich nehmen wollte, so war die alte Frau doch nicht zu bewegen, die Wohnung, die sie damals schon 15 Jahre inne gehabt hatte, zu verlassen. Sie blieb wohnen, verlor aber infolge dessen die städtische Unterstützung von 24 M. Mit den 40 M. Rente schlug sie sich durch, so gut es ging. Schließlich blieb sie aber doch Miethe schuldig. Der Hauswirth stundete zwar von Monat zu Monat, erinnerte die Greisin aber in der vergangenen Woche daran, daß nun schon eine Jahresrate rückständig sei. Obwohl der Wirth ihr die Wohnung nicht gekündigt hatte, scheint die alte Frau sich nun nicht mehr sicher gefühlt zu haben. Der Gedanke, die Wohnung wegen der Miethsschulden vielleicht doch noch räumen zu müssen, hat sie wohl veranlaßt, Hand an sich zu legen. Seit Dienstag ließ sie sich nicht mehr sehen. Am Donnerstag Nachmittag ließ auf Veranlassung des Hauswirthes die Polizei die Wohnung öffnen und nun fand man die Insassin als Leiche an einem Kleiderhaken hängend.

Frau Direktor Busch ist gestern Nachmittag unter großer Betheiligung nach dem Friedhof in der Liesenstraße zu Grabe geleitet worden.

Arbeiterrisiko. Auf dem Dombauplatze fiel gestern Nachmittag der Arbeiter Paul Sellentin von einer Leiter und zog sich erhebliche Verletzungen des Schienbeines zu.

Verhängnißvoll ist dem 50 Jahre alten Gasarbeiter Julius Fiebig aus der Wasserthorstr. 62 der Liebesdienst geworden, den er am Sonntag Nachmittag den verunglückten Kameraden von der Schöneberger Gasanstalt erwies. Auf dem Heimwege von der Beerdigung wollte Fiebig, der seit dem Jahre 1864 in der Gasanstalt an der Gitschinerstraße arbeitete und schlecht gehen konnte, weil er vor Jahren zweimal verunglückt war, die sieben Stufen vom Hof nach dem Hausflur hinaufsteigen. Dabei kam er zu Fall und stürzte mit dem Hinterkopf nach unten auf den asphaltirten Hof hinab. Im Krankenhaus am Urban ist er seinen Verletzungen erlegen.

In größerem Umfange ausgeführten Kohlendiebstählen ist die Polizei auf die Spur gekommen. Schon vor längerer Zeit wurde ein Schiffer dabei abgefaßt, als er von den ihm anvertrauten Kohlenvorräthen größere Posten unterwegs landete und verkaufte. Wiewohl die Untersuchung seiner Zeit insofern resultatlos verlief, als Komplicen des Schiffers nicht ermittelt werden konnten, hatte die Behörde dennoch angenommen, daß solche vorhanden seien. Diese Vermuthung hat denn auch ihre Bestätigung gefunden. Durch die Festnahme eines Hehlers sind eine größere Anzahl Kohlenschiffer resp. Zillenarbeiter, welche Steinkohlen u. s. w. zu transportiren haben, ermittelt, die in der Umgebung von Berlin einen schwunghaften Handel mit Kohlen betrieben. Es sollen im ganzen 14 Personen festgenommen sein.

Ein Mann in Frauenkleidern ist in der Nacht zum Donnerstag in der Nähe des Lehrter Bahnhofes abgefaßt worden. Das Fräulein entpuppte sich auf der Wache in der Flemmingstraße als Artist. Der Mann will Friedrich Iken heißen und in der Langestraße wohnen. Vorläufig hat man ihn in Gewahrsam behalten. Welchen Zweck er mit der Verkleidung verfolgte, ist nicht bekannt.

Frau Dr. jur. Emilie Kempin, früher Privatdozentin an der Universität Zürich, ist in geistige Umnachtung verfallen. An der Möglichkeit einer Heilung der bedauernswerthen Dame wird gezweifelt. In Berlin hatte sie ein englisch-amerikanisches Rechtsbureau ins Leben gerufen. Auch literarisch hat sie sich vielfach bethätigt.

Der Schwimmverein Nord veranstaltet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Admiralsgartenbad, Friedrichstraße 102, ein Wettschwimmen, auf das wir unsere Leser hinweisen. Der Eintrittspreis beträgt einschließlich Programm 50 Pf. Der Schwimmverein Nord hat namentlich in Arbeiterkreisen einen geachteten Ruf.

Feuerbericht. Donnerstag Abend 6 Uhr war Johanniterstraße 11 ein Brand abzulöschen, der die Balkenlage und Decke stark beschädigte. Eine Stunde später erfolgte Brunnenstr. 44 ein Dachstuhlbrand, der die Wehr längere Zeit beschäftigte. Ein großer Theil der Dachkonstruktion wurde zerstört. Zur selben Zeit war Stralsunderstr. 37 ein Zimmerbrand zu beseitigen. Freitag früh kurz nach 12 Uhr verbrannte Willibald Alexisstraße 3 ein größerer Posten Fleischwaaren in der Räucherkammer. Um 7 Uhr hatte Antonstraße Nr. 1 der Fußboden unter der Kochmaschine Feuer gefangen, das aber noch rechtzeitig gedämpft werden konnte. Kurz nach 8 Uhr ging Reichenbergerstraße 57 ein Haufe Hobelspähne in einem Kesselhause in Flammen auf, doch brauchte die herbeigerufene Wehr nicht in Thätigkeit zu treten. Nachmittags 1½ Uhr stand Kreuzbergstraße 48 ein mit Stroh beladener Wellblechwagen in Flammen, die mit einem Rohre gelöscht wurden. Um 5 Uhr wurde die Wehr von drei verschiedenen Meldern nach Schöneberg gerufen; Hauptstraße 151 war ein größerer Ladenbrand ausgebrochen, der aber durch die Schöneberger Löschmannschaften allein bewältigt wurde.

Der gestern vom Verein Berliner Presse veranstaltete Vortragsabend war durch eine ärztliche Plauderei des Professors Schweninger ausgefüllt. Unter den deutschen Aerzten ist Schweninger jedenfalls einer der bekanntesten; wer wüßte nicht von der mit seinem Namen gedeckten Kur, wer hätte ferner nichts von dem energischen Auftreten vernommen, mit der er einem Bismarck zu imponiren wußte, und von der nicht minder gewaltsamen Manier, mit der Bismarck seinem Arzte die Berliner Professur verschaffte? Der Professor spricht anheimelnd und frisch von der Leber weg in jenem breiten bayerischen Dialekt, der gemüthlich und energisch zugleich klingt. Er liebt seine Kunst und bedauert darum mit herzlicher Theilnahme die arme Menschheit, auf die man von der Universität aus die neugebackenen Herren Doktoren losläßt. Es dauert nicht sehr lange, bis der hoffnungsfrohe Mediziner im praktischen Leben am Ende seines Lateins angelangt ist und dann an seiner Wissenschaft zu zweifeln beginnt. Beim wirklichen Arzt fängt die Kunst erst an, wenn der Krankheitsfall derart liegt, daß er sich nach dem gewöhnlichen Schema nicht behandeln läßt. Herr Schweninger beklagte ferner, daß manche Aerzte es gar so eilig damit hätten, dem Kranken das Ergebniß ihrer meist zweifelswürdigen Diagnose mitzutheilen, und meinte, daß dem Hilfesuchenden weit weniger daran liegen müsse, zu erfahren, was ihm fehle, als daran, wie er geheilt werden könne. Nachdem der Redner noch herzhaft gegen das Kurpfuscherthum und gegen diejenigen zu Felde gezogen war, die ihr Publikum mit Bazillen graulich machten, forderte er seine Zuhörer auf, irgendwelche Fragen an ihn zu richten. Da kam denn nun Sinn und Unsinn in buntem Wechsel zu Tage. Eine Dame wollte wissen, wie die Elektrizität auf den Menschen wirke. „Sehr verschieden". Die Frage nach der Zuträglichkeit des Radfahrens beantwortete Herr Schweninger dahin, daß es gesund und ungesund wirken könne, je nachdem der Radler mit Verstand oder Unverstand seinen Sport übe. „Es giebt nichts Absolutes, halten Sie sich in allen Fällen ans Relative!" Dann wurde das Thema vom Alkohol angeschnitten, dem der Professor ebenfalls nach der Regel, daß die Tugend in der Mitte liegt, Gerechtigkeit widerfahren ließ. Ein anderer wollte wissen, ob es eine Schweningerkur gebe, und ob sie auch von anderen Aerzten außer dem Professor ausgeübt werde. „Leider," antwortete der Inquirirte; — ich selber weiß aber nichts von einer „Schweningerkur" in diesem vulgären Sinne. Sehr sympathisch sprach der Redner sich über den Pfarrer Kneipp aus, den jeder Kulturfreund schon deshalb hochschätzen müsse, weil er seine Bauern gelehrt habe, sich regelmäßig die Füße zu waschen. Desgleichen trat Herr Schweninger warm dafür ein, daß die Frauen zum ärztlichen Berufe zugelassen werden. So wurden noch auf manche Fragen meist kluge und schlagende Antworten gegeben; Erörterungen über Quecksilberkuren, Vererbungstheorie, Vivisektion, schwedische Heilgymnastik und der Himmel weiß, was sonst noch für Schmerzen gaben Zeugniß von der fast unheimlichen Wißbegierde des Publikums und von der wahrhaft bewundernswürdigen Geduld des Mannes, der diese originelle ärztliche Sprechstunde improvisirt hatte.

Im Kunstgewerbe-Museum sind Zeichnungen und Studien ausgestellt, welche der 1897 verstorbene Maler Albrecht Bräuer hinterlassen hat. Bräuer, geboren 1832, war als Maler für religiöse und historische Bilder geschätzt, widmete sich aber seit vielen Jahren dem Unterricht und hat als Lehrer der Kunstschule ein überaus reiches Material von Studien geschaffen. Theile desselben erregten schon bei einer Ausstellung im Museum vor sechs Jahren die Bewunderung der Fachleute, jetzt zeigt der Nachlaß nach Hunderten zählende Reihen von Studien, hauptsächlich des menschlichen Körpers und Thierfiguren, welche von vollendeter Meisterschaft der Darstellung sind. Die Pflanzenstudien sind zum theil schon veröffentlicht. Zu gleicher Zeit sind im Museum Mosaiken ausgestellt, welche das Kunstinstitut von

Puhl u. Wagner nach Zeichnungen von Max Seliger hergestellt hat. Dieselben sind für ein Kaufhaus in Halle bestimmt, enthalten die Bilder des Thierkreises und ornamentale Felder.

Marann's großer Verkehrsplan, der durch das Berliner Adreßbuch dem er als Beilage beigefügt ist, allgemein bekannt wurde, ist jetzt im Verlage der Liebel'schen Buchhandlung, Anhaltstr. 14 I, apart erschienen. Der Preis beträgt 2 Mark. Ein besonderer Vorzug besteht darin, daß er jede Pferdebahnlinie ꝛc. in der ihr zukommenden Signalfarbe verzeichnet enthält.

Eine Acetylen-Fachausstellung wird auf dem Gebäude der Ausstellung am Kurfürstendamm vom 6. bis 20. März abgehalten werden. Die Ausstellung ist verbunden mit einem vom Deutschen Verein für Acetylen und Carbid veranstalteten wissenschaftlichen Kongreß.

Theater. An dem „Robert Franz-Abend", den das Schiller-Theater am Sonntag, den 23. d. M., im Bürgersaale des Rathhauses veranstaltet, wirken die Damen Jeanne Golz, Hedwig Joel und Herr Hjalmar Arlberg mit. Den einleitenden Vortrag hält August Wellmer. — Im Schiller-Theater wird Herr Franz X. Sturz, welcher in der heutigen Aufführung von „Die wilde Jagd" den Dr. Weiprecht a. G. spielt, in der Sonntag Nachmittag stattfindenden Aufführung von „Die Räuber" als zweite Gastrolle den Carl Moor spielen. — Im Zentral-Theater geht heute die neue burleske Ausstattungsposse: „Die Tugendfalle" in der Inszenirung des Herrn Direktor Rich. Schultz zum ersten Male in Szene. Die komische Hauptrolle spielt wieder Emil Thomas. Ferner sind in Hauptrollen die Damen Minnie Caß de Crano, Thea Göhrs, Ella Gabri und Paula Worm, ferner die Herren Vollmann, Broda, Grünfeld, Guthery, Helmerding, Hummel, Kaiser, Köbel, Meyer und Pilschkowsky beschäftigt. In den Tänzen werden wieder Martha Hildebrandt und Eugen Cylebus an erster Stelle stehen. — Apollo-Theater. Yvette Guilbert's Repertoir erscheint soeben im Theaterverlag Eduard Bloch in einer deutschen Uebersetzung von Bolten Bäckers. Es liegen bereits vor: „Es giebt verwunderliche Sachen" (Idylle normande), „Das Herz der Mutter" (La Glu), „Ja so was macht Spaß" (La fille à ma tante), „Ihre Familie" (Sa famille). Jedes Heft erscheint in künstlerischer Ausstattung mit einem Titelbild von Paul Brockmüller. — Im Luisen-Theater findet morgen die letzte Sonntags-Aufführung des Volksstückes „Auf goldenem Boden" und nachmittags 3 Uhr zu kleinen Preisen „Othello" mit Herrn Kiebaisch in der Titelrolle statt. Montag wird dort zum ersten Male „Trilby" mit Anna Müller-Linde gegeben. Den Svengali spielt Julius Türk, der das Schauspiel auch in Szene gesetzt hat.

Aus den Nachbarorten.

Der Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend unternimmt am Sonntag, den 23. Januar, einen Ausflug nach Marienfelde, Restaurant Teutschbein. Die Genossen werden gebeten, sich vorher, um 2½ Uhr nachmittags bei Schramm in Mariendorf einzufinden. — Die Generalversammlung findet am Dienstag, den 25. d. M., abends präzise 8½ Uhr, bei Gerth in Tempelhof, Dorfstr. 18, statt. Der Vorstand.

Rieder-Schöneweide. Die Listen zur diesjährigen Gemeindewahl liegen bis zum 30. Januar zur Einsichtnahme im hiesigen Gemeindebureau aus. Da wir uns diesmal an der Wahl betheiligen wollen, ist es nöthig, daß jeder Wahlberechtigte sich überzeugt, ob sein Name in der Liste angeführt ist. Es hat jeder Wähler das Recht, die Liste einzusehen. Wem es an Zeit mangelt, wende sich an Genossen Karl Weber, Barbiergeschäft, Berlinerstr. 22. Derselbe ist gern bereit, die Listen einzusehen.

Aus Rixdorf. Um Konzessionirung einer Apotheke in der Gegend des Richardplatzes und der Schönweiderstraße hat die hiesige Gemeindebehörde nachgesucht. — Der im Besitz der Gemeinde befindliche Herrfurthplatz soll mit einer Kirche bebaut werden. Leider hat der Kreisausschuß dies genehmigt, obwohl Rixdorf recht arm an öffentlichen Plätzen ist. — Zu der gestern mitgetheilten Verhaftung des Arbeiters K. wegen Blutschande erfahren wir, daß K. augenscheinlich das Opfer einer falschen Denunziation seines eigenen hoffnungsvollen Töchterchens geworden ist. K. ist daher wieder freigelassen worden. — Eine Diebesbande treibt gegenwärtig in geradezu unheimlicher Weise ihr Wesen in unserem Orte. Außer den gestern mitgetheilten Einbruchsdiebstählen wurden solche beim Genossen Retzerau in der Hermannstraße, bei dem Schlächtermeister Matzker, Hermannstr. 232 und bei dem Grünkramhändler Baßner, Selchowerstr. 34 verübt. Bei Retzerau wurden Zigarren, Tabak, Schmucksachen und Geld, bei Matzker Fleisch- und Wurstwaaren im Werthe von über 500 M. und bei Baßner am hellen lichten Tage aus der Wohnung 120 M. baares Geld entwendet. Außerdem werden täglich zahllose kleinere Diebstähle gemeldet, die augenscheinlich von ein und derselben Diebesbande ausgeführt werden. Der Polizei ist es bisher nicht gelungen auch nur einen der Spitzbuben zu fassen. — Eine aufregende Szene spielte sich am Donnerstag Abend auf dem Rixdorfer Bahnhof ab. Eine Frau hatte sich so dicht neben die Schienen hingestellt, daß sie von der Lokomotive des einlaufenden Personenzuges gefaßt und auf den Perron geschleudert wurde. Wunderbarerweise war die Leichtsinnige mit dem bloßen Schreck davongekommen.

Gemeindevorsteher Herr Schulz in Johannisthal theilt zu unserer Notiz vom 19. Januar, den „Fall Baumann" betreffend, berichtigend mit, daß seine Handlungsweise in der fraglichen Angelegenheit unrichtig geschildert sei. Danach habe Frau Baumann, wie sie selbst geäußert hat, nach dem Ableben ihres Mannes gleich nach Berlin ziehen wollen. Infolge dessen sei ihr das Angebot am 12. Januar gemacht worden dahingehend, wenn sie bald zöge, ihr die Miethe für Monat März zu schenken. Ferner sei Frau Baumann darauf aufmerksam gemacht worden, daß sie für ihre Sachen in Berlin eine Wohnung nöthig hätte, die ihr theurer kommen würde als in Johannisthal. Mit Rücksicht darauf wurde ihr auch eine Ermäßigung angeboten, worauf aber ihre Schwiegermutter erklärte, daß sie die 60 M. auch noch bezahlen könnten und bis 1. April bleiben würden. Herr Schulz erklärt weiter, daß er einige Sachen mit Beschlag belegt habe, da er größeren Schaden zu erleiden vielleicht nicht ohne Grund annahm. Im übrigen habe er in der ganzen Sache entgegenkommend gehandelt.

Kunst und Wissenschaft.

— **Gerhard Hauptmann** hat, wie ein hiesiges Blatt mittheilt, ein neues Drama fast vollendet. Es handelt sich um eine Tragödie in schlesischer Mundart. Im Mittelpunkte der psychologischen Entwicklung steht ein Mädchen, durch das der Titelheld, ein Fuhrmann, zu grunde gerichtet wird. Eine Aufführung des Stückes in dieser Spielzeit wird wahrscheinlich nicht mehr stattfinden. —

—er—. **Theater Unter den Linden.** „Die Göttin der Vernunft" nennt sich das jüngste Werk Johann Strauß', dem diesmal die Herren Willner und Buchbinder ein von Zoten und beleidigenden Albernheiten freies Textbuch zur Verfügung gestellt haben. Hier der Inhalt in wenigen Worten. Die wohlgebaute Volkssängerin Ernestine Candeille ist zur Zeit Robespierre's zur „Göttin der Vernunft" erhoben worden. Der Vorschlag, ihr einen Gatten zu geben, wird von dem denk- und republikfeindlichen Gutsbesitzer Bonhomme mit solch' unvorsichtig lautem Bravo aufgenommen, daß er selbst zum Gemahl der neuen Olympierin erwählt wird. Auf der Flucht vor diesem Glücke gelangt er in das französische Armeelager bei Chalons, wo sich auch die vom Konvent verfolgte junge Gräfin von Nevers befindet, die nun behufs ihrer Rettung von Bonhomme als die Pariser „Göttin der Vernunft" ausgegeben wird. Beim Eintreffen der zu diesem Range wirklich Erwählten macht sich die Gräfin zum Verdrusse des lebemännischen Obersten Furieux zur Marketenderin, um so gleichzeitig an der Seite des Kapitäns Robert, eines verkappten adeligen Königstreuen, bleiben zu können. Durch eine Ungeschicklichkeit des Karrikaturenzeichners Jaquelin, des Geliebten der Ernestine, wird das Inkognito Roberts und der Gräfin gelüftet, und sie entgehen der Rache des Obersten nur mit Hilfe Ernestinens, welche Bonhomme mit allen Vollmachten eines Konventsdelegirten ausstattet, und der nun das Paar arretirt und auf sein Schloß bringen läßt. Daß sich allen Paare schließlich glücklich finden, dafür bürgte im vorliegenden Falle weniger der Erfindungswitz der Librettisten als die Nothwendigkeit eines „guten Ausgangs". Aber die Handlung ist vernünftig und interessant aufgebaut und eilt ihrem Höhepunkte, dem Erscheinen der Vernunftgöttin im Original-Nichtkostüm, ohne störendes Episodengefüllsel zu. Der Humor der Herren Willner und Buchbinder besitzt allerdings wenig Veredtsamkeit; es giebt wenig Dialog- und Situationskomik. Das Erfreuendste des Abends waren die reichen, lebendig rhythmisirten und poetisch gehaltvollen Weisen der Strauß'schen Musik. Es ist nicht immer Erfindung erster Hand, was Strauß heute noch darbietet, aber alles tönt im Gewande einer klangfarbigen Instrumentation, einer charakteristischen und zündenden Rhythmik weit effektvoller als gesuchte Halboriginalität. Es ist nicht mehr die unwiderstehliche populäre Wirkung der „Fledermaus", welche die Partitur auszeichnet, als vielmehr eine geläuterte Kunstempfindung, welche die heitere Melodik vor Trivialität, die lyrischen Stellen vor gezierter Empfindsamkeit bewahrt.

Der Erfolg war ehrlich und warm. Viele, vielleicht zu viele Nummern wurden zur Wiederholung verlangt und gerne geboten. Frl. Zimmermann (Gräfin) erzielte wieder mit ihrem wohlthuenden Vortrage und dezent charakterisirenden Spiele sehr hübsche Wirkungen, während Frl. Colin (Ernestine) wohl ihre dominirenden Stimmmittel, aber für die Bedeutung der Figur viel zu wenig Schelmerei und witzigen Reiz zu entwickeln vermochte. Herr Steiner (Robert) sang sein Auftritts-Marschkouplet mit feurigem Ausdruck und bewährte sich in dem „Nachtigallenduett" mit Frl. Zimmermann als tüchtiger Künstler. — Frl. Hochfeld, die Herren Siegmund (Oberst) und Becker (Bonhomme) gaben sehr anerkennenswerthe Leistungen und nahmen an den Beifallsbezeugungen theil, welche in gleich reichem Maße der lebendigen Inszenirung, dem fleißigen Chore und Orchester gezollt wurden. —

k. **Ueber den Einfluß der Bodenbeschaffenheit auf die Beschaffenheit der Zähne** hat Dr. C. Röse seit einer Reihe von Jahren umfangreiche Beobachtungen angestellt, die ihn zu folgendem Resultate führten: Je härter das Trinkwasser, je kalk- und magnesiumreicher der Boden ist, um so besser ist der Zahnbau; je weicher das Trinkwasser, je kalk- und magnesiumärmer der Boden ist, um so schlechter ist der Zahnbau. Die Untersuchungen des Dr. Röse, über die er in der soeben erschienenen Nummer der „Münch. Med. Woch." berichtet, erstrecken sich auf etwa 20 000 Rekruten. Eine Bestätigung seiner Untersuchungsresultate erhält Dr. Röse durch die Untersuchungen des schwedischen Zahnarztes Dr. Förberg. In Schweden sind die zahnärztlichen Untersuchungen im ganzen Lande angestellt worden, gleichzeitig mit den allgemeinen ärztlichen Untersuchungen. Auch dort hat sich ergeben, daß der Härtegrad des Wassers bestimmend ist für den Prozentsatz an kariösen Zähnen. So hatten beispielsweise in der schwedischen Stadt Boras, dessen Trinkwasser einen Härtegrad von 0,5 besitzt, 97,7 pCt. der gesammten Kinder kariöse Zähne und 25 pCt. der gesammten Bevölkerung. In Malmö, dessen Trinkwasser überaus reich an Kalk und Magnesia ist, so daß dasselbe einen Härtegrad von 12,0 aufweist, betrug der Prozentsatz an Kindern mit kariösen Zähnen nur 90,3, während der Prozentsatz der Personen an erkrankten Zähnen sich nur auf 15,4 belief. —

Versammlungen.

Der Verein deutscher Schuhmacher, Filiale Berlin II, hielt am 10. d. M. eine Mitglieder-Versammlung ab, in welcher der Kassirer die Abrechnung vom IV. Quartal gab. Danach betrugen die Einnahmen 314,58 M., die Ausgaben 308,05 M., bleibt Bestand 6,48 M. Die Mitgliederzahl betrug am Schlusse des Jahres 407. In den Vorstand wurden als Vorsitzender Lutz, als Kassirer Schwoch, als Schriftführer Olrich, als Revisoren Lange und Köppen gewählt.

Die Hauptversammlung des Verbandes der Bäcker, Mitgliedschaft Berlin, fand am 12. d. M. statt. Nach Erledigung der Jahres- und Quartalsabrechnung, schritt man zur Vorstandswahl. Hieraus gingen hervor: Hetschold, erster, Brieskorn, zweiter Vorsitzender; Höpfner, erster, Böhme, zweiter Kassirer; Jenckel, erster, Weigelt, zweiter Schriftführer; Girschewsky, Merklé, Leichnering, Revisoren; Nitschke, Rothenstein, Böldte, Beisitzer; Lehmann, Bibliothekar.

Freireligiöse Gemeinde. Sonntag, den 23. Januar, vorm. 9 Uhr, im großen Festsaal der Berliner Reffource, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Freireligiöse Vorlesung. — Um 11 Uhr vormittags ebendaselbst: Vortrag des Herrn E. Vogtherr: „Fichte's Rede über Volk und Vaterland." Gäste willkommen.

Tischler-Verein. Heute Abend 8½ Uhr, Melchiorstraße 15: Versammlung. Vortrag. Damen haben Zutritt.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter (E. H. 29, Hamburg.) Filiale Berlin 5. Heute Abend 9 Uhr bei Koplin, Lothringerstraße 68: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Berlin 7. Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, bei Bergemann, Pasewalkerstr. 3: Versammlung. Wichtige Tagesordnung. — Filiale Charlottenburg. Heute Abend 8½ Uhr im Restaurant Leder, Bismarckstr. 74: Mitglieder-Versammlung. — Filiale Rixdorf. Heute Abend 8½ Uhr, Ziethenstr. 69 bei Preßler: Versammlung. 1. Kassenbericht. Berichterstattung der Fünfer-Kommission.

Moabiter Naturheilverein. Sonntag, den 23. Januar, abends 7 Uhr, im Vereinslokal Alt-Moabit, Ecke Lüneburgerstraße, Stadtbahnbogen Nr. 329–333: Versammlung.

Vermischtes vom Tage.

— Eigenartige Krankheitserscheinungen treten seit vorigem Donnerstag in der dritten Klasse einer Mädchenschule in Braunschweig auf; bis jetzt sind 14 Schülerinnen erkrankt. Die Erscheinungen sind folgende: Das Kind hat zunächst Kopfschmerzen, dann Zittern am ganzen Körper, der Kopf sinkt auf die Bank, die Glieder werden steif, und das erkrankte Kind ist nicht mehr im Stande, allein zu gehen — bei einigen Schülerinnen kamen sogar scheinbar epileptische Krämpfe zum Ausbruch, so daß die Erkrankten nach Hause gefahren werden mußten. Die Ursache der nervösen Störungen, um solche dürfte es sich handeln, ist noch nicht festgestellt. —

— Im Harze ist ein Theil des Artillerie-Depots durch Feuer zerstört worden. —

— In einem Gasthaus in Dürrmenz-Mühlacker bei Pforzheim hat ein 20jähriger Bürstenmacher eine 17jährige Näherin und dann sich selbst erschossen. Der Mann galt als geistesgestört. —

— In München erschoß ein Lehramtsaccessist die Frau eines Gießener Buchhändlers und dann sich selbst. Vorher hatte er der Frau und sich selbst die Pulsadern mit einem Rasirmesser aufgeschnitten. —

— Der Tenorist Nicolini, der zweite Mann der Adeline Patti, ist gestorben. —

— Mark Twain, der weltbekannte Humorist, der den Winter in Wien zubringt, hat unlängst auf eine telegraphische Anfrage aus Amerika, ob das Gerücht von seinem Tode wahr sei, zurücktelegraphirt: „Nachrichten über meinen Tod stark übertrieben". —

— In Lucca (Italien) ging unlängst ein Prozeß zu Ende. Die meisten der Angeklagten wurden freigesprochen. Bei der Verkündigung des Urtheils erhob sich das Publikum, rief: „Es leben die Richter von Lucca!" und eine Musikbande spielte im Gerichtssaal einen Triumphmarsch. —

— In Odessa (Rußland) treten Typhus und Grippe epidemisch auf. Todesfälle werden hundertfach gemeldet. —

c. e. In London sind vor einigen Tagen die ersten Zeitungskioske eingerichtet worden. —

— Als Einbrecher wurde der Postmeister des Ortes Newborn im Staate Virginia (Nordamerika) auf frischer That erschossen. —

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 5. März am Montag, Freitag und Sonnabend abends von 7½ bis 8½ Uhr statt.

A. W. 71. Wenden Sie sich an das Vorstandsmitglied E. Hensel, Berlin, Grünauerstr. 23.

O. B. Aerzte empfehlen wir im Briefkasten nicht.

Briefkasten der Expedition.

Warnst. Inserat kostet 3,20 M.

Wetter-Prognose für Sonnabend, 22. Januar 1898.

Ziemlich warm, vorwiegend trübe mit leichten Regenfällen und mäßigen westlichen Winden.

Berliner Wetterbureau.

Allg. Kranken- und Sterbekasse der Metallarbeiter
E. H. 29, Hamburg, Filiale Berlin VII.
Sonntag, den 23. d. M., vormittags 10 Uhr, bei Bergemann, Pasewalkerstraße 3:
Mitgliederversammlung
Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Geschäftsbericht. 3. Bericht der Kommission. 4. Verschiedenes.
Zahlreiches Erscheinen erwünscht.
119/2 Die Ortsverwaltung.

Orts-Krankenkasse des Töpfergewerbes zu Berlin.
Sechste Abänderung zum Statut der Orts-Krankenkasse des Töpfergewerbes zu Berlin.
Nach den Beschlüssen der ordentlichen Generalversammlung vom 4. Nov. 1897.
Artikel I.
Im § 2 Absatz Nr. 3 fallen die Schlußworte „sowie der Handlungsgehilfen und Lehrlinge" fort.
Artikel II.
Vorstehende Abänderung tritt mit dem Tage der Schließung der Orts-Krankenkasse für Handlungsgehilfen und Lehrlinge in Kraft.
Berlin, den 15. November 1897.
Der Vorstand d. Ortskrankenkasse des Töpfergewerbes zu Berlin.
Kemnitz, Vorsitzender. W. Hoffmann, Schriftführer.
Vorstehende Abänderung wird hierdurch genehmigt.
Berlin, den 5. Januar 1898.
Der Bezirks-Ausschuß.
Freusburg. 201/1

Johannisthal-Niederschöneweide.
Theile hiedurch den Genossen mit, daß unser Genosse
Clemens Mager.
am Dienstag, den 18. d. M. seinen Leiden erlegen ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. M., vorm. 10½ Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofes aus statt.
Ehre seinem Andenken!
Um rege Betheiligung bittet
202/6 **Der Vertrauensmann.**

Arbeiter-Bildungsverein Johannisthal-Niederschöneweide.
Den Genossen die traurige Nachricht, daß unser treues Mitglied
Clemens Mager
am Dienstag, den 18. d. M. verstorben ist. Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. d. M., vorm. 10½ Uhr, von der Halle des Freireligiösen Friedhofes aus statt.
Ehre seinem Andenken!
Um rege Betheiligung ersucht
6/1 **Der Vorstand.**

Verband d. Glasarbeiter Deutschlands.
Todes-Anzeige.
Den Mitgliedern zur Nachricht, daß der Glasschleifer
Clemens Mager
am 18. d. M. abends 10 Uhr nach 7monatlicher Krankheit verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag den 23. Januar, vormittags 10½ Uhr, von der Halle des Friedhofs der „Freien Gemeinde", Pappel-Allee 16, aus statt.
Um zahlreiche Betheiligung bittet
2839b **Die Ortsverwaltung.**

Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler u. s. w.
Verwaltung Berlin H.
Todes-Anzeige.
Am Mittwoch, den 19. Januar, verschied nach kurzem Leiden das Mitglied unserer Kasse, der Möbelpacker
Gustav Beier
im Alter von 50 Jahren. 184/2
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachm. 4 Uhr, von der Leichenhalle des Emmaus-Kirchhofes aus statt. **Die Ortsverwaltung.**

Nach langem schwerem Leiden entschlief sanft am 18. d. M. im 37. Lebensjahre mein innigst geliebter Mann, unser guter Vater, Sohn und Bruder
Hermann Grossheim
Dies zeigt tiefbetrübt an
Therese Grossheim und Kinder.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, vom Leichenhause des Friedhofes der Freireligiösen Gemeinde aus statt.

Die Beleidigung, die ich im Lokal Memelerstr. 35 gegen Herrn Magenau ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. **Ernst Seifert**, Memelerstr. 34.

Mandarinen-Daunen (4096B*
à Pfund 2,40 Mark
E. Becker, Bettenfabrik
45 Landsbergerstrasse 45.

Fracks u. Gesellschaftsanz., für jede Figur passend, werden verliehen.
J. Baruch, Kommandantenstr. 72 I,
2441* Ecke Beuthstraße.

Zum **Fastnachts-Ball,**
22. Februar, ist der große Saal frei.
Englischer Garten,
Alexander-Strasse 27c.

Maskengarderobe von Otto Runge
Gr. Frankfurterstr. 75, Amt VII, 4075
empfiehlt den Vereinen seine große Auswahl in Kostümen in jed. Preislage. Gr. Lager von Karneval-Aufzügen.

Möbel auf Theilzahlung J. Ostrowski jr. Große Frankfurter Str. Nr. 1, I.

Für nur 3 Mk.
versende ich per Nachnahme eine elegante Akkord-Zither mit 20 Saiten, 3 Manualen, Ring, Schlüssel, Schule und Karton. In einer Stunde kann Jeder neuen ohne Lehrer u. ohne Notenkenntniß nach der vorzüglichen, umsonst beigelegten Schule die herrlichsten Musikstücke spielen. Porto u. Kiste 1 Mk.; 2 Stck. Akkord-Zithern für nur 7 Mk. franko. Eine große 6-mannsige Concert-Akkord Zither wundervoll im Ton mit Stimmvorrichtung nur 8,— Mk., früher 14,— Mk. Man bestelle b. Heinr. Fuhr, Neuenrade i. W.

Masken
elegant und billig, verleiht
Ferdinand Henke,
Dennewitzstr. 1.

!Herren-Hüte!
Weiche von 1,50 an, Kinderhüte und Mützen in großer Auswahl. 2175b
Fritz Welth, Rixdorf,
Hobrechtstr. 78, pt., am Hermannplatz

Möbel
in jedem Stil und jeder Holzart äußerst billig, auch auf Theilzahlung. Gr. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel 4053B*
Oranienstr. 73.

Böttcher. Gebrauchtes Handwerkszeug, fast neu, sehr billig zu verkaufen. Meir, Müllerstr. 127.

Brot- und Kuchenbäckerei.
Wo kauft man billige und gute Backwaare? In der bekannten Bäckerei von Wilhelm Döbler, Britzerstr. 41.

Hasen 2,80 M., gespickt 3,25 M.
Hirschfleisch 30, 40, Blatt 50 Pf. Keule 70, 80 Pf.
Kaninchen 80 Pf. Gänse 55 Pf.
Hühner, Enten, Tauben.
Wild- und Geflügel-Handlung
A. Ritschl, Dresdenerstr. 61.

Möbel-Ausverkauf für jeden annehmbar. Preis. Gr. Hamburgerstr. 37, I.

Carl Becker
Cigarren, Cigarretten u. Tabake
Lindowerstr. 25 an der Müllerstr.

Möblirte Schlafstelle, sep. Eingang. Teibel, Grüner Weg 89. 2840b

Möbl. Schlafstelle an 1 od. 2 Herren Skalitzerstr. 144 II. r. 2843b

Möblirte Schlafstelle zu vermiethen Mariannenstr. 46 bei Menzel. [2859b

Mühlenstr. 8, nahe Oberbaum Warschauerstr. und Schlesischem Bahnhof, sind von sofort und 1. April 1898 freundliche Vorder- und Hofwohnungen von 2 u. 1 Stube nebst Korridor, Küche, Kloset u. Keller oder Boden billig zu vermiethen.
Näheres beim Verwalter. [4066B*

Arbeitsmarkt.

Guten Nebenverdienst
finden Angestellte größerer Fabriken und Werkstätten. Offerten unter O. 1 Exped. des „Vorw.", Beuthstr. [2845b

Vergoldergehilfen
auf feine Polituriefisten verl. Müller, Grüner Weg 56. 2861b

Zehn tüchtige Hartgummi-Drechsler sucht 10/18*
H. M. Anton, Elisabeth-Ufer 19.

2 tüchtige Sattler
auf Luxusgeschirre eingearbeitet, erhalten dauernde Stellung.
Friedr. Leidiger,
41742* **Duisburg.**

Versilberer u. Politурarbeiter auf Leisten verlangt **Schultz,** Rixdorf, Berlinerstr. 89. 2837b

Rührige Acquisiteure
stets willkommen! Feuerversich. giebt höchste Provision u. extra Vortheile. 11/5*
Offerten sub „Vorwärts" postlgd. Postamt 8, Taubenstraße.

Farbigmacher und **Versilberer** verlangt **Ruthenberg.** 2838

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Volkswirthschaftliche Rundschau.

Wirthschaftliche und gesellschaftliche Verhältnisse in China.

Die innere Schwäche des chinesischen Reiches. Ursachen dieser Schwäche. Die Stämme, Geschlechts- und Familienverbände. Bodenbearbeitung. Kein Privateigenthum im alten China. Regierungsländereien. Stammesfürsten. Innere Kriege. Aufkommen des Privatbesitzes. Stabilität der Wirthschaftsformen. Handelsverkehr mit Europa. Auswanderung. Volkscharakter. Gegensätze der Provinzen. Korruption in der Beamtenschaft. Ausblick.

Die letzten Vorgänge in Ostasien haben wieder den Blick auf die innere politische Schwäche des chinesischen Reiches gelenkt, die, wenn nicht die gegenseitige Rivalität der handelsinteressirten europäischen Großstaaten energischem Eingreifen hinderte, das Land zu einer leichten Beute europäischer Annektionssucht werden ließe. Schon als 1860 das kleine englisch-französische Heer, ohne ernstlichen Widerstand zu finden, siegreich in Peking einzuziehen vermochte, und dann später Rußland große chinesische Gebietstheile fast mühelos seinem asiatischen Besitz angliederte, tauchte die Frage nach den Ursachen dieser jetzigen Schwäche des chinesischen Reiches auf, das doch den Wechselfällen von Jahrtausenden getrotzt hatte und dessen Bevölkerung noch heute, wo sie in Hinterindien und im malaiischen Archipel mit Europäern zusammenstößt, sich als eine Rasse von außerordentlicher Zähigkeit erweist. Wie konnte sich dieser Koloß nur gegenüber den Ansprüchen Englands, Rußlands und Frankreichs so schwächlich nachgiebig verhalten; wie konnte er sich vor allem so tief von dem über zehnmal kleineren Japan demüthigen lassen?

Gewöhnlich wird darauf geantwortet, die Ursachen lägen im Volkscharakter der Chinesen, ihrer Unterwürfigkeit, Feigheit, ihrem Mangel an Nationalgefühl, Hängen am Altgewohnten u. s. w. Darin liegt manches Wahre; nur giebt diese billige Erklärung nicht die eigentliche Grundursache. Denn der Charakter der heutigen Chinesen ist ebenso wenig, wie der Charakter der europäischen Kulturvölker etwas von vornherein Gegebenes; er ist das Produkt ihrer geschichtlichen Entwickelung. Jede genauere Untersuchung des heutigen chinesischen Volkscharakters führt deshalb nothwendig zu einer Betrachtung des früheren Gesellschaftslebens, der sozialen Entwicklung China's.

China war in ältester Zeit, gleich so manchen anderen alten Kulturreichen, in Stämme, Geschlechts- und Familienverbände geheilt. Jeder der größeren Stämme, die sich ursprünglich zumeist in den Flußniederungen niedergelassen hatten, zerfiel in eine Anzahl Geschlechtsgenossenschaften, „Sin" (Sing) genannt, die sich ihrerseits in mehrere Hundertschaften (Pao, Li), und diese wieder in Hausgemeinschaften (Schi, Schia) spalteten. Nach dieser ältesten Eintheilung in Geschlechter, die meist, wie die nordamerikanischen Totemverbände, Thier- oder Pflanzennamen führten, wurde die Gesammtheit des Volkes allgemein „Pi-Sin", d. h. „hundert Geschlechter", genannt. Der ideographische Charakter des Wortes „Sin" setzt sich aus dem Zeichen für „Frau" und für „geboren werden" zusammen. Der Ursprung des Wortes führt demnach in eine Zeit des Mutterrechts zurück, doch finden wir bereits in den ältesten Berichten das Geschlecht wie auch den engeren Familienverband, die „Schi", patriarchalisch organisirt. Die alte gentile Gliederung China's war also durchaus der Eintheilung der tatarischen, peruanischen und germanischen Volksstämme in Zehn-, Hundert- und Tausendschaften verwandt. Wahrscheinlich waren auch, wie bei diesen, die Geschlechtsverbände (Sin) anfangs mit den Hundertschaften identisch. Als dann aber infolge natürlicher Vermehrung die Mitgliedschaften der Sin-Geschlechter immer größer wurden, spaltete sich jedes Geschlecht in mehrere Hundertschaften.

In der geschichtlichen Entwicklung des Reiches tritt die Eintheilung in Geschlechtsverbände schon früh zurück. Verstreuung der Mitglieder durch Neu-Ansiedelungen und Kolonisationen, zunehmende Reichthumsunterschiede, Usurpation der geschlechtsgenossenschaftlichen Verwaltungsfunktionen durch die Stammesfürsten raubten den Geschlechtsverbänden Zusammenhang und Inhalt und degradirten sie zu bloßen Namensgemeinschaften. Nur gewisse Erb- und Heirathsbestimmungen haben sich bis auf den heutigen Tag erhalten. So ist z. B. Personen, welche denselben Klan(Sin)-Namen führen, die Heirath miteinander verboten, und keiner kann einen Mann zu seinem Erben einsetzen, der nicht mit ihm denselben Geschlechtsnamen trägt. Dagegen hat sich die Schi als Hausgemeinschaft bis auf die Jetztzeit erhalten: eine Analogie zur Entwickelung mancher slavischen Völkerschaften, bei denen auch die größeren Geschlechtsverbände früh verfallen sind, während sich die Hauskommunionen in einigen Gegenden noch heutigen Tages vorfinden. In ihrer ältesten Form ähnelt die chinesische Schi ganz den Hausgenossenschaften der Mikronesier und Malaien, doch hatte das chinesische Familienoberhaupt eine viel weiterreichende patriarchale Gewalt über die jüngeren Mitglieder seines Hauses. Seine Stellung gleicht in dieser Beziehung genau der des altrömischen Paterfamilias. Wie dieser verfügte er frei über das Hausvermögen, verheirathete die Mitglieder nach seinem Gutdünken und hatte selbst gegen erwachsene Familienmitglieder ein weitgehendes Straf- und Züchtigungsrecht. Gewöhnlich umfaßte die chinesische Hausgenossenschaft die ganze männliche Nachkommenschaft eines Urgroßvaters oder eines noch älteren Vorfahren nebst den Frauen dieser Nachkommen. Die Leitung hatte das älteste männliche Mitglied. Er verwaltete das Familienvermögen, erhielt die Einnahmen und theilte davon jedem das nöthige zu. Er haftete auch für das ordnungsgemäße Verhalten der Mitglieder und vertrat sie öffentlich nach außen: bei allen Geschäftsabschlüssen, in der Gemeindeverwaltung, vor Gericht. Die Schi war also nicht nur eine Familien-, sondern zugleich eine fest in sich abgeschlossene Produktions- und Rechtsgenossenschaft.

Fast alle Erwerbsthätigkeit bestand in der Bodenbearbeitung. Das Schriftzeichen für den Mann im Gegensatz zur Frau besteht aus den Zeichen für „Kraft" und „Feld". Ein Mann ist der, welcher seine Kraft auf den Feldbau verwendet. Zwar finden wir schon frühzeitig des Handwerks und Handels erwähnt, aber sie waren keine selbständigen Berufe. Jede Familie trieb als eigentlichen Erwerbszweig die Landwirthschaft; Handwerk und Handel waren Nebenbeschäftigungen. Mit fortschreitender wirthschaftlicher Entwickelung trat allerdings insofern eine Arbeitstheilung innerhalb der Familie ein, als je nach der Begabung und dem Bedürfniß der eine Sohn des Hauses sich mehr mit der Landwirthschaft resp. der Gewinnung der Rohstoffe, der andere sich mehr mit deren Verarbeitung, d. h. mit hausindustrieller Produktion befaßte. Selbst im heutigen China gilt noch immer der Landbau für eine viel vornehmere Beschäftigung, als das Handwerk oder der Handel.

Ein Privateigenthum an Grund und Boden gab es, wie die alten Urkunden beweisen, im alten China nicht. Alles Land war Staatsland. Jede Familie hatte Anspruch auf einen gewissen Antheil. Wie groß diese Antheile waren, darüber gehen die Mittheilungen auseinander. Die ersten genaueren Mittheilungen finden sich darüber im „Schu-king" und „Li-ki" des Konfutse, sowie in den Schriften seines hervorragendsten Schülers Mentse; sie entstammen also einer Zeit, als die alte Agrarverfassung schon in vollem Verfall begriffen war und überall vor dem vordringenden privaten Grundeigenthum zurückwich. Beide Staatsphilosophen schrieben ihre Angaben zum großen Theil nach alten Rechts- und Volksüberlieferungen nieder, die, wie alle derartigen Geschichtsquellen, manche Widersprüche enthielten. So viel sich ersehen läßt, waren die Antheile nicht in allen Landesgegenden gleich groß, sondern differirten nach der Bodenqualität und dem Turnus der Brachlegungen. Ueberdies stieg, wie Mentse bekundet, mit der Zunahme des Landbaues und den wachsenden Lebensansprüchen auch die Größe der den Familiengemeinschaften zugetheilten Landstücke. Als Abgabe hatte jede Familie für die Landnutzung an die Regierung den „Zehnten" zu entrichten: eine Steuer, die aber nicht aus den eigenen Einkünften bestritten wurde, sondern in Arbeiten auf dem Staatsland bestand. Ebenso wie im alten Peru, wurden nämlich jeder kleinen Gemeinde bestimmte Regierungsländereien zugewiesen, die von den Großfamilien bearbeitet und deren Erträge der Regierung als Naturalabgaben eingeliefert werden mußten. Außerdem hatten die Gemeinden Frohnarbeiter zu stellen.

Den einzelnen Stämmen, aus denen sich das Reich zusammensetzte, das übrigens selbst unter der dritten Dynastie nur erst südwärts bis zum Jangtsekiang reichte, standen Stammesfürsten vor, die größtentheils von den Geschlechtern und Hundertschaften erwählt wurden, später aber die Erblichkeit ihrer Würde durchsetzten und sich vom Oberherrn des Reiches, der in alter Zeit auch nur ein Wahlfürst war, unabhängig machten. Sie regierten ihre Länder ganz nach ihrem Gutdünken, erließen, unbekümmert um die Reichs-Verordnungen, eigenmächtig Gesetze, schrieben Steuern aus, führten untereinander Kriege, verliehen und verkauften Lehen, — kurz, alle jene Erscheinungen, die uns die Geschichte Europa's aus der Glanzzeit eines übermächtigen Lehnsadels überliefert hat, finden wir, vermehrt und verstärkt, im damaligen China wieder. Fast die ganze Zeit vom Auftreten des Konfutse (6. Jahrh. v. Chr.) bis zur Unterjochung China's durch die Mongolen (13. Jahrh. n. Chr.) bietet die Geschichte China's das Bild immer wieder hervorbrechender Kriege der großen Stammesfürsten untereinander und mit den Kaisern, die zum Theil nur willenlose Puppen in der Hand ihrer großen Lehnsfürsten und Heerführer waren. Bald unterwarf der eine Fürst seine Nachbarn und machte sich zum Kaiser, dann wieder gelangte ein anderer obenauf, oder auch es usurpirten, von aufsässigen Lehnsfürsten und Truppenführern unterstützt, nicht zur Thronfolge berechtigte Söhne, Seitenverwandte oder vom Heer begünstigte Kriegshauptleute die oberherrliche Gewalt. Erst unter der Ming-Dynastie und der heute noch herrschenden Thai-Tsing-Dynastie kam das Reich im Innern zur Ruhe und Ordnung.

Auf die Familienorganisation blieben diese politischen Kämpfe ohne wesentlichen Einfluß, da sich in dem langen Zeitraum die wirthschaftliche Grundlage, auf der sie ruhte, nur wenig änderte. Zwar zerfiel die alte Grundeigenthums-Ordnung mehr und mehr, der Privatbesitz wurde immer ausgedehnter und die Bauern theilweise, indem sich die Lehnsfürsten des bäuerlichen Grundbesitzes bemächtigten, zu Pächtern herabgedrückt; auch wurden durch den Verkehr mit den Ländern Westasiens eine Reihe der werthvollsten Nutzpflanzen eingeführt (z. B. die gemeine Bohne, Knoblauch, Petersilie, Gurke, Wein, Granatbaum); aber die Bestellungsmethode, die Technik des Feldbaues machte nur geringe Fortschritte. Im wesentlichen baut der Chinese noch heute so sein Feld, wie es schon vor zweitausend Jahren seine Urahnen thaten, nur die Intensität der Arbeit ist gestiegen. Größer sind die Fortschritte in der Industrie, aber zu neuen Betriebsweisen haben auch sie nicht geführt: die Wirthschaftsform ist im ganzen dieselbe geblieben. Eine maschinelle Großindustrie fehlt gänzlich und selbst zu einer Manufakturindustrie, wie wir sie in den südlichen Ländern Europas schon im 13. und 14. Jahrhundert vorfinden, fehlen in den meisten Gegenden noch die Ansätze. Die Industrie ist Handwerksindustrie, und zwar zumeist Familien-Hausindustrie.

So führte denn auch der Verfall der alten Grundeigenthumsverhältnisse nicht zu einer Zersplitterung der Großfamilie, zu ihrer Auflösung in rechtlich selbständige Einzelfamilien. Das Beisammenbleiben und Zusammenwirken blieb die Regel, da eben die Arbeitsmethoden und die Bedingungen des gegenseitigen Zusammenwirkens ziemlich dieselben geblieben waren. Der Unterschied gegen früher bestand nur darin, daß die früher auf Staatsgrund wirthschaftende Großfamilie nun auf eigenem oder auf gepachtetem Grund wirthschaftete. Und selbst wo mit Einwilligung der Eltern bezw. Großeltern einzelne Söhne sich aus irgend welchen Gründen vom Familienhaufen abzweigten und mit ihren Frauen eigene Familien begründeten, blieben sie doch unter Vormundschaft des Familienhauptes, mit ihrer Person und ihrem Vermögen. Der Grundsatz, daß kein Mann, so lange sein Vater oder Großvater lebt, ein freies Eigenthumsrecht an dem von ihm selbst erworbenen Vermögen besitzt, behielt in China bis heute Geltung. „Die Familie", sagt Tschenkitong von dem heutigen Familienleben der Chinesen, „gleicht gewissermaßen einer religiösen, bestimmten Gesetzen unterworfenen Ordensgemeinschaft. Alle Einkünfte fließen in eine und dieselbe Kasse und jeder legt seine Einnahme darin nieder, ohne daß zwischen dem Mehr oder Weniger ein Unterschied gemacht wird. In der Familie herrscht das Gesetz der Gleichheit und Brüderlichkeit: bedeutungsvolle Worte, die in die Herzen und nicht an die Mauern geschrieben sind."

Zu gewisser Beziehung waren sogar die politischen Kämpfe von Vortheil für die Erhaltung der Familiengemeinschaften. Mit dem Mächtigwerden der Stammesfürsten wurden nämlich den Bauern, um die Kriegskosten aufzubringen, außer dem Zehnten noch allerlei andere Naturalabgaben auferlegt; ferner mußten sie Mannschaften für den Kriegs- und Frohndienst stellen. Das Zusammenstehen der Familienangehörigen erwies sich hier nicht unnützlich bei der Entrichtung der Abgaben und dem Wiederanbau verwüsteten Landes, er sicherte auch dem zum Kriegs- und Frohndienst Ausziehenden während seiner Abwesenheit die Unterhaltung seines Weibes und seiner Kinder. Vielleicht noch mehr hat jedoch der Ahnenkult die Großfamilie in ihrer Existenz erhalten. Obgleich ursprünglich selbst nur ein Erzeugniß der aus der familiengenossenschaftlichen Organisation entsprungenen Verehrung der Familien- und Geschlechtsstifter, hat er doch rückwirkend wesentlich zum Zusammenhalt der Familienmitglieder beigetragen, indem er sie immer wieder zu den gemeinschaftlichen Ahnenopfern zusammenrief.

Allerdings so ganz ohne Einfluß ist doch die wirthschaftliche Entwickelung nicht auf die chinesischen Familieninstitutionen geblieben, speziell seit China mit den europäischen Barbaren in Handelsverkehr treten mußte; doch betrifft die Veränderung mehr die ärmeren als die mittleren Schichten. Wie schon gesagt wurde, hat die Großfamilie ihren Zweck in der Zusammenhaltung des Familienvermögens und in der gegenseitigen Unterstützung, bei den ganz Armen ist aber nichts zusammenzuhalten. Die Großfamilie hat ihren eigentlichen Zweck verloren, und der Existenzkampf treibt jeden, zuerst an sich selbst zu denken. Dazu kommt die ungeheure Auswanderung, die sich seit einigen Jahrzehnten fast ausschließlich aus den ärmeren Volksschichten nach Nordamerika, Hinterindien, Australien, der ozeanischen Inselwelt 2c. ergießt. Kehren die Söhne des himmlischen Reiches auch in späterem Alter zum größten Theil nach China zurück, so lassen sie sich doch nicht immer wieder im alten Heimathsorte nieder, und selbst wenn das der Fall, hat doch stets die lange Abwesenheit das Familienband gelockert.

Aus diesem Entwickelungsgang der chinesischen Gesellschaft erklären sich die meisten heutigen Charakterzüge des Chinesen, im Guten, wie im Schlimmen. Seine Unterordnung unter die Regierung ist nur ein Ausfluß seiner von Jugend auf gewohnten blinden Unterordnung unter das Familienhaupt; seine schmutzige Erwerbssucht, sein filziger Geiz, das sind nur die Folgen des in den Familien gepflegten Sparsystems und der ihnen schon früh eingetrichterten Familientugend, das Hausvermögen zu mehren und sich durch dessen Mehrung ein gutes Andenken bei den Nachkommen zu sichern. Und zugleich bedingt dieses Aufgehen in seine Familie und ihre kleinen Lebensinteressen den vielgerühmten Familiensinn, aber auch die Enge des Gesichtskreises des Durchschnittschinesen, seine Abgeschlossenheit, seine Unbekümmertheit um die geistigen und materiellen Lebensinteressen seiner Nation, soweit nicht seine eigenen Familieninteressen tangirt werden. Es fehlt ihm das Bewußtsein des geistigen Verbundenseins mit den näheren und weiteren Gliedern seines Volkes, nicht infolge irgend einer besonderen Geistesanlage, wie man gewöhnlich liest, sondern weil ein solches Bewußtsein die Folge einer bestimmten Höhe der gesellschaftlichen Entwickelung ist, und der Chinese diese Höhe noch nicht erreicht hat. In dieser Apathie liegt den europäischen Mächten gegenüber ein guter Theil der Schwäche des chinesischen Reiches. So lange sie nicht selbst darunter leidet, läßt die eine Provinz kalt, was in der anderen passirt. Deshalb auch schlägt, abgesehen von der lächerlichen Bewaffnung und Führung, der chinesische Soldat sich so schlecht; er kämpft nicht für sein Volk, nicht für irgend welche, seien es auch noch so sonderbare Ideale, er kämpft, weil er dazu beordert ist und sich vorläufig noch nicht drücken kann. Trotzdem würden die chinesischen Streitkräfte durch Masse vielleicht theilweise ersetzen können, was ihnen an Qualität abgeht; dazu aber fehlt es vor allem an drei Dingen: an guten Wegen und Beförderungsmitteln zur Konzentration der Streitkräfte (für den primitiven Handel genügen ja neben den Stromläufen die wenigen Landwege), an technischen Einrichtungen zur Versorgung eines größeren Heeres mit den nöthigen Unterhaltsmitteln, mit einer energischen obersten Leitung des Reiches und an der Fähigkeit des Beamtenapparats, den Direktiven dieser Leitung zu folgen.

Eine andere Schwäche China's liegt in seiner Verwaltungspraxis und seiner korrupten Beamtenschaft. Die chinesische Zentralregierung wird von den Grundsätzen geleitet, den Verwaltungsbeamten möglichst freie Hand für ihre Maßnahmen zu lassen, sie dafür aber unter geheime Ueberwachung zu stellen und jedes engere Einvernehmen zwischen ihnen und der Bewohnerschaft ihrer Gebiete zu verhindern. Dem ersteren Zweck dient ein eigenartiges Spionersystem, dem letzteren die häufige Versetzung der Beamten, ihre Nichtanstellung in ihrem Heimathsbezirk, sowie das für sie geltende Verbot, sich ohne speziell eingeholte Erlaubniß nicht innerhalb ihres Wirkungskreises zu verheirathen. Auch diese Maximen entspringen natürlich nicht, wie man so oft zu lesen bekommt, einer „besonderen Eigenart des chinesischen Geistes"; sie sind hervorgegangen aus der Eroberungstaktik der früheren Dynastien. Es sollte einerseits den Beamten für den Fall der Nothwendigkeit schnellen Handelns freie Hand gelassen, andererseits aber durch unbemerkte Beaufsichtigung und Isolirung eine Auflehnung von ihrer Seite gegen die Regierung in Peking verhütet werden.

Neben dieser beabsichtigten Wirkung hat indeß das System noch eine andere gehabt: die Korruption des Beamtenthums. Die völlige Abhängigkeit jedes Beamten von seinem nächsten Vorgesetzten, der nicht nur jährlich über die Führung der ihm Unterstellten zur Berichterstattung aufgefordert wird, sondern auch außer der Zeit zur Meldung jeder Ungehörigkeit verpflichtet ist, dazu ferner die gänzliche Unverantwortlichkeit der Zensoren und ihrer Agenten für die von ihnen im Geheimen erhobenen Anschuldigungen haben zur Kriecherei gegen Höhere und zur Bestechlichkeit geführt. Zudem bezahlt die chinesische Regierung so niedrige Gehälter, daß das Einkommen der Beamten in gar keinem Verhältniß zu der von ihnen geforderten landesüblichen Repräsentation steht. Sie sind zum Theil geradezu gezwungen, sich auf irgend eine Art Nebeneinkünfte zu verschaffen.

Man sollte denken, die Beamten müßten solcher Verhältnisse bis zum Uebermaß satt sein. Eine kleine Minderzahl abgerechnet, scheint das aber keineswegs der Fall zu sein. Wird auch hin und wieder der eine oder andere abgefaßt und ganz exemplarisch bestraft, die meisten Unterschleife bleiben unentdeckt und werfen schöne Summen ab. Warum sich deshalb für Neuerungen ins Zeug legen, deren Befürwortung zu allerlei Anschuldigungen Veranlassung geben könnte? Warum auch sich selbst neue Arbeiten aufladen? Vielleicht wird man ja doch bald anderswohin versetzt.

Hat China eine Zukunft? Die Frage ist nicht leicht zu beantworten. Daß die chinesische Rasse eine außergewöhnliche Zähigkeit und Lebenskraft besitzt, zeigt sich überall, wo sie mit anderen Rassen in Wettbewerb getreten ist, und eben so sicher ist, daß sie die Fähigkeit hat, sich der europäischen Kultur anzupassen. Die letzten Jahrzehnte haben China eine schnellere Entwickelung gebracht, wie früher Jahrhunderte, und nachdem einmal der Stein ins Wanken gerathen ist, wird er trotz aller mächtigen entgegenstehenden Hemmnisse weiter rollen, hat doch nun endlich auch China seine Eisenbahnen. Die Frage ist nur, ob China die Zeit zu einer allmäligen Umwandlung finden wird, ob nicht vorher schon seine wichtigsten Gebiete von den europäischen Großstaaten, von Japan und dem auch in dieser Frage nicht gleichgiltigen Onkel Sam aufgetheilt sein werden. An der Neigung dazu fehlt es ja nicht.

C.

Zur Beachtung.
Orts-Krankenkasse der Mechaniker, Optiker und verwandten Gewerbe.
Berlin C., Klosterstr. 65—67.
Vom 1. Februar 1898 ab ist das Kassenlokal werktäglich nur von 9—1 Uhr vormittags geöffnet.
Sonn- und Feiertags geschlossen.
206/2 Der Vorstand.

Wo? machen wir unsere Herren-Parthie hin? Zum alten Freund auf Pichelswerder. 4063L*

Künstl. Zähne 1,50 M. Plomben 1 M. Zahnziehen frei. Zahnärztliche Klinik, Manteuffelstr. 43, I., Ecke Oranienstraße. Spr. 8—10 und 1—3 Uhr.

Reell und billig kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von W. Hitschke, gegründet 1872, Stalitzerstr. 13. Ecke Admiralstraße, am Kottbuser Thor. *

Strickwolle-Ausverkauf. * Reste in Zephyr und Rockwolle zu Fabrikpr. Holzmarktstr. 60, H. L. 1 Tr.

Wenig gebr. Maschine (Halbrenner, Mod. 98) umständh. sof. bill. verk. Wohlfahrt, Cuvrystr. 17, IV. r.

Den verehrlichen Vereinen, Gewerkschaften, Krankenkassen, Kommissionen 2c. zur gefl. Mittheilung, daß ich das Lokal „Oranien-Hallen" Oranienstraße 51, am Moritzplatz [41859* übernommen habe. Ich stelle meine Säle und Vereinszimmer, ebenso wie mein Herr Vorgänger, zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art zur gefl. Verfügung und werde bestrebt sein, den Wünschen meiner geehrten Gäste in jeder Weise Rechnung zu tragen.
Achtungsvoll Hermann Scholze, Oranienstraße 51.

Schlittschuhe v. 15 Pf. an, Dresdenerstr. 28 bei Zimmermann. [25376

Jede Uhr repariren und reinigen kostet bei mir unter Garantie d. Gutgehens nur 1 Mark 50 Pf. außer Bruch, keine Reparaturen billiger. Großes Lager neuer und gebrauchter Taschenuhren, Regulatoren und Wecker, alle Arten Ketten, sowie Brillen u. Pince-nez.
* Carl Lux, Uhrmacher, 35 Chaussee-Straße 35.
Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonnabend, den 22. Januar.

Opernhaus. Der Prophet. Anfang 7 Uhr.
Schauspielhaus. Minna von Barnhelm. Anfang 7½ Uhr.
Deutsches. Johannes. Anfang 7½ Uhr.
Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr.
Berliner. Romeo und Julia. Anfang 7½ Uhr.
Residenz. Sein Trick. Anfang 7½ Uhr.
Goethe. Ein Sommernachtstraum. Anfang 7½ Uhr.
Neues. Die Logenbrüder. Anfang 7½ Uhr.
Schiller. Die wilde Jagd. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Ninetten's Hochzeit. Anfang 7½ Uhr.
Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr.
Luisen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Kean. Anfang 8 Uhr.
Ostend. Die Waise von Lowood. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr.
Alexanderplatz. Die Verführerin. Anfang 8 Uhr.
Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.
Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.
American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.
Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.
Feen-Palast. Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Wiener Tanz- und Operetten-Gesellschaft.
Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Schiller-Theater
(Wallner-Theater).

Sonnabend, abends 8 Uhr: **Die wilde Jagd.**
Sonntag, nachm. 3 Uhr: 1. Vorstellung im zweiten Schiller-Zyklus: **Die Räuber.** Abends 8 Uhr: **Der Pfarrer von Kirchfeld.**
Montag, abends 8 Uhr: **Der König.**

Ostend-Theater.
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. **C. Weiß.**

Die Waise aus Lowood
Schauspiel in 4 Akten von Charlotte Birch-Pfeiffer.
Anfang 8 Uhr. Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang des Konzerts 7 Uhr.
Sonntag Nachmittag: **Der Verschwender.** Abends 7½ Uhr: **Die Waise aus Lowood.** — In Vorbereitung: **Unter der Polarsonne.** Großes Ausstattungsstück.

Central-Theater
Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonnabend, den 22. Januar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 1. Male:
Die Tugendfalle.
Burleske Posse mit Gesang und Tanz mit Benutzung eines franz. Sujets von Jul. Freund und W. Mannstädt. Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.

Luisen-Theater
34. Reichenbergerstraße 34.
Abends 8 Uhr:
Auf goldenem Boden.
Volksstück mit Gesang in 5 Bildern von Wilhelm Frerking.
Musik von Gustav Steffens.
Morgen: Dieselbe Vorstellung.
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Volks-Vorstellung.** Regie: **Julius Türk.** **Othello, der Mohr von Venedig.** Billets à 60 Pf. in den bekannten Verkaufsstellen.

Volks-Theater
im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Novität! Novität!
Circusblut.
Operetten-Burleske von G. Fischer-Ohmann. Musik von R. Baumgart.
Neu! Vorher: Neu!
Treffer.
Schwank von Benno Jacobson.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Maehr's Theater
Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Neu! Die beiden Kompagnons und Die Verschwörer. **Neu!**
Reinhold Lange, der beste Humorist der Jetztzeit. | Käthe Leonardi, bildschöne Kostüm-Soubrette
Neu! Mr. Alfons, Neu! der bedeutendste Hand- und Fuß-Schnellmaler.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Preise wie gewöhnlich.

Urania
Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr:
— Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57–62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panopticum.

Das **Volkslied** in 12 lebenden Bildern mit Gesang und Tanz der — lustigen — Wienerinnen.

Castan's Panopticum.
Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler — und — Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Reichshallen-Theater,
Leipzigerstrasse 77,
bietet gegenwärtig unstreitig das beste Spezialitäten-Programm in Berlin.
Beweis: Brausender Jubel! Stürmisch. Dacapos Volle Häuser!
Alle fünf Derringtons auf einem Rade.
Max Waldon, das geniale Tanz-Genie.
Hella Collier, der reizend. Soubretten-Stern.
Excelsior-Mimograph zeigt lebende Photographien in höchster Vollendung.
Anfang 7½ Uhr. Entree 50 Pf.
Im Reichshallen-Tunnel täglich:
Militär-Concert in Uniform. Anfang 8 Uhr.

Quarg's Vaudeville-Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
1. Original-Budapester. 1. Original-Budapester.
Heute Sonnabend, 22. Januar:
Wegen Privatfestlichkeit
Geschlossen.
Dafür
Gastspiel der Budapester im **Reichshallen-Theater.**
Morgen Sonntag und folgende Tage finden die Vorstellungen wieder in **Quarg's Vaudeville-Theater** statt.

Kaufmann's Variété
Direktion: Gebrüder Herrnfeld
Familie BUDAPESTER Kochsalz
Direktion: Gebrüder Herrnfeld
Kaufmann's Variété

Konzert-haus Sanssouci
Kottbuser Straße Nr. 4a.
Dir. **H. Pierry.**
Artistischer Leiter **Jos. Richinger.**
Großer Beifall!
Im Reiche der Sirenen.
Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 3 Bildern von Joh. Eißner u. Jean Häußler. Musik von Joh. Eißner.
Neue Spezialitäten.
Sonntags Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Großer Ball.
Entree 50 Pf.
Wochentags Anfang des Konzerts 7 Uhr, der Vorstellung 8 Uhr.
Entree 30 Pf.
Passe-partouts gelten.
Vorstellungen Sonntag, Dienstag und Donnerstag.

Neues Olympia-Riesen-Theater.
(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel.
Grösstes, machtvollstes und prächtigstes Schaustück der Gegenwart. **700** Aufführ. in London. **1000** Mitwirkende.
1. Bild: Das Maifest in England. 2. Bild: Spanischer Stierkampf. 3. Bild: Wiener Jahrmarkt. 4. Bild: Räuberüberfall in den rumelischen Bergen. **Das Schlachtfeld.** 5. Bild: Der Sklavenmarkt. 6. Bild: Prunkpalast in Konstantinopel. Attentat auf den Sultan. Enthauptung des Räuber-Hauptmanns. **Kolossaler Prachtaufzug.** Wasserschauspiel auf dem Bosporus. Eine wirkliche Flotille. Die **Riesen-Ballets,** die **Pracht der Kostüme und Dekorationen überragen alles bisher Dagewesene.**
Preise der Plätze von 50 Pf., 1,—, 1,50, 2,—, 2,50, 3,—, 3,50, 4,— und 5,00 M.
Anfang 8 Uhr. Ende 10½ Uhr.
Morgen Sonntag:
2 Vorstellungen 2
Nachm. 4 Uhr und abends 8 Uhr.

Alcazar-Theater.
Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.
Direktion: **Richard Winkler.**
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Neu! Die lustigen Heidelberger. Neu!
Ausstattungs-Operette in einem Akt von Poly Henrion.
Musik von Franz von Suppé.
Vorher: **Unser Johann.** Lustspiel in 1 Akt nach dem Französischen von Beye.
Auftreten sämmtlicher Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. Reservirt. Platz 50 Pf. Vorzugskarten haben Giltigkeit.

Concerthaus
Leipzigerstr. No. 48

Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anf. 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Die Theaterprobe.
Posse von Gustav v. Moser.
Zum **277.** Male: **Lene.**

Apollo-Theater.
Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Carmen-Faur, Mr. Arras
Desroches-Bianca
Bertoldi u. s. w.
Kassenöffnung 6½, Anf. 7½ Uhr.
Montag, den 24. Januar 1898:
1. Gastspielabend mit
Yvette Guilbert
der berühmten Pariser Divette.

Feen-Palast
22 Burgstr. 22.
Direktion: Winkler & Fröbel.
Heute Sonnabend
wegen Privatfestlichkeiten geschlossen.
Morgen Sonntag: **Grosse Spezialitäten-Vorstellung**
Winkler und Fröbel
in der einzig dastehenden Operette
Das radelnde Berlin
Neues Programm.

W. Noack's Theater
Brunnen-Strasse 16.
Sonnabend
wegen Privatfestlichkeit keine Vorstellung.

Circus Busch
(Bahnhof Börse).
Sonnabend, 22. Januar 1898, abends 7½ Uhr:
Parade-Gala-Vorstellung.
Große russische Schul-Quadrille. Dir. **Busch** mit seinen vorzügl. Freiheitsdressuren. Conversano II, echt Lippizaner Hengst, dressirt und geritten von Herrn **Foottit-Burghardt.** Außerdem: Auftreten aller neu engagirten Künstlerinnen u. Künstler: **Mdme. Antoinette, Mlle. Theresitta,** Amerikan. **Whittaker, Alfred Krembser, Stopp & Trepp** u. s. w.
Zum Schluß:
Zaragoza.
Orig.-Manège-Schaustück des Circus Busch, entnommen aus dem spanischen Leben. Besonders hervorzuheben: Der Brand des grünen Schlosses mit der Flucht des Don Castoduros und seiner Geliebten sowie sämmtlichen Pferden. Eine spanische Eisenbahn mit eintretender Katastrophe.
Morgen: 2 grosse brillante Vorstellungen. Nachm. 4 Uhr und abends 7½ Uhr.

Künstliche Zähne.
F. Steffens, Rosenthalerstr. 61, 2 Tr. Theilzahlung pr. Woche 1 M.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Zahlstelle Berlin.

Zur Beachtung! Die noch ausstehenden **Statistik-Fragebogen müssen bis heute Abend auf dem Arbeitsnachweis Annenstraße 39 abgeliefert werden.**

Sonntag, den 23. Januar, abends 5½ Uhr, im „Köllner Hof", Köllnerstraße Nr. 8:

Branchen-Versammlung
der
Modell- und Fabriktischler mit Damen.

Tages-Ordnung:
1. Arbeitgeber- und Arbeitnehmer-Organisationen. Referent: Kollege **Th. Glocke.** 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.
Nach der Versammlung: **Gemüthliche Unterhaltung und Tanz.**
Kollegen! Da diese Versammlung auf Euren Wunsch stattfindet, so hoffen wir, daß Ihr für zahlreichen und pünktlichen Besuch agitiren werdet.
Gäste willkommen. — Tellersammlung findet statt.
76/19 **Die Ortsverwaltung.**

Verband der in Buchbindereien,
der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
(Zahlstelle Berlin.)

Am Montag, den 24. Januar, abends 8½ Uhr, in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstraße Nr. 75:

Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Geschäfts- und Kassenbericht. 2. Neuwahl der Ortsverwaltung. 3. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.
Der überaus wichtigen Tagesordnung wegen ist das vollzählige und **pünktliche** Erscheinen aller Mitglieder dringend erforderlich.
Mitgliedsbuch legitimirt.
Die Bevollmächtigten.
Die noch ausstehenden Listen für die englischen Maschinenbauer sind **schleunigst** abzurechnen. 23/6

Verband der Möbelpolirer.
Montag, den 24. d. Mts., abends 8½ Uhr, Admiralstr. 18c:

Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Kollegen **Stramm** über: „Astronomische Studien". 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Der Maskenball findet am 19. März in **Keller's** Festsälen, Koppenstraße 29, statt. — Daselbst findet am 31. Januar eine öffentliche Versammlung der Möbelpolirer statt.
145/4 **Der Vorstand.**

Schraubendreher!
Montag, den 24. Januar cr., abends 8 Uhr:

Große öffentliche Versammlung
aller in der
Schraubenbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen
im „Louisenstädtischen Konzerthaus", Alte Jakobstr. 37.

Tages-Ordnung:
1. Was lehrt uns der Streik der Maschinenbauer in England? Referent: Kollege **Litfin.** 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.
Ganz besonders die Kollegen der Firmen **Reichelt, Angermann, Bosse, Boden & Marzahn, Schulz, Brav, Geisler, Tölsmann, Rosenbaum, Schaal u. Kühls, Deleske** und **Schmohl** sind hierzu eingeladen. 115/2
Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht
Der Vertrauensmann: Hugo Follenberg, Sorauerstr. 8 bei **Albrecht.**

Verein der Maschinisten, Heizer und Berufsgenossen
Berlins und Umgegend.
Sonntag, den 23. Januar 1898, nachmittags 5 Uhr, in Cohn's Festsälen, Beuthstr. 19/20:

General-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes. 2. Kassenbericht. 3. Anträge. 4. Neuwahl der ausscheidenden Vorstandsmitglieder. 5. Wahl der Delegirten zum Verbandstag. 138/1
Mitgliedsbuch legitimirt. **Der Vorstand.**

Kistenmacher!
Montag, den 24. Januar cr., abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstraße Nr. 20:

General-Versammlung.

Tages-Ordnung:
1. Kassenbericht. 2. Bericht des Vorstandes. 3. Verschiedenes.
Mitgliedsbuch legitimirt.
94/2 J. A.: **Franz Schulz,** Schwedterstr. 47.
NB. Der Kassirer ist von 8 Uhr an anwesend, um die Bücher etwaiger Restanten in Ordnung zu bringen. Kollegen! Erscheint Mann für Mann, da unter Verschiedenem wichtige Sachen zur Sprache gelangen.

Allgemeine Kranken- und Sterbekasse der Drechsler
und Berufsgenossen (E. H. 86 Hamburg).

Mitglieder-Versammlungen
finden statt:

Für Bezirk A. am Sonntag, den 23. Januar, nachmittags 3 Uhr, bei **Nowak,** Manteuffelstr. 9,
„ „ B. am Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10½ Uhr, bei **Pritsch,** Skalitzerstr. 30.
„ „ C. am Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10 Uhr, bei **Weise,** Gneisenaustr. 10.
„ „ D. am Sonntag, den 23. Januar, vormittags 10½ Uhr, bei **Schiller,** Rosenthalerstr. 57.

Tages-Ordnung:
1. Geschäftliches. 2. Vierteljähriger Kassenbericht pro 4. Quartal 1897. 3. Verschiedenes. Im Bezirk A findet ein Vortrag des Herrn Dr. **Weyl** über das Thema: „Ist die Lungenschwindsucht heilbar?" statt.
Die Zahlstellen, in welchen an jedem Sonnabend Abend von 8–10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahren) aufgenommen werden, befinden sich: Kleine Andreasstr. 15 bei **Neumann;** Naunynstr. 78 bei **Heinrich;** Reichenbergerstr. 24 bei **Lieburg;** Skalitzerstr. 65 bei **Krause;** Gneisenaustr. 10 bei **Weise;** Alte Jakobstr. 69 bei **Lenz;** Elsasserstr. 11 bei **Raddatz;** Georgenkirchstr. 25 bei **Haar.**
28363 **Die Ortsverwaltungen.**

100000 Harmonikas

mit meiner selbsterfundenen, garantirt unzerbrechlichen Spiral-Claviatur-Federung habe ich bereits seit kurzer Zeit verkauft. Nicht eine einzige Reklamation wegen Brechen oder Lahmwerden meiner neuen Tastenfederung ist in dieser Zeit eingegangen. Diese Federung ist in verschiedenen Ländern
patentirt,
in Deutschland unter D.-R.-G.-M. No. 47402 geschützt.
Ich versende
für nur 5 Mark!
gegen Nachnahme, **als besondere Spezialität,** eine **elegante Concert-Zug-Harmonika,** mit einer herrlichen 2chörigen Orgelmusik, Claviatur m. Spiralfederung und abnehmbarem Rücktheil, 10 Tasten, 40 breite Stimmen, 2 Bässe, 2 Register, brillante Nickelbeschläge, offene Nickel-Claviatur mit einem breiten Nickelstab umlegt, gutem, starkem Balg mit 2 Doppelbälgen, 2 Zuhalter, sortirte Balgfalten mit Metall-Eckenschoner, 35 cm Höhe. Verpackung und Selbsterlernschule umsonst. **Dieses Instrument mit harmonischem Glockenspiel nur 30 Pfg. mehr.**
Nur zu beziehen durch den Erfinder
Heinr. Suhr, Neuenrade i. W.
Nachweislich ältester und größter Harmonikaversand in Neuenrade.
3-, 4-, 6-chörige und 2-reihige Concert-Instrumente zu staunend billigen Preisen, worüber Preisliste zu Diensten.

Leder-Hosen

Schlosser-Blousen	Blau gestreifte Regatta-Stoffe	1	Mk. 75
Gestreifte Leder-Hosen	Mittelstarker Moleskin	2	Mk. 50
	Sehr fester Moleskin	3	Mk. 75
	Dickes festes Leder	4	Mk. 75
	Prima Leder	6	Mk. 25
Einfarbige Leder-Hosen	Mittelstarker Moleskin	2	Mk. 50
	Sehr fester Moleskin	3	Mk. 50
	Dickes festes Leder	4	Mk. 50
	Prima Leder 9,—, 7,50 bis	6	Mk.

Als Maass genügen Leibweite und Schrittlänge.

Baer Sohn
Chausseestr. 24a Brückenstr. 11
Gr. Frankfurterstr. 16.
Aufträge von Mk. 20,— an franco. — Preisliste gratis.
Obige Preise gelten für normale Figuren.

Deutsch. Porter

Dessert- u. Malzkraftbier 1. Rang. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bes. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. zc. b. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., desh. bes. Gesichtsf. u. Gewichtszunahm. überr. 14 Flasch. frei, 50 zehn M. exkl. In Geb. (¼, ⅛, 1/16) z. Selbstabz. wesentl. bill. Allein-Versandtst. f. Berlin u. Prov. Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Nicht Flaschenzahl — Qual. entscheid.

62/2*

Möbel

verliehen gewesene und neue, **staunend billig. Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 40552*
Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Nach der Inventur
Großer Ausverkauf
in **Gardinen** und **Resten**
älterer Muster in weiß und crême, zu 1–4 Fenstern passend, spottbillig in dem **Gardinenfabrik-Lager** von
Bruno Güther,
Berlin O., Grüner Weg Nr. 80 part., Eing. vom Flur (**kein Laden**).
Neuheiten treffen täglich ein.
Proben nach außerhalb portofrei.
41381.*

Parfumerien

Quintessenzen, direkt importirte u. beste deutsche in Fl. u. ausgewogen, kaufen Sie nirgends besser als in der Hygiea-Parfumerie **Hugo Schultz,** Müllerstr. 166a. Proben gratis, event. Umtausch. 41829*

Betten Stand 10,—, 15,—, 20,—, 25,— bis 80,—. Federn 0,60 1,—, 1,50 bis 8,—. Bettwäsche u. Steppdecken spottb. Bettenhaus Neanderstr. 8.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.